

S T E N O G R A P H I S C H E S
P r o t o k o l l

offener Auszug aus Tgb.-Nr. 51/08 Geheim

der 71. Sitzung

des 1. Untersuchungsausschusses der 16. Wahlperiode

am Donnerstag, den 24. Januar 2008,

9.30 Uhr

Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal Europaausschuss,

Raum 4.900

Vorsitz: Abg. Siegfried Kauder (CDU/CSU)

Inhaltsverzeichnis:

- | | |
|--|-------|
| 1. Zeugenvernehmung (gemäß BB 16-293): Herr W. | S. 6 |
| 2. Zeugenvernehmung (gemäß BB 16-293): Herr Dr. K. | S. 52 |
| 3. Zeugenvernehmung (gemäß BB 16-294): Herr G. | S. 86 |

Beginn: 9.56 Uhr

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen G. (siehe Schreiben vom 19. Februar 2008, Anlage 1) wurden in das Protokoll eingearbeitet.
Die Zeugen Herr W. und Dr. K. haben keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn des Sitzungsteils Geheim:
9.56 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Sitzung ist als Geheim eingestuft. Das bedeutet, dass die Handys auszustellen sind. Notizen können gemacht werden; sie sind nachher aber abzugeben und werden in einem Umschlag des Sekretariats verwahrt.

Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Vorsitzender, hier taucht die Frage auf, ob Sie [REDACTED] [REDACTED] möglicherweise haben. Wenn ja, hätten wir sie auch gern. Wenn Sie sie nicht haben, taucht die Frage auf, warum. Sie spielte schon in der letzten Vernehmung eine Rolle. Ich hätte doch erwartet, dass die Bundesregierung sie uns zur Verfügung stellt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Stadler, Sie können davon ausgehen -- Nein, das ist falsch. Ich wollte nämlich sagen, dass das, was Sie haben, ich auch habe. Weil ich nicht weiß, was Sie haben, wäre diese Äußerung falsch. Ich habe [REDACTED] nicht, weil sie nicht zu den Unterlagen gehört, die uns zur Verfügung gestellt worden sind.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Gibt es dafür einen
Grund?)

- Meines Wissens wurde dazu kein Beweis-
antrag gestellt.

(Dr. Max Stadler (FDP): Doch!)

Ich stelle allerdings fest, dass wir mit der Frage des Kollegen Stadler in eine nichtöffentliche Beratungssitzung hineingerutscht sind.

Wird gewünscht, dass wir das thematisieren? Dann müsste ich die Beweisaufnahme unterbrechen. Herr W [REDACTED], dann ich bitte Sie, sich in der Nähe des Saals bereitzuhalten. Aus Erfahrung kann ich Ihnen nur sagen: Ich kann Ihnen nicht andeuten, wie lange wir brauchen werden. - Danke schön.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 9.57 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 10.18 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr W [REDACTED], wir sind noch immer bei [REDACTED].

Zeuge M. W.: Könnten Sie die Frage präzisieren?

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sie haben [REDACTED] zur Vorbereitung der heutigen Vernehmung durchgesehen.

Zeuge M. W.: Das ist richtig.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Aus eigenem Antrieb beigezogen, oder wurde sie Ihnen von irgendjemandem zur Verfügung gestellt?

Zeuge M. W.: Nein, das ging auf meinen eigenen Entschluss zurück.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Was war denn Sinn, für die Vernehmung heute [REDACTED] beizuziehen?

Zeuge M. W.: Es ging darum, nicht nur in diesem Punkt mein Gedächtnis hinsichtlich der damaligen Geschehnisse aufzufrischen und mir eine Gedächtnisstütze zu verschaffen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: War das [REDACTED] über die Person des Herrn Zammar, oder ergibt sich [REDACTED], dass [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Dr. Hecker.

RD Dr. Jan Hecker (BMI): Weil jetzt die Inhalte [REDACTED] abgefragt werden, über die wir eben diskutiert haben und wozu wir eben die Rechtsauffassung der Bundesregierung dargelegt haben, bitte ich darum, zu beachten, dass der Zeuge über seine Aussagege-

nehmung an die Grenzen des Untersuchungsauftrags gebunden ist. Aus Sicht der Bundesregierung zählt der Inhalt [REDACTED] nicht zum Untersuchungsauftrag.

Unabhängig davon fällt die weitere Geheimhaltung des Inhalts [REDACTED] unter das Staatswohl und sollte deshalb nicht Gegenstand der Erörterung in diesem Ausschuss sein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Dr. Hecker, eines fällt natürlich auf: dass der Zeuge aus eigenem Antrieb zur Vorbereitung dieser Vernehmung in Kenntnis der Aussagegenehmigung exakt [REDACTED] bezieht. Sie merken ja die Stoßrichtung meiner Fragen. Mir geht es nicht um die Zusammenarbeit mit anderen Diensten, sondern um den Zusammenhang mit Zammar.

Ich habe in diesem Zusammenhang nur noch zwei Fragen. Ich stelle sie, und Sie überlegen, ob sie vom Untersuchungsauftrag umfasst sind oder nicht, bevor der Zeuge antwortet.

Ergibt sich aus [REDACTED]

Zeuge M. W.: Das ergibt sich nicht aus [REDACTED].

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ergibt sich aus [REDACTED] ein Hinweis, dass [REDACTED]

Zeuge M. W.: Nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt melden sich zwei. Herr Dr. Hecker war schneller.

RD Dr. Jan Hecker (BMI): Ich lasse Herrn Hofmann den Vortritt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bitte.

MDgt Dr. Hans Hofmann (BK): Meiner Ansicht nach ist jetzt die Rechtsauffassung der Bundesregierung bestätigt worden. Ich bitte Sie jetzt, darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir davon ausgehen, dass der Zeuge diese Fragen nach [REDACTED] nicht beantworten darf. Ansonsten würden Sie den Zeugen in die Gefahr versetzen, gegen die

Grenzen seiner Aussagegenehmigung zu verstoßen.

Jetzt ist für Sie vielleicht auch ersichtlich, weshalb wir davon ausgehen, dass es nicht Teil des Untersuchungsauftrages ist: weil dieser Zusammenhang zum Gegenstand des Untersuchungsauftrages eben nicht besteht. Das hat der Zeuge eben durch zwei Antworten bestätigt.

Außerdem haben Sie den Zeugen wiederum in die Lage gebracht, aus dem Inhalt [REDACTED] berichten zu müssen. Das darf er nicht. Es handelt sich hier um Material [REDACTED]. Das fällt unter das Staatswohl. Deswegen kann über den Inhalt solcher Materialien [REDACTED] im Ausschuss keine Auskunft, weder schriftlich noch mündlich, erteilt werden. Da sind wir wirklich gebunden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Dr. Hofmann, kein Grund zur Aufregung. Mein Fragebedarf, was [REDACTED] anbelangt, ist befriedigt; da meine Fragen beantwortet sind, allemal.

Herr Dr. Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Herr Dr. Hofmann, es ist doch gerade bestätigt worden, dass sich der Zeuge mit [REDACTED] auf seine Tätigkeit vorbereitet hat. Damit ist doch vollkommen klar, dass Ihre Auffassung nicht Platz greifen kann, dass es nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, sondern das ist dann Untersuchungsgegenstand, wenn das zur Vorbereitung seiner Tätigkeit gehört hat. Das ist auch unser Auftrag. Ich verstehe insofern gar nicht, wie wir aneinander vorbeireden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich bin noch in der Befragung.

Herr W [REDACTED], Vorbereitung der Reise [REDACTED] nach Damaskus: Wie haben sich die Vernehmer auf diese Situation vorbereitet? Dabei geht es mir insbesondere um die Vernehmungssituation, die man dort antreffen würde. Mit welcher Konstellation hat man dort gerechnet? Wurde das mit syrischen Behörden vorher besprochen, wie die Vernehmung ablaufen sollte? Wenn Sie darüber etwas berichten würden.

Zeuge M. W.: Die Vernehmungssituation, die wir vorfinden würden, war uns völlig unklar. [REDACTED]

[REDACTED]. Wir konnten

uns nur sozusagen verschiedene Szenarien entwerfen, die wir möglicherweise vorfinden würden, und versuchen, unsere Handlungsoptionen anhand dieser Szenarien auszurichten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Welche Szenarien haben Sie denn durchgespielt?

Zeuge M. W.: Die Szenarien freiwillige Kooperation, also Herr Zammar spricht freiwillig mit uns, erkennbar ohne Zwang, es finden Interventionen von syrischer Seite mit unterschiedlicher Intensität statt, oder es ist erkennbar, wahrnehmbar und vom Augenschein her überzeugend, dass er gefoltert wurde und unter Zwang aussagt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist man eigentlich bei der Vorbereitung davon ausgegangen, dass die Haftbedingungen in Syrien nicht denen in Deutschland und in Europa entsprechen würden?

Zeuge M. W.: Es war von vornherein klar, dass die Haftmaßstäbe in Syrien andere sind, dass, wie auch in der gesamten arabischen Welt, mitteleuropäische Standards dort kaum anzutreffen sein werden.

Die Details allerdings, wie konkret Haftanstalten ausgestattet sind, welche Einrichtungen dort vorliegen, wie das Alltagsleben der Häftlinge beschaffen ist, war uns und ist uns nicht bewusst.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gab es von irgendeiner Seite Bedenken, die Anhörung überhaupt durchzuführen?

Zeuge M. W.: Mir sind keine Bedenken vorgetragen worden. Mir ist der Beschluss mitgeteilt worden, dass diese Befragung stattfindet und dass meine Teilnahme an der Befragung gewünscht wird.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Was war denn Ihre Funktion, mehr des passiv Zuhörenden, oder hatten Sie eine Befragungsfunktion?

Zeuge M. W.: Ich hatte in der Befragung die Befragungsfunktion.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sind Sie da mit einem Fragenkatalog hingereist, oder hat man das spontan gemacht?

Zeuge M. W.: [REDACTED], die Befragung wurde in Form eines [REDACTED] durchgeführt. Ihm wurden Fragen zu Themenkomplexen gestellt, zu denen er dann frei und zum Teil auch in längeren Ausführungen berichtet hat.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt berichten Sie bitte einmal über die Vernehmung, und zwar schon im Vorfeld. Man ist nach Damaskus angereist. Ich nehme an, dass man erst einmal Kontakt mit den syrischen Behörden aufgenommen hat.

Zeuge M. W.: Korrekt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Traf man da auch gleich auf den sogenannten Fallführer?

Zeuge M. W.: Die einzelnen Funktionen der damaligen syrischen Gesprächspartner sind mir nicht mehr erinnerlich. Ich weiß nicht im Einzelnen, welche Funktion die Mitarbeiter des syrischen [REDACTED] hatten und welche Entscheidungskompetenz ihnen jeweils zukam.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Können Sie über die Vernehmungssituation berichten? Wie war der Raum? Wie kam Herr Zammar rein? Wie sah er aus? Wie fühlte er sich? Wurde er über sein Befinden befragt? Sah man irgendwelche körperlichen Verletzungen? Hat er über Haftbedingungen gesprochen, oder wurden die abgefragt?

Zeuge M. W.: Die Vernehmung fand in einem Büroraum eines Mitarbeiter des syrischen [REDACTED] statt. Das Zimmer war mit einem Schreibtisch, zwei Sitzgruppen, zwei Beistelltischen ausgestattet. Herr Zammar wurde in Handfesseln in den Raum gebracht. Er schien physisch in sehr gutem Zustand zu sein. [REDACTED]

[REDACTED]. Körperliche Beeinträchtigungen waren nicht feststellbar. Die Kleidung bestand aus --

(Ein Handy klingelt)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Entschuldigung. - Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir in einer geheimen Sitzung sind, sodass das Bedienen von Handys nicht er-

laubt ist. Handys haben ausgestellt zu sein. Das gilt für alle. - Bitte schön.

Zeuge M. W.: Die Kleidung war witterungsangepasst. Das heißt, ein dickerer Überwurf aus festem Stoff, eine Art blaue Turnhose, dicke Socken, Schuhe, Schlappen. Die Art, wie er sich - - Wir wurden ihm vorgestellt als - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Entschuldigen Sie, Herr W. Ich muss Sie unterbrechen. Wir haben die Sitzung während der Befragung zu der sogenannten Geheim eingestuft. Davon haben wir uns entfernt. Deswegen müssen wir den Beschluss fassen, die weitere Vernehmung des Zeugen in VS-V eingestuft Sitzung durchzuführen. VS-V warum?

RD Dr. Jan Hecker (BMI): Das hatten wir schon beim letzten Mal. Der gesamte Vorgang ist VS-Vertraulich eingestuft. Das drückt sich auch in den entsprechenden Unterlagen aus. Es ist ein Gebot der Konstanz, dass wir das hier auch so einhalten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Vorsitzender, ich hätte einen Verfahrensvorschlag. Sie haben mehrere Fragen zu gestellt, aber eine einzige, die sich noch zwanglos ergeben hätte, nicht. Wenn Sie gestatten, dass ich diese noch stelle, brauchen wir nicht zwischen VS-V und geheimer Sitzung hin- und herzuspringen. Das ist eine Sache von zehn Sekunden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich nehme fast an, dass sich noch weitere Fragen anschließen. Aber ich glaube, wir sollten so verfahren. Also eine Frage noch in geheimer Sitzung.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr W., ich darf zu noch eine einzige Frage anschließen. Der Vorsitzende hatte gefragt: Geht daraus hervor, dass und Ähnliches? Was uns interessiert, ist: Geht aus hervor, dass

Vorsitzender Siegfried Kauder: Dr. Hecker meldet sich.

RD Dr. Jan Hecker (BMI): Genau diese Frage ist vorhin schon beantwortet worden. Herr Hofmann hat darauf hingewiesen, dass nach Auffassung der Bundesregierung nicht zum Untersuchungsauftrag zählt. Das ist durch die Einlassung des Zeugen vorhin auch hundertprozentig bestätigt worden. Von daher bitte ich darum, diese Frage an den Zeugen nicht zuzulassen.

Dr. Max Stadler (FDP): Entschuldigung. Herr Vorsitzender, genau diese Frage ist nicht gestellt und nicht beantwortet worden.

(Dr. Jan Hecker (BMI): Nein!)

- Nein. Müssen wir jetzt wirklich das Protokoll einsehen? - Wir haben ganz genau zugehört. Es waren Fragen in dem Zusammenhang, beispielsweise - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das brauchen Sie nicht in epischer Breite zu wiederholen. Dann haben Sie die Frage halt noch einmal gestellt. Dazu kann die Regierung intervenieren, oder der Zeuge antwortet.

Zeuge M. W.:

(MDgt Dr. Hans Hofmann (BK): Ist es damit gut? - Dr. Max Stadler (FDP): Was gut ist, entscheiden wir! Sie können intervenieren, wenn ich die Frage gestellt habe!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Nach der Beantwortung der Frage des Kollegen Stadler wird die Sitzung VS-V eingestuft.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte auch noch eine Frage stellen!)

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich fordere ein, dass wir ab jetzt das geordnete Verfahren des Ausschusses einhalten. Sie nutzen das über die Maßen aus. Das bin ich nicht bereit weiter zu akzeptieren. Wir verfahren strikt nach dem geregelten, vereinbarten Verfahren.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Sitzung wird VS-V eingestuft fortgeführt, VS-V deshalb, weil entsprechende Komplexe vom

Zeugen abgefragt werden. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 10.34 Uhr)

(Beginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 10.35 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt zur Vernehmungssituation.

Zeuge M. W.: Die Kleidung war witterungsangepasst, wie gesagt, also ein Überwurf aus relativ dickem Stoff, eine blaue Turnhose, dicke Socken und Schuhe. Körperliche Beeinträchtigungen waren nicht erkennbar, also keine Bewegungseinschränkungen, keine sichtbaren Verletzungen. Das Verhalten des syrischen Wachpersonals war korrekt. Es waren keine erkennbaren Grobheiten oder sonstiges unangemessenes Verhalten erkennbar.

Wir haben uns als Mitarbeiter einer deutschen Sicherheitsbehörde vorgestellt und ihn gebeten, uns Fragen zu seinem Werdegang zu beantworten. Er hat diese Vorstellung aufgenommen, hatte sie erkennbar auch verstanden und bestätigt und hat in der Folge bei seinem Antwortverhalten, bei seiner Sprechweise keinerlei psychische Beeinträchtigungen erkennen lassen. Er war bewusstseinsklar. Er hat mitgedacht. Er hat logisch überlegt. Er hat über seine Antworten nachgedacht und hat auch erkennbar über ein angemessenes Antwortverhalten nachgedacht.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat er über die Bedingungen in seiner Haftzelle berichtet?

Zeuge M. W.: Nicht während der ersten Befragung. In einem späteren Stadium, meines Wissens am Spätabend des [REDACTED], gegen Ende der Befragung, als er wieder aus dem Zimmer hinausgebracht werden sollte, hat er sich nach dem weiteren Verfahren erkundigt, welche Möglichkeiten für ihn bestehen, die syrische Haft zu verlassen. Er hat in diesem Zusammenhang gesagt, dass er [REDACTED], dass er auch in Marokko [REDACTED], dass seine [REDACTED], und hat den Wunsch geäußert, dass er seine Familie sehen kann.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist Ihnen berichtet worden, dass und wie Herr

Zammar auf diese Anhörung vorbereitet worden ist?

Zeuge M. W.: Nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der Fallführer hat darüber nicht berichtet?

Zeuge M. W.: Nein. [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist da nicht einmal die [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED] kann ich mich nicht erinnern.

Das Gespräch mit den Vertretern des syrischen [REDACTED] wurde ausschließlich in Arabisch geführt und im Einzelfall, und zwar nicht in allen Fällen, von dem mitreisenden sprachkundigen BND-Mitarbeiter übersetzt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wurden die Gespräche mit Herrn Zammar eigentlich aufgezeichnet?

Zeuge M. W.: Die Gespräche wurden auch für ihn sichtbar mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet und von dem Übersetzer des syrischen [REDACTED] schriftlich mitprotokolliert.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Haben Sie oder Ihre Kollegen mitgeschrieben oder sich zumindest Vermerke gemacht?

Zeuge M. W.: Ja, wir haben uns Gesprächsnotizen gemacht.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Also kein Wortprotokoll für sich.

Zeuge M. W.: Nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Waren Sie davon ausgegangen, dass Sie die Abschrift der Tonbandprotokolle von den Syrern zur Verfügung gestellt bekommen?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED] Wir haben uns allerdings nicht [REDACTED], sondern bereits in kurzem Zeitabstand nach der Reise eigene Vermerke zu den Inhalten der Befragung gefertigt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Haben Sie dann die [REDACTED]

Zeuge M. W.: Meines Wissens nicht.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wer hätte sich darum kümmern sollen?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wurden Herrn Zammar zur Identifizierung von Personen Lichtbilder vorgelegt?

Zeuge M. W.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wer hat die zusammengestellt?

Zeuge M. W.: Die Lichtbilder wurden zusammengestellt in einem Fall von den Kollegen des BKA, im anderen Fall von unserer Seite.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wurde am Ende der Vernehmung darüber gesprochen, wie man die schriftlich zusammengestellten Informationen austauscht? Bestand insbesondere Interesse der syrischen Behörden an den vorgelegten Lichtbildern?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist das dann auch so gehandhabt worden?

Zeuge M. W.: Meines Wissens ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Waren Sie mit den Informationen, die Sie von Herrn Zammar erhalten haben, zufrieden? Konnten Sie damit etwas anfangen?

Zeuge M. W.: Ja. Es war deutlich erkennbar, dass er an mehreren Stellen Sachverhalte verschwiegen hat oder verzerrt dargestellt hat. Er hat sich häufig auf Wissenslücken und auf Vergessen durch Zeitablauf berufen. Die Informationen, die er uns gegeben hat und die zum Teil mit anderen Informationen abgeglichen werden konnten, waren ausgesprochen wertig und haben unser Lagebild in diesem Bereich deutlich verbessert.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie hat man dann die Erkenntnisse nach dieser Vernehmung, in Deutschland zurück, verwertet? Hat man sie unter den Sachbearbeitern in einem gemeinsamen Bericht zusammengeführt?

Zeuge M. W.: Herr Vorsitzender, ich bin mir nicht sicher, ob die Beantwortung dieser Frage von meiner Aussagegenehmigung noch gedeckt ist.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Dann beraten Sie sich bitte mit der Regierungsbank.

(Der Zeuge berät sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Zeuge M. W.: Im Nachgang der Reise hat jede Behörde die Ergebnisse der Befragung

jeweils für das eigene Haus in Berichtsform zusammengefasst, zum Teil auch in mehreren Berichten. Ein gemeinsamer Bericht ist meines Wissens nicht erstellt worden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wurde der gemeinsame Bericht von irgendjemandem gewünscht und angemahnt? Konkreter gefragt: Kam eine Botschaft aus dem Kanzleramt mit der Anregung, die Berichte zusammenzuführen?

Zeuge M. W.: Mit ist keine entsprechende Anregung bekannt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sind Ihnen die unterschiedlichen Berichte bekannt?

Zeuge M. W.: Ja, die unterschiedlichen Berichte sind mir bekannt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Auch der Bericht des BND?

Zeuge M. W.: Ja, der Bericht ist mir bekannt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Dieser Bericht ist Geheim eingestuft. Deswegen schlage ich vor, dass wir für die nächste Frage, die ich stelle, die Sitzung Geheim einstufen.

Es wird also folgender Beschluss gefasst: Für die nachfolgende Frage des Vorsitzenden wird die Sitzung Geheim eingestuft, weil aus einer Geheim eingestuften Unterlage vorgehalten werden soll. Wer stimmt dem Beschluss zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 10.44 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 10.45 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Im Bericht des BND gibt es eine Passage, die wir bei der Vernehmung eines anderen Zeugen schon thematisiert haben. Da heißt es nämlich:

■
- da könnte man meinen, es sei eine Formulierung des BND -

■
- geschwärzt -

■
Sagt Ihnen diese Passage etwas?

Zeuge M. W.: Nein, diese Passage ist mir konkret nicht erinnerlich.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich darf sie Ihnen vorhalten. Sie schauen es sich bitte an.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück
übergeben)

Zeuge M. W.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Von welchen ■ glaubte man ■, und wer hat diesen Satz so formuliert?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): „■“
steht da!)

- Was habe ich gesagt?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Sie haben ge-
sagt „■“!)

- Ach so. Entschuldigung.

Zeuge M. W.: Mir ist nicht bekannt, wer hier Autor des Satzes ist. Mir ist auch nicht bekannt, mit welcher Intention dieser Satz in den Bericht geschrieben wurde oder was der Verfasser damit gemeint hat.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Beim Durchlesen des Berichtes ist er Ihnen nicht aufgefallen?

Zeuge M. W.: Nein. Ich muss gestehen, da ist er mir nicht besonders ins Auge gefallen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die weitere Vernehmung des Zeugen wird in VS-V eingestufteter Sitzung durchgeführt. - So beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 10.46 Uhr)

Dr. Max Stadler (FDP): Hatten Sie vor dem 09.11.2001 bezüglich Ihrer Erkenntnisse einen Informationsaustausch mit ausländischen Diensten bezüglich Zammar?

Zeuge M. W.: Herr Vorsitzender, die Frage berührt wiederum Belange [REDACTED]. Ich fürchte, die Beantwortung ist von meiner Aussagegenehmigung nicht gedeckt.

Dr. Max Stadler (FDP): Unabhängig von [REDACTED]. Ich möchte eigentlich wissen, ob Sie mit dem syrischen Dienst einen Informationsaustausch gepflegt haben, unabhängig von [REDACTED].

Zeuge M. W.: Ich habe bereits darauf hingewiesen, [REDACTED].

Dr. Max Stadler (FDP): Gut. - Mich würde jetzt ein Thema interessieren, das wir, glaube ich, in Ihrer Befragung noch nicht angesprochen haben, nämlich: Die Reise von Zammar nach Marokko fand ja nach dem 11.09.2001 statt. Wussten Sie oder wusste Ihre Behörde von den Reiseplänen Zammars?

Zeuge M. W.: Das Bundeskriminalamt hat uns auf die geplante Reise hingewiesen.

Dr. Max Stadler (FDP): Wie war die Reaktion? Waren Sie selber beteiligt daran, zu überlegen, wie man darauf reagiert? Wenn nein, wissen Sie, was andere gemacht haben?

Zeuge M. W.: Ja, ich war an den Überlegungen beteiligt. Allerdings war Zammar Betroffener eines laufenden Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts. Die fallbearbeitende Stelle in diesem Punkt war das Bundeskriminalamt. Daher sind von uns keine Maßnahmen oder wie auch immer gearteten Schritte ins Auge gefasst worden. Diese Schritte hätten wir dann überlegt, wenn wir vom Bundeskriminalamt entsprechend darum gebeten oder dazu aufgefordert worden wären.

Dr. Max Stadler (FDP): Schritte könnten sein, schon seine Ausreise zu verhindern oder aber, wenn er ausreist, ihn zu überwachen. Oder was meinten Sie mit „Schritten“?

Zeuge M. W.: Das Erstere liegt nicht in unserer Kompetenz. Das Zweite. In Betracht wäre eine Informationsweitergabe an den Bundesnachrichtendienst gekommen, sofern nicht schon vom BKA selbst vorgenommen, oder, was eine Entscheidung der Amtsleitung erfordert hätte, eine Information an [REDACTED].

Dr. Max Stadler (FDP): Gab es eine solche Information?

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Das bedeutet, er wurde von Ihnen oder vom BND, weil es dann ja im Ausland war, während der Reise in Marokko nicht überwacht. Verstehe ich das richtig?

Zeuge M. W.: Von unserer Seite aus definitiv nicht. Welche Schritte der BND in dieser Angelegenheit eingeleitet hat und ob die Reise dort überhaupt bekannt war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. Max Stadler (FDP): Das heißt, wir haben jetzt folgendes Bild: Es gibt eine Person, die von Ihnen [REDACTED], die sich Ihnen als glühender Verehrer von Osama Bin Laden und sogar als aktiver Rekrutierer von Personen für al-Qaida oder jedenfalls für gefährliche Vorhaben darstellt. Es ist gerade der Anschlag vom 11.09. passiert. Jetzt kann der einfach ausreisen, ohne dass man weiß, was der macht. Der Zweck einer Reise könnte ja beispielsweise sein, Folgeanschläge zum 11.09. zu planen oder sich daran zu beteiligen oder alles Mögliche.

Zeuge M. W.: Eine Richtigstellung: Dass er aktiv rekrutiert hat, dass er sich um Rekrutierung bemüht hat, war uns zum Zeitpunkt seiner Ausreise nach Marokko nicht bekannt.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber: glühender Verfechter Osama Bin Ladens. Es gibt ein eigenes Verfahren gegen ihn. Kurz: Er war nicht völlig ungefährlich, wenn ich es einfach einmal so sagen darf.

Es ist nicht recht nachvollziehbar, dass sich so jemand nach dem 11.09. nach Marokko begeben kann und das kein Interesse Ihrer Behörde findet.

Zeuge M. W.: Wie gesagt, die fallführende Stelle in dieser Angelegenheit war das Bundeskriminalamt. Von dort ist keinerlei Ersuchen an uns herangetragen worden, bei der weiteren Informationsbeschaffung hinsichtlich der Reise Unterstützung zu leisten. Ich muss auch darauf hinweisen, dass nach damaliger Vorschriftenlage innerhalb des BfV eine Weitergabe personenbezogener Daten an [REDACTED] mit hohen Hürden behaftet war und meines Wissens auch heute noch behaftet ist.

Dr. Max Stadler (FDP): Das mag sein. - Wenn ich diese Frage noch stellen darf, dann ist der Komplex abgeschlossen. Das BKA hat eine spezielle Aufgabe; da gab es ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Straftat. Ihr Aufgabengebiet ist ja ein anderes, sodass es nicht ungewöhnlich ist, dass das BKA wegen eines speziellen strafrechtlichen Vorwurfs ermittelt, aber das BfV eine Person gleichwohl beobachtet, um zu klären, ob weitergehende Gefährlichkeit da ist. Der Verweis auf das BKA allein erklärt das nicht, schon eher: Sie sagten, Sie durften keine Infos an [REDACTED] weitergeben. Aber Sie hätten sich doch an den BND als Auslandsnachrichtendienst wenden können: Da ist jemand, der für uns von Interesse ist, und der begibt sich jetzt nach Marokko. - Ausgerechnet Marokko, sage ich noch dazu. Warum dies nicht geschehen sein soll, erschließt sich mir nicht.

Zeuge M. W.: Natürlich arbeiten das BfV und das BKA mit den jeweils eigenen Zuständigkeiten und den jeweils dafür vorgesehenen Mitteln und Methoden zusammen. Dennoch ist im Regelfall klar festgelegt, wer die Fallführung in einer bestimmten Angelegenheit hat. Schritte des jeweils anderen Partners kommen eigentlich nur nach vorheriger Absprache und im Einzelfall auch nach vorherigem Ersuchen und vorheriger Aufforderung in Betracht. Es waren letzten Endes Informationen des BKA, aus denen unser Erkenntnisstand über die Reise resultierte. Eine Weitergabe von Informationen, die eine andere Behörde beschafft hat, ohne Rücksprache mit dieser Behörde, ist für uns nicht möglich.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ehrt Sie.

Zeuge M. W.: Darüber hinaus ist die Position des BKA sehr viel besser, weil das

BKA [REDACTED], was für das BfV nicht zutrifft.

Dr. Max Stadler (FDP): Jetzt ist meine Zeit vorbei; sonst würde ich hier weiterfragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die SPD mit 19 Minuten. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr W [REDACTED], ich möchte noch einmal nachfragen, warum ausgerechnet Sie für die Befragung von Herrn Zammar in Syrien ausgewählt wurden.

Zeuge M. W.: Ich war zur damaligen Zeit [REDACTED]. Daher wurde ich für die Befragung vorgesehen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sprechen Sie auch Arabisch?

Zeuge M. W.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Da haben Sie Unterstützung und Hilfe, wenn es nötig wird, Arabisch zu verstehen?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Stadler hat vorhin in seiner Frage angedeutet, Herr Zammar sei [REDACTED] worden. Können Sie das so bestätigen?

Zeuge M. W.: Nein. Nicht in dieser stringenten Form, die impliziert, [REDACTED].

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sondern?

Zeuge M. W.: Sondern, dass diese [REDACTED]

[REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie waren für die Befragung ausgewählt worden, weil Sie [REDACTED]. Haben Sie denn auch gelernt, eine solche Befragung durchzuführen? Haben Sie Befragungstechniken studiert?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie an die Befragung selbst eine deutliche eigene Erinnerung oder durch das Aktenstudium, die Vorbereitung auf den heutigen Termin das alles aufgefrischt?

Zeuge M. W.: Ich habe an die Befragung eigene Erinnerungen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Finden Befragungen im Ausland häufiger statt durch das BfV?

Zeuge M. W.: Ich fürchte, die Beantwortung dieser Frage ist durch meine Aussagegenehmigung nicht gedeckt wegen Gründen des Staatswohls und wegen der Zusammenarbeit des BfV mit Partnerdiensten.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich frage anders: War es für Sie etwas Besonderes und Ungewöhnliches, an einer Befragung im Ausland teilzunehmen?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): In der Vorbereitung der eigentlichen Befragung, nachdem Sie in Syrien eingetroffen waren und bevor Sie nach Syrien gereist sind, gab es da Kontakte zur syrischen Seite durch Sie?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): In der Nachbereitung?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, Sie haben syrische Beamte nur gesehen während der Befragung selbst?

Zeuge M. W.: Entschuldigung, ich muss noch einmal die Aussage präzisieren. Es gab ein Vorgespräch mit der syrischen Seite am Abend des [REDACTED], und es gab auch ein Treffen im Nachgang der Befragung am [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Während dieser beiden Termine ging es um die Person Zammar und um die Vorbereitung selbst?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie dabei die syrische Seite danach gefragt, wie Herr Zammar denn behandelt wurde bisher?

Zeuge M. W.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Hat die syrische Seite ihrerseits den Eindruck erweckt, dass man Herrn Zammar gefügig gemacht hat für die dann stattfindende Befragung?

Zeuge M. W.: Nein, der Eindruck ist nicht erweckt worden. [REDACTED]

[REDACTED]. Aber es wurden keine weiteren Details zu diesem Punkt genannt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Mit dem [REDACTED] haben Sie keine weiteren Assoziationen verbunden?

Zeuge M. W.: Assoziationen gibt es da sehr viele. Allerdings haben wir darauf abgestellt, uns einen unmittelbaren Eindruck von Zammar selbst zu verschaffen und hier nicht in diesem Punkt weiter zu insistieren.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie wussten ja, mit welchem Staat Sie es zu tun haben. Es ist kein Staat, der unbedingt unsere Normen, was Menschenrechte und Grundrechte anbelangt, einhält, ganz und gar nicht. Sie haben zu erkennen

gegeben, dass man deshalb auch Zweifel hegte und sehr deutlich auch eine Abwägung vorgenommen hatte. Haben Sie sich denn im Kreis der Befragter ganz konkret darauf verständigt, zu sagen: Wenn dieses oder jenes konkrete Anzeichen vorliegt, wenn diese oder jene konkrete Aussage von Herrn Zammar kommt, werden wir sofort abbrechen?

Zeuge M. W.: Wir haben uns darauf verständigt, dass wir die Aussage abbrechen, wenn wir erkennbare Anzeichen dafür haben, dass er zum Beispiel gefoltert wurde. Im Übrigen sind die Aussagen von Personen, die in Haft sind, in diesem Punkt nicht immer zuverlässig. Also, seine reine Aussage, dass er gefoltert worden ist, hätte uns so noch nicht völlig überzeugt, wenn der Eindruck, den er erweckt, wenn sein Anschein in eine andere Richtung geht.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Aber das ist doch etwas Gewichtiges, wenn jemand äußert: Ich wurde gefoltert.

Zeuge M. W.: Auf jeden Fall, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, in der Gesamtbewertung danach hätte das dann schon eine Rolle gespielt?

Zeuge M. W.: Ja, auf jeden Fall.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Zammar hat ja gesagt, [REDACTED]. Wie haben Sie das im Nachhinein bewertet?

Zeuge M. W.: Wir haben die Aussage als glaubwürdig bewertet. Wir haben ihm diese Aussage abgenommen. Wir sind allerdings davon ausgegangen, dass [REDACTED] in einem deutlichen zeitlichen Abstand zu der Befragung erfolgt sind.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Gab es bei der Vorbereitung der Befragung so etwas wie den Versuch der syrischen Seite, Ihnen Instruktionen mit auf den Weg zu geben, quasi in dem Sinne: „Fragt bitte nicht danach“, oder: „Wir halten es für unangemessen, Herrn Zammar in dieser oder jener Weise zu befragen“?

Zeuge M. W.: Nein, von syrischer Seite wurden hier keinerlei Vorgaben gemacht.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Es gab keine Einflussversuche?

Zeuge M. W.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Warum hat man überhaupt eine eigene Befragung durchgeführt? Hat Ihnen die syrische Seite [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Hat sich das dann bewahrheitet?

Zeuge M. W.: Ja, das hat sich bestätigt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie generell einen relevanten Erkenntnisgewinn erzielen können durch die persönliche Befragung von Herrn Zammar?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie während der Befragung auch eigene Fragen gestellt? Haben Sie sich auch an Herrn Zammar gewandt?

Zeuge M. W.: Ja, natürlich.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Die Frage der Vorlage der Lichtbilder hat vorhin eine Rolle gespielt und spielt für uns generell eine Rolle. Sie haben vorhin ausgeführt - wenn ich es recht erinnere -, es gab Lichtbilder, die von Ihrer Seite vorgelegt wurden, es gab Lichtbilder, die vonseiten des BKA vorgelegt wurden. Erinnerere ich das richtig?

Zeuge M. W.: Das ist korrekt.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Danach gab es eine Einschätzung, die im *Spiegel* zitiert wurde, seitens des BKA, dass man im BfV Bauchschmerzen bekommen habe wegen der Vorlage der Lichtbilder. War das so, haben Sie Bauchschmerzen bekommen?

Zeuge M. W.: Nein, an entsprechende Überlegungen im BfV kann ich mich nicht erinnern. Die sind mir nicht bewusst.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Kamen Ihnen hinterher oder nach behördlicher Rücksprache und in Auswertung der Befragung Bedenken, dass man vielleicht dem Bundeskriminalamt, das ja wesentlich andere Aufgaben hat als das BfV, zu viele Informationen gegeben hat?

Zeuge M. W.: Können Sie die Frage präzisieren, welche Informationsübergabe Sie hier meinen?

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das BKA ist eine Ermittlungsbehörde, Sie nicht.

Zeuge M. W.: Korrekt.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Hatten Sie hinterher Bedenken, dass das BKA möglicherweise Erkenntnisse als Ermittlungsbehörde erhalten hat durch Ihr Agieren, die diesem nicht zustehen?

Zeuge M. W.: Nein, solche Bedenken hatten wir nicht. Es wurde allerdings bei den internen Vorbesprechungen in Damaskus deutlich, dass die Rolle des BKA als Stelle, die ein Ermittlungsverfahren führt, in der Angelegenheit unter Umständen nicht glücklich ist. Aber es wurde dann Übereinstimmung erzielt, dass das BKA in einer analytischen Rolle anwesend ist, und es war von vornherein Konsens, dass die Informationen nicht in ein Ermittlungsverfahren einfließen dürfen.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): War das auch explizit so besprochen auf Ihrer Ebene?

Zeuge M. W.: Das wurde explizit auch besprochen, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Sie haben sich ja ein eigenes Bild gemacht über Ihre Teilnahme an der Befragung und dann auch diese Befragung bewertet, wie erkennbar ist. Hatten Sie das Gefühl, beteiligt zu sein an einem Staatsverbrechen?

Zeuge M. W.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Hätten Sie remonstriert, wenn Sie das Gefühl gehabt hätten?

Zeuge M. W.: Selbstverständlich.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Herr Vorsitzender, ich möchte gerne zitieren aus unserer Befragung von vergangener Woche. Das heißt, das sind Dokumente, die Amtlich geheim gehalten sind. Ich denke, wir sollten höherstufen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da Herr Kollege Hartmann aus geheim eingestuftem Unterlagen vorhalten will, wird für die nachfolgende Frage und Antwort des Zeugen die Sitzung als Geheim eingestuft. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 11.08 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim 11.09 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Ich beziehe mich noch einmal, Herr W[REDACTED], auf das Zitat, das Ihnen der Vorsitzende vorhin vorgehalten hat und das Sie auch studiert haben. Wesentlich ist der Satz:

[REDACTED]
- eine geschwärzte Stelle -
[REDACTED]

Es gab eine Einschätzung des Zeugen Dr. C. in der vergangenen Woche zu dieser Passage. Ich würde Ihnen diese gerne zitieren und dann Sie um Ihre Einschätzung bitten. Der Zeuge Dr. C. sagte auf eine Frage des Kollegen Ströbele:

Nein, eindeutig - das kann ich nun wirklich ganz klar sagen -: Dieser gesamte Duktus ist die syrische Einlassung, mit dem Ziel, darzustellen: [REDACTED]

[REDACTED]. - Es geht ja auch weiter. Das merken Sie ja auch, wenn Sie den Text weiter lesen, dass letzten Endes der gesamte Sachzusammenhang einer ist, der aus syrischer Sicht dargestellt worden ist, und nicht eine deutsche Einlassung und nicht sozusagen ein deutscher Kommentar, sondern das war das [REDACTED] oder die [REDACTED]

[REDACTED] - Das war nicht der Kommentar von unserer Seite: Oh, wie schön, oh, wie fein, wir können es tun.

Ist das plausibel, was Dr. C. uns vorge-
tragen hat?

Zeuge M. W.: Da mir diese Passage im Vorfeld nicht besonders aufgefallen ist und da ich dieser Passage keine Beachtung geschenkt habe, ist mir eine Einschätzung zu den Aussagen von Dr. C. in diesem Punkt leider nicht möglich.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie eine recht gute eigene Erinnerung an die Befragung haben und damit auch an das

Auftreten der syrischen Personen und [REDACTED]. Vor diesem Hintergrund noch einmal gefragt: Ist auszuschließen, dass die Darstellung, die Bewertung, die Dr. C. diese Passage betreffend vorgenommen hat, zutrifft?

Zeuge M. W.: Wie gesagt, ich kann hier keine Einschätzung dazu abgeben. Insbesondere ein Ausschluss ist mir auf dieser Grundlage nicht möglich.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): An den Fallführer auf syrischer Seite erinnern Sie sich?

Zeuge M. W.: Die genauen Funktionen der syrischen Gesprächspartner sind mir nicht erinnerlich. Es war allerdings häufiger eine Person da, die vermutlich dem Fallführer entsprechen könnte.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das heißt, es gab eine Person, die deutlich erkennbar war als hierarchisch den anderen übergeordnet?

Zeuge M. W.: Die also deutlich zum Beispiel dem Wachpersonal oder dem Übersetzungspersonal übergeordnet war, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Und diese Person war auch Ihr Hauptansprechpartner? Oder diese Person hat vor allem Sie angesprochen?

Zeuge M. W.: Nein, Gesprächspartner war aufgrund seiner Sprachkompetenz in erster Linie Dr. C.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Vom Auftreten, von der Gestik - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Entschuldigung, Kollege Hartmann, können wir in VS-V fortfahren?

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Ja, natürlich.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die weitere Vernehmung des Zeugen wird VS-V eingestuft durchgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 11.11 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 11.12 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Würden Sie das ganze Auftreten dieser Person - man hat ja Menschenkenntnis und Erfahrung - als, ja, bramarbasierend, großsprecherisch bewerten können, oder geht das zu weit?

Zeuge M. W.: Nein, das würde zu weit gehen.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Ich habe keine weiteren Fragen im Moment.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Linke mit sieben Minuten. Herr Dr. Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr W■■■■, noch einmal zu den Bedingungen, unter denen Zamar dort im Gefängnis und dann bei Ihnen vernommen worden ist. Wenn ich zusammenfasse, was Sie gesagt haben: Sie haben gewusst, er hat gesagt, ■■■■■
■■■■■ Haben Sie einmal nachgeprüft, wie die aktuellen Haftbedingungen waren? War er immer noch in dieser ■■■■■

Zeuge M. W.: Nein, eine Nachprüfung der Haftbedingungen war uns nicht möglich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie einmal genauer nachgefragt, was ■■■■■
■■■■■ eigentlich heißt? Da gibt es ja viele Abstufungen.

Zeuge M. W.: Nein, hier wurde nicht genauer nachgefragt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen auch gern etwas vorhalten aus einem geheimen Dokument, woraus Sie schon zitiert haben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da auch Kollege Dr. Paech einen Vorhalt aus einer Geheim eingestuftem Unterlage beabsichtigt, wird die Frage und die Antwort auf diese

Frage in geheimer Sitzung durchgeführt. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 11.13 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 11.14 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dort heißt es zu der Befragung am [REDACTED] in Damaskus:

[REDACTED]
- also dem Zammar, also der syrische [REDACTED] -

Können Sie interpretieren, was damit gemeint ist?

Zeuge M. W.: Eine Interpretation von meiner Seite wäre spekulativ. Es wurde allerdings mehrfach angesprochen auch vonseiten der BND-Kollegen, dass [REDACTED]

[REDACTED]. Nach unserer Interpretation war das entweder [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Zu dem Begriff [REDACTED]: Das kann man ja auch so interpretieren, dass man sagt: [REDACTED]

[REDACTED]. Ist Ihnen diese Idee da gar nicht gekommen?

Zeuge M. W.: Diese Aussage war mir zum Zeitpunkt der Befragung nicht bekannt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie das nicht gehört?

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann zu einer weiteren Frage: Ist Ihnen auch bei der --

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Paech, noch Geheim eingestuft?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die weitere Vernehmung des Zeugen wird VS-V eingestuft durchgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 11.15 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 11.16 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen M. W.**

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War Ihnen bekannt, dass die Anwesenheit der syrischen Seite bei den Vernehmungen auch dazu führen könnte, dass die Ergebnisse der Befragung genutzt würden für ein späteres eigenes Strafverfahren in Syrien selber?

Zeuge M. W.: Diese Möglichkeit haben wir nicht gesondert thematisiert, ist aber offensichtlich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Auch bei Vorlage der Lichtbilder waren die „Kollegen“ der Syrer dabei und haben sich die auch ansehen können, sodass sie sich auch ein Bild von diesen Leuten, die da vorgezeigt wurden, machen konnten?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie die Ergebnisse, die Sie dann in getrennten Abteilungen vorgelegt haben, auch den Syrern wieder überlassen?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann habe ich zu einem anderen Punkt noch einige Fragen. Etwas ganz anderes: Seit wann war Ihnen bekannt, [REDACTED]

Zeuge M. W.: Das ist mir nicht bekannt, [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das stammt ja nicht nur aus [REDACTED], sondern auch die *Washington Post* hat das am 18.06.2002 schon angegeben. Sind Sie dem gar nicht nachgegangen? [REDACTED]

Zeuge M. W.: Zum Zeitpunkt der Befragung definitiv nicht. Zu diesem Zeitpunkt war das eine bilaterale Angelegenheit zwischen Deutschland und Syrien. Zu dem Thema Zammar [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann noch konkreter: [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED] hat mir nicht vorgelegen. Meines Wissens war das eine Notiz, die das Auswärtige Amt angefertigt hat und die [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Von war das? Erinnern Sie das noch?

Zeuge M. W.: Es müsste also [REDACTED] gewesen sein. Das konkrete Datum ist mir nicht erinnerlich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie im gleichen Monat, und zwar am [REDACTED], an der Sitzung des [REDACTED] teilgenommen?

Zeuge M. W.: Konkret ist mir das nicht innerlich. Wenn, dann müsste ich das entsprechende Protokoll einsehen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Dann hätte ich zum Schluss etwas anderes: Wurde Herr Zammar auch zu den Umständen seiner Festnahme und seiner Verbringung nach Syrien von Ihnen befragt?

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Darf ich fragen, warum das nicht bei Ihnen zum Fragenkatalog gehörte?

Zeuge M. W.: Ziel der Befragung - das ist im Vorfeld ebenfalls deutlich festgelegt wor-

den - war die Informationsgewinnung über islamistische, insbesondere über dschiha-distische Strukturen in Deutschland, eventuelle Anschlagsvorbereitungen etc. Die Umstände seiner Festnahme oder seiner Verbringung nach Syrien gehörten nach unseren Festlegungen im Vorfeld nicht zu den Punkten, die im Rahmen der Befragung zu klären waren.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wurde er von Ihnen gefragt –

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War für Sie nicht von Interesse, was einerseits, andererseits zu ähnlichen Komplexen und Interessen gefragt haben?

Zeuge M. W.:

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Herr Vorsitzender, darf ich noch eine Frage stellen? Dann wäre der Komplex auch abgeschlossen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War Ihnen klar, dass die Verschleppung von Zammar von Marokko nach Syrien doch ein Straftatbestand nach § 234 a gewesen ist?

Zeuge M. W.: Nein, das war mir nicht bekannt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber es war ja ein Deutscher, und das war ja eigentlich ein allgemein doch bekannter Straftatbestand. Ist bei Ihnen nie thematisiert worden, dass dieses Verbrechen auch noch nicht abgeschlossen war, sondern Sie eventuell auch Mittäter gewesen wären, wenn Sie davon profitieren?

(Zurufe von der SPD und von Vertretern der Bundesregierung)

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich werde später noch darauf zurückkommen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir sollten dem Zeugen nicht vorhalten, dass da ein Straftatbestand vorliegt bei einem Sachverhalt, der nicht auf deutschem Boden stattfindet. Das ist eine Rechtsproblematik, die ich den Kollegen Paech noch einmal zu überprüfen bitte.

Die CDU/CSU mit 19 Minuten. Kollege Mayer.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr W., Sie führten aus, dass Sie mit dem Herrn Mohammed Haydar Zammar seit befasst waren oder zum ersten Mal mit ihm befasst worden sind. Deswegen ist davon auszugehen, dass dies der Grund war, warum Sie als Teilnehmer der Delegationsreise zwischen dem ausgewählt wurden.

(Unruhe)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Entschuldigung, Kollege Mayer, eine Sekunde. - Ich habe es eingangs schon gesagt: Die Akustik ist hier schlecht, die Anlage nicht sonderlich gut. Deswegen bitte ich, Hintergrundgespräche nur in den notwendigsten Fällen zu führen.

Bitte schön.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich möchte Sie fragen: Wie haben Sie sich konkret auf diese Reise vorbereitet?

Zeuge M. W.: Auf die Reise habe ich mich vorbereitet durch nochmaliges Aktenstudium, also durch nochmaliges Überprüfen des vorhandenen Informationsstandes, und auf dieser Grundlage dann durch das Herausarbeiten von den Themenfeldern, zu denen er vermutlich Aussagen machen kann.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wann haben Sie persönlich erstmals davon erfahren, dass Sie Mitglied dieser Delegation sein sollen?

Zeuge M. W.: Das genaue Datum ist mir nicht mehr erinnerlich. Das ist mir von meiner Referatsleitung am Rand eines [REDACTED] [REDACTED] mitgeteilt worden. Ich nehme an, es müsste in etwa um den 25., 26.10. herum gewesen sein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wann haben Sie erfahren, welche anderen Mitglieder der Delegation noch angehören werden?

Zeuge M. W.: Das ist mir nicht mehr erinnerlich.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): War dies erst während der Reise oder kurz vor der Reise?

Zeuge M. W.: Dazu kann ich keine Aussage machen, weil mir dieser Zeitpunkt wirklich nicht mehr geläufig ist.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wie war denn die Rollenverteilung zwischen den Befragern?

Zeuge M. W.: Die eigentliche Befragung haben durchgeführt ein BKA-Kollege und ich. Wir haben uns die Befragung in etwa geteilt und haben also das Gespräch bilateral geführt. Soweit ich weiß, sind von den anderen Mitgliedern des Teams keine Interventionen erfolgt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Haben Sie sich im Vorfeld die Komplexe, zu denen Sie Herrn Zammar befragen wollten, irgendwie aufgeteilt, oder hatten Sie eine andere Rollenaufteilung? Man kennt es ja aus amerikanischen Kriminalfilmen; da gibt es dann den „good cop“ und den „bad cop“. Gab es auch eine derart geartete Rollenverteilung zwischen Ihnen?

Zeuge M. W.: Nein, wir haben im Vorfeld grob abgestimmt, welche Themenkomplexe uns interessieren. Aber ein konkretes Verhalten während der Befragung wurde nicht abgesprochen.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sie haben sich dann zu Wort gemeldet, wenn Sie den Eindruck hatten, dass noch nicht alles geklärt ist, was diesen Komplex betrifft,

oder wenn Sie noch einmal konkret Nachfragebedarf hatten?

Zeuge M. W.: Wie gesagt, das Gespräch wurde geführt in Form eines offenen Interviews. Er ist also zu bestimmten Themen gefragt worden und konnte dann frei erzählen. Im Regelfall, soweit mir geläufig, hat er das auch gerne aufgenommen und hat auch offen gesprochen. Nachfragen sind dann gestellt worden, wenn Unklarheiten waren hinsichtlich der zeitlichen Einordnung der Geschehnisse oder wenn Nachfragen waren zu einzelnen Personen, die er genannt hat. Aber den Gesprächsfaden hat in erster Linie er bestritten.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Hatten Sie persönlich den Eindruck, dass Sie alle Fragen „an den Mann bringen“ konnten, die Sie hatten?

Zeuge M. W.: Wir haben die Themenkomplexe behandelt, die wir behandeln wollten. Allerdings war erkennbar - wie bereits gesagt -, [REDACTED] [REDACTED], sodass durchaus Raum für eine zweite Befragung gewesen wäre.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): War dieser Eindruck, dass Raum für eine zweite Befragung gewesen wäre, schon während der Befragung vorhanden, oder hat der sich erst nach Beendigung der Reise aufgedrängt?

Zeuge M. W.: Das hat sich schon während der Befragung abgezeichnet.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Haben Sie diesen Wunsch auch gegenüber den syrischen Behörden geäußert, eine zweite Befragung durchzuführen?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Noch einmal zur Befragungssituation im Konkreten auch unter Einbeziehung der Frage, inwiefern die Möglichkeit bestand, dass die syrischen Behörden durch Ihre Fragen bzw. durch die darauf gegebenen Antworten von Herrn Zammar Erkenntnisse für das laufende Ermittlungsverfahren in Syrien

gegen Herrn Zammar gewinnen konnten. Sie haben Lichtbilder dem Herrn Zammar vorgehalten. Herr Zammar hat dann auf Deutsch geantwortet?

Zeuge M. W.: Ja, das gesamte Gespräch wurde auf Deutsch geführt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Und diese Antworten sind ins Arabische übersetzt worden?

Zeuge M. W.: Davon ist auszugehen, ja. Aber nicht während der Befragung, sondern das Gespräch wurde aufgezeichnet und, wie gesagt, von dem syrischen Übersetzer mitprotokolliert in Stichwortform. Es ist davon auszugehen, dass zu einem späteren Zeitpunkt diese Tonbandaufzeichnung auch ins Arabische übersetzt worden ist.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sahen Sie da nicht die Gefahr, dass dadurch, dass Ihre Fragen bzw. die Antworten von Zammar ins Arabische übersetzt wurden, die syrischen Sicherheitsbehörden Erkenntnisse gewinnen konnten, die ihnen zu Beginn der Befragung noch nicht vorlagen, beispielsweise zu den Lichtbildern bzw. den sich darauf befindlichen Personen, die Sie Herrn Zammar vorgehalten haben?

Zeuge M. W.: Die Gefahr war uns bewusst. Allerdings hatte die syrische Seite bereits vor unserer Befragung

Zu den vorgelegten Lichtbildern waren, wie gesagt, keine Personalien erkennbar.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Also Namen sind konkret von Ihnen nicht erwähnt worden?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Woraus beziehen Sie Ihren Eindruck, dass der

[REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Und wie kommen Sie darauf, dass durch Ihre Befragung bzw. durch die Antworten von Herrn Zammar keine zusätzlichen Erkenntnisse an die syrischen Sicherheitsbehörden gelangen konnten?

Zeuge M. W.: [REDACTED] keine Erkenntnisse, die die Situation von Zammar im Hinblick auf sein Verhältnis zu den Syrern weiter verschlechtern.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wussten Sie konkret zum Zeitpunkt der Befragung, welcher Strafvorwurf Herrn Zammar gemacht wurde durch die syrischen Sicherheitsbehörden?

Zeuge M. W.: Nein. Nach Einschätzung des mitreisenden BND-Kollegen war Zammar ein [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sie haben also Herrn Zammar auch nicht gefragt, welcher Vorwurf ihm gemacht wird oder weswegen das Ermittlungsverfahren gegen ihn betrieben wird?

Zeuge M. W.: Meinen Sie das Ermittlungsverfahren in Deutschland oder in Syrien?

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Nein, in Syrien.

Zeuge M. W.: Nach Aussage des Kollegen vom BND gab es [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Haben Sie sich auch darüber unterhalten, nachdem ja offenbar Thema war, ob und, wenn ja, welches Ermittlungsverfahren ge-

gen Zammar in Syrien betrieben wird, mit welcher Strafe Zammar rechnen musste?

Zeuge M. W.: Nein. Aufgrund seines [REDACTED] war auch den Kollegen vom BND keinerlei Prognose möglich, mit welchem Strafraumen er zu rechnen hat, [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Hat Herr Zammar während der Befragung durch Sie mal den Wunsch geäußert, dass Sie ihm Hilfe angedeihen lassen sollten, was eine mögliche Freilassung anbelangt oder was eine Besserstellung in der Haft anbelangt?

Zeuge M. W.: Nein, den Wunsch hat er nicht geäußert. Also, Entsprechendes hat er nicht vorgetragen, nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wussten Sie im Vorfeld der Delegationsreise über die Haftbedingungen in dem Far-Filastin-Gefängnis in Damaskus Bescheid?

Zeuge M. W.: Die Frage habe ich eben bereits beantwortet, wenn mir das recht erinnerlich ist. Die Umstände in syrischen Haftanstalten waren und sind uns nicht bekannt. Wir hatten also keinerlei Möglichkeit, Details über die Haftumstände in Erfahrung zu bringen.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sie sind befragt worden nach den generellen Haftumständen in syrischen Gefängnissen. Nun ist meines Wissens das Far-Filastin-Gefängnis kein gewöhnliches syrisches Gefängnis. Deswegen noch einmal konkret die Nachfrage: Wussten Sie über die Haftbedingungen in dem Far-Filastin-Gefängnis Bescheid?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Welchen physischen bzw. psychischen Eindruck hat Herr Zammar denn auf Sie gemacht?

Zeuge M. W.: Auch diese Frage habe ich bereits beantwortet. Er war bewusstseinsklar,

er hat keinerlei körperliche oder psychische Beeinträchtigungen erkennen lassen. Sein Antwortverhalten war logisch, überlegt, durchdacht. Auch seine Gestik war unbefangen. Er hat sich frei bewegt, also, er hat umfangreich gestikuliert. Physische Beeinträchtigungen waren nicht erkennbar. Es waren keine Bewegungseinschränkungen erkennbar. Sein psychischer und physischer Zustand war insgesamt gesehen nach Augenschein sehr gut.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Haben Sie den Herrn Zammar mal gefragt bzw. einer Ihrer Kollegen, ob er irgendeine Hilfe benötigen würde, ob Sie ihm irgendwie helfen könnten, Unterstützung geben könnten?

Zeuge M. W.: Nach meinem Wissen wurde innerhalb der Befragungsgruppe festgelegt, über den sprachkundigen BND-Kollegen bei der syrischen Seite um Prüfung zu bitten, ob seine Haftsituation verbessert werden kann. Aber das Ergebnis dieser Prüfung ist mir nicht bekannt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sie haben ausgeführt, dass Herr Zammar in physischer Hinsicht einen ordentlichen Zustand aufwies. Wie war denn sein Gewicht schätzungsweise, nicht jetzt auf das Kilogramm genau?

Zeuge M. W.: Sein Gewicht kann ich nicht schätzen. Er war allerdings deutlich schlanker als während seiner deutschen Zeit. Er hat also sehr deutlich abgenommen, war allerdings nicht hager oder abgemagert. Er hinterließ keinen hinfalligen Eindruck, sondern es war eine deutliche Gewichtsreduzierung, allerdings keine, die jetzt mit physischen Beschwerden verbunden wäre.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Hatten Sie persönlich den Eindruck, dass Herr Zammar freiwillig mit Ihnen sprach?

Zeuge M. W.: Ja, den Eindruck hatte ich.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wie war denn das Verhältnis zu Ihren Kollegen vom BND bzw. vom BKA?

Zeuge M. W.: Könnten Sie die Frage präzisieren? Es ist für mich jetzt schwer erkenn-

bar, auf welche Aspekte eines Verhältnisses Sie hier abstellen. Ist es das berufliche Verhältnis - -

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich stelle selbstverständlich lediglich auf das dienstliche Verhältnis ab. Kannten Sie die beiden Kollegen im Vorfeld?

Zeuge M. W.: Der Kollege vom BKA war mir bekannt. Den Kollegen vom BND habe ich während der Reise erstmals gesehen.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wie hat sich die Zusammenarbeit mit den beiden Kollegen während der Delegationsreise gestaltet?

Zeuge M. W.: Reibungslos und spannungsfrei.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Dann noch einmal zu der Phase nach der Befragung von Zammar, nach der Rückkehr nach Deutschland: Wem haben Sie in mündlicher Weise Bericht erstattet über die Delegationsreise?

Zeuge M. W.: Die Berichterstattung erfolgte gegenüber unserer damaligen Abteilungsleitung.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Also, Sie haben ausschließlich gegenüber der Abteilungsleitung Bericht erstattet?

Zeuge M. W.: Ja, bzw. dem Vorgesetzten: Gruppenleitung und Abteilungsleitung.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen mit sieben Minuten. Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich habe eine Frage - nicht zum Inhalt dieser [REDACTED], gleich vorweg. Damit das möglichst schnell geht, nur die Frage: [REDACTED]

Zeuge M. W.: Zu der Frage kann ich keine Aussagen machen; das ist mir nicht mehr erinnerlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht auch nicht aus Unterlagen hervor, die Sie möglicherweise dabei haben?

Zeuge M. W.: Meines Wissens nicht. Ich habe überhaupt keine Unterlagen dabei.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist das damit beantwortet.

Sie sagten eben, Sie hätten vorher besprochen, Herrn Zammar nicht zu fragen, wie er nach Syrien gekommen ist. Ging das nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, oder wie kommt dieses Desinteresse zustande?

Zeuge M. W.: Dieses Desinteresse resultierte aus dem Befragungsauftrag, der im Vorfeld so festgelegt worden war. Es ging in erster Linie um Sicherheitsbelange der Bundesrepublik Deutschland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da sind doch eventuell Reisewege und anderes absolut wichtig.

Zeuge M. W.: Durchaus; allerdings nicht, soweit es seine [REDACTED] betrifft. Die Reise nach Marokko und die Personen, die er dort getroffen hat, waren dagegen durchaus Gegenstand der Befragung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da wollten Sie eine richtige Lücke in Kauf nehmen. Haben Sie denn Ihre syrischen - wir hörten ja jetzt - Kollegen eines derzeit kooperierenden Nachrichtendienstes -

(Zuruf)

- damals, ja; beim letzten Mal hieß es sogar „Partnerdienst“ -, also eines zu der damaligen Zeit kooperierenden partnerschaftlichen Nachrichtendienstes, einmal gefragt: Wie ist euch dieser Zammar eigentlich zugelaufen?

Zeuge M. W.: Nein, die Frage wurde nicht gestellt, nicht zuletzt auch aufgrund der Sprachbarriere.

(Heiterkeit)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Kollege des BND, den wir hier als Zeugen schon gehört haben, sprach ja nun sehr gut Arabisch. Sie selber sagten, dass er in der Befragungssituation Zammar sich durchaus nützlich machen konnte, wenn der syrische Fallführer oder wer auch immer gesprochen hat.

Zeuge M. W.: In der Befragungssituation hat der syrische Fallführer überhaupt nicht gesprochen. Es gab während der Befragungssituation keinerlei Intervention von syrischer Seite.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ein Kollege des BND, der sowohl Deutsch als auch Arabisch sprach, sodass es nicht an sprachlichen Gründen gelegen haben kann, dass Sie die syrische Seite nicht gefragt haben: Wo und wie kam Herr Zammar eigentlich in syrische Haft?

Zeuge M. W.: Nein, die Frage wurde nicht gestellt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wurde diese Frage nicht gestellt?

Zeuge M. W.: Die Befragung ist, wie schon mehrfach wiederholt -- Der Hintergrund waren Sicherheitsbelange der Bundesrepublik Deutschland, und zwar in Kooperation mit der syrischen Seite. Also, die Befragung kam zustande durch Kooperation mit der syrischen Seite.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht ist das jetzt ein Missverständnis. Warum haben Sie bei der Vorbesprechung mit der syrischen Seite und bei der Nachbesprechung ohne Herrn Zammar dort nicht gefragt, unter Kollegen? Man fragt doch mal: Wie ist das eigentlich gelaufen?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, zu der damaligen Zeit jedenfalls. [REDACTED]

Zeuge M. W.: Nein, hier bestand schon eine sehr deutliche Distanz. Sowohl die Vorbesprechung als auch die Abschlussbespre-

chung waren eine außerordentlich formelle Angelegenheit. Eine Nachfrage, wie die Umstände waren, unter denen er dann nach Syrien gekommen ist, war hier reichlich deplatziert. Außerdem ist uns über das BK bereits [REDACTED]

[REDACTED], dem dann entsprochen wurde. Also, die Umstände seiner Verbringung nach Syrien waren für uns in der Situation nicht relevant.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten eben, untereinander kollegial und, und, und. Gab es eigentlich förmlich so etwas wie einen Delegationsleiter, wie man es sonst so kennt, wenn Delegationen unterwegs sind?

Zeuge M. W.: Es gab keinen förmlichen Delegationsleiter. Aufgrund seines beruflichen Vorlaufs hat die entsprechenden Funktionen Dr. C. wahrgenommen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wusste das Auswärtige Amt, dass Sie nach Damaskus fliegen?

Zeuge M. W.: Meines Wissens nein. Allerdings kann ich hier keine abschließende Aussage treffen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun gibt es in unseren Akten einen Vermerk aus Ihrem Haus - nicht von Ihnen unterschrieben, sondern von einem Zeugen, den wir noch hören wollen, aber möglicherweise ja von Ihnen geschrieben; das gibt es ja, dass der eine schreibt, der andere unterschreibt -, der das sehr nahe legt, der sogar offensichtlich das Wort benutzt.

Zeuge M. W.: Ein entsprechendes Schriftstück ist mir nicht bekannt. Mir ist geläufig ein Text, aus dem hervorgeht, dass das Auswärtige Amt angeregt hat, einen Vorstoß hinsichtlich der konsularischen Betreuung anlässlich der vorgesehenen Reise deutscher Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden nach Damaskus zu unternehmen. Allerdings gehe ich davon aus, dass das Auswärtige Amt über das konkrete Datum unserer Reise nicht informiert war. Ich gehe davon aus, dass das Auswärtige Amt nicht

wusste, dass Mitarbeiter deutscher Sicherheitsbehörden vom [REDACTED] in Damaskus waren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass sie dort hinfahren werden. Nun machen wir es nicht an zwei Tagen fest! Dass offenbar eine Reise, die genutzt werden kann zu Kontakten zu Zammar, geplant ist, das müssen sie dann doch gewusst haben.

Zeuge M. W.: Ich befürchte, dass die Beantwortung der Frage nicht durch meine Aussagegenehmigung gedeckt ist, weil hier möglicherweise der Kernbestand der exekutiven Eigenverantwortung betroffen ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage, inwieweit konsularisch betreut wurde und werden soll, ist nun nicht Kernbestand exekutiver Tätigkeit. Also, bei aller Fürsorge, die wir unserer Exekutive zutrauen, ist das doch mehr übliche Routine.

Zeuge M. W.: Herr Vorsitzender, ich bitte um Unterbrechung, um mich mit den Vertretern des BMI beraten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ja, bitte schön. - Also, diplomatische Betreuung. Ich nehme an, Sie wollen antworten.

Zeuge M. W.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bitte schön.

Zeuge M. W.: Das Auswärtige Amt war, soweit mir bekannt, informiert, dass eine Befragung von Zammar stattfinden sollte, hatte aber keine Kenntnis von den konkreten Reisedaten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat denn die Delegation in der Vorbereitung der Reise darüber gesprochen, wie man mit diesem Wunsch nach konsularischer Betreuung umgeht?

Zeuge M. W.: Hier wurde eine klare Linie gezogen zwischen den Sicherheitsinteressen, die zu der Reise geführt haben, und den Angelegenheiten des Auswärtigen Amtes, zu denen dann auch die konsularische Betreuung gehört. Hier wurde im Vorfeld festgelegt,

dass hier beide Angelegenheiten nicht miteinander verknüpft werden sollen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hieß das dann in concreto?

Zeuge M. W.: Dass das Thema konsularische Betreuung während der Delegationsreise ausgeklammert wird.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte das auch Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Delegation?

Zeuge M. W.: Meines Wissens nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass man deswegen den [REDACTED] nicht mit hinzugezogen hat?

Zeuge M. W.: Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit darin begründet, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Eine Berliner Stunde ist herum. Besteht noch Fragebedarf? - In welcher Form? Offene Runde?

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Berliner Stunde!)

- Berliner Stunde. - Die SPD mit 19 Minuten. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie als Voraussetzung und Bedingung für die Befragung auch das Ziel klar definiert im Kreis der Kollegen, eine Verschlechterung der Situation von Herrn Zammar unbedingt zu vermeiden, soweit das Ihrem Einfluss unterlag?

Zeuge M. W.: Ja, das wurde thematisiert. Der BND-Kollege wurde gebeten, die syrische Seite von diesem Punkt zu unterrichten, und wurde gebeten, die syrische Seite darauf hinzuweisen, dass die Aussagen, die er macht, nicht zu seinem Nachteil ausgelegt werden sollen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Gab es denn Situationen während der

Befragung, in denen Herr Zammar durch Aussagen und Bewertungen in so etwas hätte hineinschlittern können?

Zeuge M. W.: Für mich ist keine entsprechende Situation erkennbar gewesen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Er hat beispielsweise darüber geredet, wie nichtswürdig die westliche Welt ist. Erinnern Sie solche Aussagen?

Zeuge M. W.: Ja, [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie sind Sie denn während der Befragung mit solchen Aussagen von Zammar umgegangen?

Zeuge M. W.: Wir haben diese Aussagen weitgehend ignoriert.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Warum?

Zeuge M. W.: Weil die nicht geeignet waren, die Befragung weiterzuführen. Wir haben versucht, die Befragung wieder auf eine sachliche Ebene zu bringen und ihn also dann zu weiteren sachlichen Aussagen zu bewegen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Zammar hat während der Befragung Aussagen über [REDACTED] getroffen; er hat sich darüber [REDACTED]. Erinnern Sie das?

Zeuge M. W.: Nein, die einzige Situation, in der er auf [REDACTED] hingewiesen hat, war am Ende des zweiten Befragungstages, also am Abend des [REDACTED], gegen Ende der Befragung. An diesem Punkt hat er darauf hingewiesen, dass er [REDACTED], und hat sich danach erkundigt, welche Möglichkeiten bestehen, seine Situation zu verbessern.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge M. W.: Wir haben ihm gesagt, dass wir die syrische Seite davon unterrichten werden, dass die syrische Seite ihn allein als syrischen Staatsbürger betrachtet und hier der deutschen Seite keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten eröffnet. Wir haben allerdings zugesagt, seine Bitte weiterzutragen und zu versuchen, auf eine Verbesserung seiner Situation hinzuwirken.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Und haben Sie das auch getan?

Zeuge M. W.: Meines Wissens ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): In welcher Weise?

Zeuge M. W.: Durch einen entsprechenden Vorstoß des BND-Kollegen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Der hat das direkt angesprochen gegenüber der syrischen Seite?

Zeuge M. W.: Ich weiß nicht mehr, unter welchen Umständen. Die genauen Umstände sind mir nicht mehr ersichtlich.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wieso erinnern Sie das? Was ist Ihr Anhaltspunkt dafür, dass er das tatsächlich umgesetzt hat?

Zeuge M. W.: Dass er das tatsächlich umgesetzt hat, dafür habe ich keinen Anhaltspunkt. Aber wir haben einen entsprechenden Vorstoß unternommen, und er hat zugesagt, das zu tun.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie denn dabei den Eindruck gewinnen können, dass das Eindruck macht auf syrischer Seite?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Es ist natürlich auch so, dass im Wesentlichen Dr. C [REDACTED] die Kontakte geführt

hat wegen seiner Sprachkenntnisse. Das haben Sie ja vorhin ausgeführt. Deshalb war es auch so - sehe ich das richtig? -, dass Sie persönlich zu keinem Zeitpunkt mit dem syrischen Fallführer gesprochen haben, sprich: sprechen konnten?

Zeuge M. W.: Nein. Das ist korrekt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, das lief ausschließlich über Dr. C [REDACTED]?

Zeuge M. W.: Ausschließlich über Dr. C [REDACTED] und, ich meine, in ein bis zwei Fällen auch mit dem syrischen Dolmetscher, aber nicht konkret, um jetzt Mitarbeitern des syrischen [REDACTED] etwas zu transportieren, sondern ich meine, es ging hier auch um Kleinigkeiten wie Tee oder Ähnliches.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Dr. C [REDACTED] hat die Gespräche auf Arabisch geführt und Ihnen dann die wesentlichen Gesprächsinhalte wiederum sinngemäß übersetzt?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Kann das auch ein Grund dafür sein, warum Sie nichts zu den Einlassungen des syrischen Fallführers im Einzelnen sagen können?

Zeuge M. W.: Ich nehme an, das liegt darin begründet, dass hier Einzelheiten unter den Tisch gefallen sind.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Zammar war [REDACTED]. Wissen Sie das heute?

Zeuge M. W.: Es ist heute bekannt, dass eine entsprechende [REDACTED], ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Damals war Ihnen das aber nicht klar und bekannt?

Zeuge M. W.: Nein, damals war er nach Aussage des Kollegen des BND ein sogenannter [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das war Aussage und Bewertung vom BND?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Heute wissen wir, er war [REDACTED] letztlich inhaftiert wegen des Vorwurfs [REDACTED]

Zeuge M. W.: Der Zeitpunkt, wann ein entsprechendes [REDACTED], ob schon zum damaligen Zeitpunkt, [REDACTED] bereits zum damaligen Zeitpunkt während der Befragung lief oder [REDACTED] zu einem späteren Zeitpunkt [REDACTED], ist mir nicht bekannt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie haben überzeugend ausgeführt, dass es unter anderem darum ging, eine Verschlechterung der Situation, der Haftbedingungen von Herrn Zammar, zu verhindern, und Sie deshalb mit der syrischen Seite auch Absprachen getroffen hatten. Jetzt frage ich mal umgekehrt: Können Sie sich denn vorstellen, dass die Aufmerksamkeit Deutschlands, das Interesse Deutschlands die Haftsituation von Herrn Zammar und die Behandlung von Herrn Zammar unter Umständen verbessert haben könnten?

Zeuge M. W.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wieso schlussfolgern Sie das? Ist das ein allgemeiner Eindruck, oder haben Sie Anhaltspunkte dafür?

Zeuge M. W.: Nein, das ist ein allgemeiner Eindruck. Nur, auch die syrische Seite musste davon ausgehen, dass wir bei erkennbarer Folterung unter keinen Umständen weiter zur Kooperation bereit sind. Das musste also auch der syrischen Seite klar sein. Von daher konnte das Interesse von deutscher Seite also hier nur zu einer Verbesserung führen, weil hier ein, wenn auch möglicherweise geringes Korrektiv gegen Willkürhandlungen von syrischer Seite ja dann vorlag.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Danke, Herr W[REDACTED].

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Gab es einen Fragenkatalog aus dem Kanzleramt, der Ihnen mitgegeben wurde?

Zeuge M. W.: Mir nicht, nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Sondern wem?

Zeuge M. W.: Das ist mir nicht geläufig. Ein Fragenkatalog des Kanzleramtes hätte dann vom BND abgearbeitet werden müssen. Das ist allerdings nicht erfolgt.

Dr. Max Stadler (FDP): Von wem stammte Ihr Fragenkatalog?

Zeuge M. W.: Die Fragenkomplexe. Es war kein ausgearbeiteter Fragenkatalog; es war eine Sammlung von Themengebieten, die für uns von Interesse waren. Er wurde von uns selbst zusammengestellt.

Dr. Max Stadler (FDP): Dazu gehörte, wie Sie sagen, nicht die Frage, wie Zammarr von Marokko nach Syrien gekommen ist. Noch mal zur Präzisierung: Die Frage war deswegen nicht enthalten, weil Sie es schon wussten? Sie hatten sich so ähnlich vorhin geäußert.

Zeuge M. W.: Das ist ein Komplex. Uns lag also die Aussage [REDACTED] über den Ablauf vor, die zwar durchaus mit Zweifeln behaftet war, [REDACTED], die gleichwohl vorlag; zum anderen wegen der klaren Festlegung auf Themen, die deutsche Sicherheitsinteressen berühren.

Dr. Max Stadler (FDP): Gut, das haben Sie vorhin schon gesagt. Wie ist er denn eigentlich von Marokko nach Syrien gekommen?

Zeuge M. W.: Nach Darstellung [REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Ich meinte: Wie ist er technisch - zu Wasser, zu Luft, zu Lande - -

Zeuge M. W.: Darüber liegen uns keine Informationen vor, und das wurde [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Das wissen Sie heute auch noch nicht?

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Ob er ausgeflogen wurde?

Zeuge M. W.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Haben Sie einmal nachgefragt - es gab ja jetzt die Debatte um CIA-Flüge -, ob das unter Beteiligung beispielsweise der Amerikaner geschah? Haben Sie das einmal recherchiert?

Zeuge M. W.: Nein. Das ist allerdings auch etwas, was nicht im Aufgabenbereich Bekämpfung des islamischen Terrorismus liegt. Wenn, dann wäre das ein Thema, das eine andere Abteilung des Hauses machen müsste.

Dr. Max Stadler (FDP): Wissen Sie, ob andere Recherchen angestellt haben, wie das vonstatten ging?

Zeuge M. W.: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Max Stadler (FDP): Nun ist schon von Herrn Hartmann gefragt worden; die [REDACTED] wurden am zweiten Tag abends erwähnt. Haben Sie denn darüber hinaus, dass Sie das an Ort und Stelle angesprochen haben - oder der BND-Kollege -, Ihren Vorgesetzten über die [REDACTED] berichtet?

Zeuge M. W.: Mir ist nicht mehr erinnerlich, ob das in der Nachbereitung mit ein Thema war. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war allerdings bei der Befragung ebenfalls

dabei und hat die entsprechenden Aussagen ebenfalls aufgenommen.

Dr. Max Stadler (FDP): Ihr Vorgesetzter war in Syrien mit dabei?

Zeuge M. W.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Hat er denn im Hause dann diese Information weitergegeben? Es war ja ein deutscher Staatsangehöriger, und die [REDACTED] brauche ich nicht zu wiederholen: [REDACTED]. Da scheint es mir vielleicht über Ihre Aufgaben hinauszugehen, dies zur Sprache zu bringen. Das ist ja etwas, was man auf höherer Ebene auch anmelden kann. Dazu müssen Ihre Vorgesetzten aber natürlich Kenntnis davon gehabt haben.

Zeuge M. W.: Mir ist nicht bekannt, ob mein damaliger Vorgesetzter den Sachverhalt angesprochen hat.

Dr. Max Stadler (FDP): Da müssen wir ihn selber fragen.

Der zweite Punkt. Sie haben etwas Interessantes gesagt: Er wurde Ihnen dargestellt als [REDACTED].

Zeuge M. W.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): [REDACTED]

Zeuge M. W.: So wurde es von dem BND-Kollegen dargestellt.

Dr. Max Stadler (FDP): Haben Sie oder Ihr Kollege dies in Ihrer Behörde mitgeteilt?

Zeuge M. W.: Meines Wissens nein. Das [REDACTED] ist allerdings meines Wissens in der zuständigen Fachabteilung unseres Hauses durchaus bekannt.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, ja, aber manchmal ist jemand [REDACTED], und manchmal ist er [REDACTED]. Das ist Zammar im Moment; da kann

man nichts machen, es ist ein [REDACTED]. Warum haben Sie denn das nicht weitergegeben? Es ist ein deutscher Staatsangehöriger.

Zeuge M. W.: Das ist richtig. Nur, nach damaliger Situation erschien uns, erschien mir jedenfalls der Hinweis auf [REDACTED] nicht weiterführend und auch nicht relevant zu sein.

Dr. Max Stadler (FDP): Er schien Ihnen nicht relevant?

Zeuge M. W.: Mir war bekannt, dass sich das Auswärtige Amt um konsularische Betreuung bemüht und dass [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Na gut. Ich sage noch einmal: Wenn jemand [REDACTED] ist, dann - das haben wir schon gehört - ist es wenig aussichtsreich, sich vielleicht zu bemühen, dass er in Freiheit kommt. Aber wenn jemand [REDACTED] ist, wäre das Ihrer Meinung nach nicht für die deutsche Seite Anlass gewesen, stärker zu intervenieren? Für Sie jedenfalls war es kein Anlass?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Herr W [REDACTED], ist Ihnen eigentlich bekannt, was der ganzen verbesserten Kooperation mit Syrien vorausgegangen war, dass man überhaupt zu einer Kooperation gekommen ist, welche Gegenleistungen von der deutschen Seite dafür erbracht worden sind?

Zeuge M. W.: Die genauen Abstimmungen sind mir nicht bekannt, nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Ist Ihnen geläufig, dass Verfahren wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit gegen Syrer eingestellt worden sind?

Zeuge M. W.: Diese Verfahrenseinstellung ist mir bekannt, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Ergibt sich nicht daraus die Möglichkeit, dass man im Zuge von Zusammenarbeit - ich will nicht von „Deal“ sprechen - für jemanden, der [REDACTED], dann eben auch etwas tun muss und das in die Verhandlungen einführen muss?

Zeuge M. W.: Mir ist auf jeden Fall nicht bekannt, dass an irgendeinem Punkt ein Junktim hergestellt worden wäre zwischen der Befragung und der Einstellung der Strafverfahren gegen die syrischen Agenten.

Dr. Max Stadler (FDP): Zurück noch mal zur Situation nach dem 11.09., Ausreise nach Marokko: Bin ich richtig informiert, dass amerikanische Behörden den deutschen Sicherheitsbehörden wegen des 11.09.2001, wegen 9/11, Vorwürfe gemacht haben, dass wir nicht aufmerksam genug gewesen seien in Bezug auf die Hamburger Vorgänge? Ist das richtig? Ich will es nur ganz allgemein wissen.

Zeuge M. W.: In allgemeiner Form: Ja, das ist richtig.

Dr. Max Stadler (FDP): Daraus lässt sich doch folgern: Es war das Bestreben der deutschen Sicherheitsbehörden gegenüber den Amerikanern, jetzt auf keinen Fall mehr einen Fehler zu machen, wenn ich das so sagen darf. Ist das auch richtig?

Zeuge M. W.: Dieses Bestreben war für sämtliche Sicherheits- und Nachrichtendienste in den USA und in Europa unmittelbar nach dem 11.09. kennzeichnend.

Dr. Max Stadler (FDP): Selbstverständlich. - Ist es da aber nicht ein Verstoß gegen dieses Bemühen, wenn jemand aus dem Umfeld der Attentäter des 11.09. dann spurlos verschwindet, ein Deutscher, und man nichts davon weiß? Waren denn die Amerikaner - deswegen frage ich das - eingeweiht und einverstanden, dass er nach Marokko ausreist?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

[REDACTED]. Soweit ich weiß, wurde die FBI-Verbindungsstelle bei der BAO USA über die Ausreise nach Marokko seitens des BKA informiert.

Dr. Max Stadler (FDP): Und als Sie --

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Fragezeit ist abgelaufen, tut mir leid. - Die CDU/CSU. Kollege Mayer.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Herr W [REDACTED], hatten Sie Erkenntnisse darüber, wie Herr Zammar von den syrischen Sicherheitsbehörden auf Ihre Befragung vorbereitet wurde?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Haben Sie Herrn Zammar danach befragt?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Waren Sie während Ihres Aufenthalts in Damaskus in der Liegenschaft der deutschen Botschaft?

Zeuge M. W.: Ja, dort haben wir uns mehrfach aufgehalten.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Was heißt „mehrfach“?

Zeuge M. W.: Wir haben intern innerhalb der Gruppe nach jedem Abend eine Nachbereitung in einem [REDACTED] Raum der deutschen Botschaft durchgeführt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Waren dort andere Personen außer den Befragern von Herrn Zammar zugegen?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Es wäre ja an sich naheliegend gewesen, dass Sie, wenn Sie schon zu Gast in der deutschen Botschaft sind, dass dann auch Botschaftsangehörige mit dabei sind.

Zeuge M. W.: Wir waren nicht zu Gast in der deutschen Botschaft. Diese Nachbereitungsgespräche fanden außerhalb der Dienstzeiten statt und sind nach meiner Kenntnis den Angehörigen der Botschaft nicht bekannt geworden.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Also, Sie haben sich dann erst zu späterer Zeit am Abend in der deutschen Botschaft eingefunden?

Zeuge M. W.: Korrekt, ja.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wer hat Sie dann hereingelassen?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ist während der Befragung die Einbindung der amerikanischen Sicherheitsbehörden in irgendeiner Weise angesprochen worden?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Und weshalb nicht?

Zeuge M. W.: Innerhalb der Befragungssituation war klar, dass es eine bilaterale Angelegenheit zwischen Deutschland und Syrien ist, [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): War dies von Ihnen in der Delegation explizit so festgelegt worden, oder war das ein unangesprochenes Agreement?

Zeuge M. W.: Das musste nicht speziell festgelegt werden; das ist ein nachrichtendienstlicher Standard.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Es ist ja schon auf die Problematik eingegangen worden, dass gegen Herrn Zammar in Deutschland ein Ermittlungsverfahren betrieben wurde, und nachdem ja auch ein

Vertreter des Bundeskriminalamtes mit dabei war, hätte sich natürlich die theoretische Möglichkeit ergeben können, dass Erkenntnisse aus der Befragung auch für das laufende Ermittlungsverfahren in Deutschland verwendet werden. Sie sagten nun, dass Sie sich im Vorfeld der Befragung daraufhin verständigt haben, dass die Erkenntnisse aus der Befragung keinesfalls Einzug in das laufende Ermittlungsverfahren finden sollten. Haben Sie sich, nachdem Sie ja keiner Ermittlungsbehörde angehören, da auch noch einmal vergewissert, dass dies auch tatsächlich so eingehalten wird?

Zeuge M. W.: Wir hatten also keinerlei Anlass, zu vermuten, dass gegen diese Festlegung verstoßen werden würde.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Linke. Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich komme noch einmal zu dem § 234 a zurück. Dort heißt es ja:

Wer einen anderen einerseits verbringt, aber auch davon abhält, von dort zurückzukehren, und dadurch der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen und wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

Das ist ja wohl - ich bin zwar kein Strafrechtler - immerhin ein Verbrechen. Ist das bei Ihnen nicht diskutiert worden? Denn das ist ja ein Dauerdelikt. Das ist ja nicht abgeschlossen damit, dass er von Marokko aus verschleppt worden ist, sondern das dauerte in dem Zeitpunkt auch noch an, als Sie mit ihm zusammen waren.

Zeuge M. W.: Also, dieses Delikt ist nicht angesprochen worden. Dieses Delikt war uns auch nicht bewusst, und im Übrigen habe ich schwere Zweifel, dass dieses Delikt hier einschlägig ist. Zum einen war uns die [REDACTED]

auch an seinen Aussagen über andere Mitglieder seines Umfeldes Interesse hatten?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Inwiefern haben Sie Ihre Ergebnisse, die Sie dann hatten, während der Vernehmung oder auch danach mit den Syrern ausgetauscht?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Da sehe ich jetzt einen kleinen Widerspruch, wenn Sie sagen: [REDACTED]

Zeuge M. W.: Die ganze Vernehmung wurde auf Deutsch aufgezeichnet - die Befragung wurde auf Deutsch geführt -, die Befragung wurde aufgezeichnet, und wir sind davon ausgegangen, dass eine Rückübersetzung ins Arabische erfolgt und dass die Aussagen von Zammar danach auch dem syrischen [REDACTED] zur Verfügung stehen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das heißt, Sie gingen davon aus, dass das Tonband, die Protokolle usw. in die arabische Sprache übersetzt werden und damit automatisch eine Doppelverwertung haben könnten?

Zeuge M. W.: Ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann zu der Frage der Verwertung Ihrer Ergebnisse in Deutschland: Sie haben einmal gesagt, es wären drei getrennte Berichte gegeben worden von den Stellen, aber kein Gesamtbericht. Wieswegen eigentlich nicht?

Zeuge M. W.: Ein entsprechendes Petition wurde nicht an uns gerichtet. Es wurde also kein entsprechendes Verlangen gestellt. Also, jede Behörde hat ihren eigenen Bericht erstellt und dann auch entsprechend den jeweils eigenen Vorgaben für sich verwertet.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut, das ist interessant. Meine Fragezeit ist jetzt zu Ende, aber ich habe noch - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr W [REDACTED], war Ihnen bekannt, dass im Sommer 2002 [REDACTED] in Deutschland war, [REDACTED]

Zeuge M. W.: Ja, das war mir bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie mit dem Besuch was zu tun?

Zeuge M. W.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben also auch an keiner Besprechung oder so was teilgenommen?

Zeuge M. W.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie in Syrien außer zu dem Herrn, der da bei Ihnen auch bei den Vernehmungen oder bei den Befragungen anwesend war, noch zu anderen Personen aus dem syrischen [REDACTED] bis hin zu Herrn [REDACTED] Kontakt oder Gespräche gehabt?

Zeuge M. W.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher?

Zeuge M. W.: [REDACTED] war Teilnehmer an der Besprechung im Vorfeld, also an unserem Anreisetag, und an unserem Abreisetag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr [REDACTED]?

Zeuge M. W.: Herr [REDACTED].

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der war dabei?

Zeuge M. W.: Er war dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge M. W.: Darüber hinaus gab es keinen Kontakt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Sie hatten das ja bereits gesagt: Da haben am Anfang und am Ende Besprechungen stattgefunden, und da war, nehme ich mal an, dieser Herr, der uns schon als [REDACTED] klassifiziert worden ist, wahrscheinlich vom syrischen [REDACTED], dabei und Herr [REDACTED]. Und wer noch?

Zeuge M. W.: Es waren noch mehrere andere Mitarbeiter des syrischen [REDACTED] anwesend. Allerdings sind mir die genauen Funktionen nicht mehr erinnerlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange haben denn diese Gespräche gedauert?

Zeuge M. W.: Die Vorbesprechung hat, meine ich, circa anderthalb Stunden gedauert, die Abschlussbesprechung unter Umständen eine Stunde. Allerdings sind das ungefähre Zeitangaben, die auf einem Schätzwert beruhen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun habe ich bisher von Ihnen überhaupt noch nicht erfahren, was denn da eigentlich besprochen worden ist. Ging es darum, wie die Vernehmung ablaufen soll? Ging es um diplomatische, sonstige Fragen? Ging es um Herrn Zammar ganz konkret, oder ging es um den Terrorismus insgesamt? Die ganzen Einzelheiten können wir vielleicht - - Erst einmal: Was war denn da überhaupt Thema?

Zeuge M. W.: Ich bin mir nicht sicher, ob meine Aussagegenehmigung die Beantwortung dieser Frage abdeckt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja schon gesagt, da sei beispielsweise über die Frage, wie die Zammar-Vernehmungen durch die Syrer durchgeführt worden sind, Haftverhältnisse und Folter und so etwas nicht gesprochen worden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Akmann hat sich zu Wort gemeldet.

RD Torsten Akmann (BK): Ja, der Zeuge sieht das richtig. Die Inhalte dieser Gespräche sind nicht - - Der Zeuge sieht das richtig. Er kann zu den Inhalten dieser Gespräche nichts sagen. Hier greift wieder die Staatswohlschranke, Stichwort „nachrichtendienstlicher Diskretionsschutz“.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das wundert mich doch jetzt schon, weil der Zeuge dazu bisher ja auch durchaus Aussagen gemacht hat. Das Neue, das er jetzt dazu gesagt hat, ist, dass Herr [REDACTED] dabei war und noch ein paar andere. Warum das dann plötzlich tabu wird, kann ich eigentlich nicht verstehen.

(Hellmut Königshaus (FDP): Nein!)

Zeuge M. W.: Der Inhalt der Vor- und Nachbesprechungen war bisher noch nicht Thema der Befragung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, natürlich. Es wurde gefragt, ob da über die [REDACTED], über die Verbringung von Marokko nach Syrien und, und, und geredet wurde. Das haben Sie alles beantwortet - -

Zeuge M. W.: Die Frage kann ich auch weiterhin mit Nein beantworten. Bei Inhalten, die darüber hinausgehen - es war ja eine allgemein gestellte Frage -, da bestehen eben Zweifel am Umfang meiner Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann frage ich Sie noch mal ganz konkret. Sie haben gesagt: Am Ende des zweiten Befragungstages hat Herr Zammar Ihnen die [REDACTED] und seine [REDACTED] darüber geschildert und insbesondere auch, dass er [REDACTED] ist. Haben Sie da nicht Anlass gehabt, mindestens auf der Abschlussbesprechung das mal anzusprechen?

Zeuge M. W.: Nein, den Anlass hatte ich in meiner Position ganz bestimmt nicht. Wie gesagt, also auch mein Vorgesetzter war bei dieser Reise anwesend und war auch bei der Abschlussbesprechung dabei. Ein entspre-

chender Vorstoß hätte also mit hoher Wahrscheinlichkeit die weitere Kooperation mit der syrischen Seite, die zu dem Zeitpunkt ein wichtiger Punkt war, nachhaltig beeinträchtigt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie darauf?

Zeuge M. W.: Weil das vermutlich eine Frage gewesen wäre, die uns die Syrer so nicht beantwortet hätten und die in dem [REDACTED] von Zammar als unpassend erschienen wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr W [REDACTED], Sie haben vorhin selber gesagt, dass Sie der Auffassung waren, Ihr Besuch hätte dazu beigetragen, dass Herr Zammar in Zukunft vielleicht [REDACTED], weil die Syrer gemerkt haben, dass Sie sich um ihn kümmern; so sage ich das jetzt mal mit meinen Worten. Da lag es doch sehr nahe, dass Sie dieses Thema ansprechen, meinerwegen in aller diplomatischen Form, dass Sie fragen: Stimmt das überhaupt? Wie lange war das? Was war der Anlass? Hat er sich [REDACTED] Oder - -

Zeuge M. W.: Ein solches Ansprechen dieses Thema wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zielführend gewesen, weil wir von syrischer Seite mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keinerlei Angaben dazu erhalten hätten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn in Ihrer eigenen internen Besprechung der Gruppe - Sie sagen, jeden Tag nach den Vernehmungen, nach den Befragungen haben Sie sich über die Befragung unterhalten - Schlussfolgerungen erwogen? Das war ja für Sie jetzt am zweiten Tag etwas Neues, wo Sie sagen, dass es durchaus wichtig war nach Ihren Vorbesprechungen, und jetzt hören Sie über die [REDACTED]. Haben Sie da nicht einmal gesagt: Oh, entweder müssen wir jetzt abbrechen, oder wir müssen mal bei den Syrern nachfragen, was da gewesen ist? - War das danach Thema?

Zeuge M. W.: Das war danach kein gesondertes Thema. Allerdings hatte ich schon darauf hingewiesen, dass nach unserer Einschätzung, wenn er [REDACTED] ist, das in deutlichem zeitlichen Abstand zu der Vernehmung passiert ist, und zu dem Thema [REDACTED] hatten und haben wir also keine Detailinformationen. Also, einen Anlass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben vorhin gesagt, [REDACTED] war durchaus glaubwürdig.

Zeuge M. W.: Ja, aber nicht, zu welchem Zeitpunkt. Uns erschien es sehr unwahrscheinlich - zumindest haben wir keine entsprechenden Spuren bemerkt, und zumindest haben wir kein Verhalten bemerkt, das darauf hindeutet -, dass das in zeitlicher Nähe zu der Befragung passiert ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sagt Ihnen die syrische Seite: [REDACTED], und Herr Zammar sagt Ihnen, er ist [REDACTED], und das kommt für Sie erst mal glaubhaft rüber. Und da haben Sie keinen Anlass, der Frage nachzugehen, obgleich Sie selber - so haben Sie ja gesagt - in Ihren eigenen Vorbesprechungen das durchaus als Problem gesehen haben?

Zeuge M. W.: Zumindest war keine Möglichkeit ersichtlich, wie wir hier eine sachdienliche Aufklärung hätten betreiben können. Die syrische Seite hätte uns zu dem Punkt definitiv keine Angaben gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht Herr Zammar?

Zeuge M. W.: Er befand sich unter Kontrolle der syrischen Seite, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!

Zeuge M. W.: - ja, natürlich - und er ist - - Diese Aussage ist gemacht worden gegen Ende der Befragung am zweiten Tag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da gab es noch einen dritten, ja.

Zeuge M. W.: Es bestand -- Wenn wir diesen Punkt am letzten Tag angesprochen hätten, dann hätten wir also ebenfalls damit rechnen müssen, dass die syrische Seite den Kontakt zu Zammar abbricht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge M. W.: Dann hätten wir damit rechnen müssen, dass die syrische Seite den Kontakt zu Zammar abbricht und auch zukünftige Kontakte verweigert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gingen davon aus: Während der Befragung durch Sie war er unter Kontrolle der Syrer. Sichtbar? Merkbar?

Zeuge M. W.: Er ist hereingebracht worden in Handschellen - die Handschellen sind ihm abgenommen worden -, und ein syrischer Wachmann war anwesend.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht nur ein Wachmann.

Zeuge M. W.: Ja, aber ein Wachmann, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, zusätzlich.

Zeuge M. W.: - der dann speziell für die Aufsicht über ihn zuständig war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gingen also davon aus, dass Herr Zammar sich deutlich unter syrischem Einfluss befand, als er bei Ihnen saß?

Zeuge M. W.: Nicht unter syrischem Einfluss, aber er war ein syrischer Gefangener. Das war also deutlich zu sehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das wissen wir.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die zweite Berliner Stunde ist herum. Besteht noch Fragebedarf?

(Zurufe: Ja!)

- Offene Runde oder Berliner Stunde?

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Berliner Stunde!)

- Berliner Stunde. - Die SPD mit 19 Minuten.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Herr W [REDACTED], ist Ihnen bekannt, dass im Anschluss an Ihre Befragungen in Syrien auf höherer Ebene in Deutschland mehrfach gegenüber Syrien interveniert wurde, dass man gegen Zammar [REDACTED]

Zeuge M. W.: Das ist mir nicht bekannt.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das war so. Der Zeuge C [REDACTED] hat uns das letztes Mal im Zusammenhang mit dem Besuch von Herrn Uhrlau ausgeführt. Können Sie sich vorstellen, dass dies in einem Zusammenhang stand mit Ihrer Befragung zuvor?

Zeuge M. W.: Da mir entsprechende Vorstöße nicht bekannt sind, da mir auch keine Details dazu bekannt sind, wäre hier jede Aussage meinerseits blanke Spekulation.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Sie haben ausgeführt - ich frage das im Anschluss an den Kollegen Ströbele -, dass man unsererseits, deutscherseits, mehr als bemüht darum war, die Situation von Herrn Zammar keineswegs zu verschlechtern und das auch abgewogen hatte und in der Vorbereitung bedacht hatte. War Ihnen dabei klar, dass es vielleicht Herrn Zammar auch hätte schaden können, bestimmte Fragen zu stellen und auf bestimmte Weise zu agieren?

Zeuge M. W.: Uns war die Problematik -- Wir hatten im Vorfeld die Problematik beleuchtet, also folgendes Szenario: Herr Zammar macht uns gegenüber Angaben, die er bisher der syrischen Seite nicht gemacht hat. Das war ein Punkt, wo wir der Meinung waren, das könnte ihm zum Nachteil ausgelegt werden. Über Herrn Dr. C. haben wir die syrische Seite gebeten, dass genau das nicht passiert, weil sonst die Kooperation von Herrn Zammar praktisch nicht mehr möglich ist, um eben auch zu verdeutlichen, dass Angaben, die er macht und die über das hinausgehen, was er bisher der syrischen

Seite berichtet hat, nicht zu seinem Nachteil ausgelegt werden.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ihnen war also in der Analyse sehr klar, dass ein verstärktes Herauslocken von Aussagen zu seiner Haftsituation, zu den Bedingungen, unter denen er untergebracht ist, zu einer Behandlung, die nicht unseren Standards entspricht, unbedingt dazu führen müssen, dass die syrische Seite entweder abbricht oder Herr Zammar Nachteile erleidet?

Zeuge M. W.: Dass die syrische Seite in dem Fall den Kontakt abbrechen würde, das war uns sehr deutlich bewusst, und das wäre also auch der Schritt gewesen, mit dem zwangsläufig zu rechnen war.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Zammar hat dennoch geäußert, dass er [REDACTED] sei; das war mehrfach Thema in Ihrer Befragung heute hier. Können Sie sich erinnern, ob er angegeben hat, wie lange das zurückliegt, den Zeitpunkt?

Zeuge M. W.: Nein, nein. Er hat es also in Zusammenhang mit seiner Festnahme in Marokko gebracht: [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das gibt ja aber dann Hinweise darauf, dass es schon längere Zeit zurücklag und damit nicht im Umfeld Ihrer Befragung stattfand.

Zeuge M. W.: Davon gingen wir nach der Aussage - das ist also eine sehr weiche Aussage, die weite Interpretationsspielräume zulässt -, aber vor allem auch nach seinem äußeren Anschein und nach seinem Verhalten während der Befragung aus.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Daran anknüpfend: War es Ihr Auftrag, sich so zu verhalten in Damaskus, dass die Kooperation mit Sy-

rien nicht beeinträchtigt wurde? Kann man das so sagen?

Zeuge M. W.: Zum damaligen Zeitpunkt

[REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Genau. Dann ist es verständlich, wenn Sie das jetzt an Ort und Stelle wegen Haftbedingungen und so nicht verstärkt ansprechen. Aber warum haben Sie denn dazu kein Wort in Ihrem Bericht geschrieben?

Zeuge M. W.: Die Berichte, die dazu verfasst wurden, sind durchaus unterschiedlich angelegt worden. Also, unser Bericht war von vornherein so angelegt: Er soll die Informationen darstellen, die geliefert worden sind, und damit Ausgangspunkt für Anschlussmaßnahmen sein. Mir wurde also zu keinem Zeitpunkt vermittelt, dass Informationen über die Umstände der Befragung, über die Lokalitäten oder über den Zustand von Zammar Bestandteil des Berichtes sein sollten.

Dr. Max Stadler (FDP): Das wurde nicht von Ihnen verlangt; in dem Bericht des BND-Kollegen steht solches aber drin.

Zeuge M. W.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Das war anders angelegt dort.

Zeuge M. W.: Die Berichte sind eigenständig erstellt worden in den jeweiligen Behörden nach den jeweils dort geltenden Vorgaben.

Dr. Max Stadler (FDP): Ist aber in der mündlichen Nachbereitung Ihrer Reise nach Damaskus von Ihren Vorgesetzten nach den Umständen gefragt worden und von Ihnen dann berichtet worden, wenn schon nicht im schriftlichen Bericht?

Zeuge M. W.: Meines Wissens nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie sind danach gar nicht gefragt worden?

Zeuge M. W.: So ist es.

Dr. Max Stadler (FDP): Dann kann Herr Fromm natürlich aber auch nicht wegen der Haftbedingungen intervenieren, weil er davon nichts weiß. - Na gut, das ist keine Frage.

Zweiter Punkt - ich will es wegen der fortgeschrittenen Zeit kurz machen -:

(Dr. Michael Bürsch (SPD): Ach was!)

Herr Staatssekretär Dr. Hanning hat im Innenausschuss des Bundestags die Formulierung benutzt, Zammar sei [REDACTED], und auch Herr Dr. C. hat das das letzte Mal bestätigt. Was wissen Sie denn darüber, dass das [REDACTED] geschah?

Zeuge M. W.: Mir liegt also nur die entsprechende [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Na gut, aber wenn ein Vertreter des [REDACTED] dieses bekundet, haben Sie denn Anlass, daran zu zweifeln oder das für unglaubwürdig zu halten?

Zeuge M. W.: Ich präzisiere die Aussage:

Dr. Max Stadler (FDP): Ach so, sondern nur von [REDACTED] gewissermaßen?

Zeuge M. W.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Haben Sie denn [REDACTED] nachgefragt?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Wurde da auf diese Darstellung eines Vertreters des [REDACTED] Bezug genommen, [REDACTED]

Zeuge M. W.: Nein, darauf wurde kein Bezug genommen. Die Anfragen lagen auch zeitlich vor dieser Darstellung.

Dr. Max Stadler (FDP): Wann war denn vom [REDACTED] diese Darstellung gegeben worden?

Zeuge M. W.: Das muss [REDACTED] gewesen sein.

Dr. Max Stadler (FDP): Gut. - Herr Königshaus fährt fort.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie haben vorhin gesagt, mehrfach, in verschiedenen Zusammenhängen: „Das hat nicht zu unserem Auftrag gehört, deshalb haben wir dazu auch keine Fragen gestellt“, mehrfach, also beispielsweise auch zu der Frage, wie eigentlich der Transport physisch von Marokko nach Syrien erfolgt ist. Arbeiten die Behörden immer so? Ich meine, ein Nachrichtendienst sammelt doch Nachrichten. Das muss ja für den Dienst interessant sein, wie eigentlich solche Dinge ablaufen, gerade in einer Zeit, in der ein ganzes Umfeld spinnenartig verdächtig wird, und nun hat man dort irgendwo zugegriffen -- wie eigentlich andere das handhaben. Und da hat keiner danach gefragt, also so ähnlich, wie das bei der Vernehmung in Guantánamo war? Da haben wir das auch gehört: War nicht unser Auftrag, haben wir uns auch nicht darum gekümmert, wie das Lager oder wie die Verhältnisse dort im Übrigen sind. - Ist das immer so?

Zeuge M. W.: Die Dienste sammeln die Informationen, die zu ihrem gesetzlichen Auftrag gehören.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge M. W.: Zum gesetzlichen Auftrag des Aufgabenbereichs, in dem ich tätig war, gehört die Sammlung von Informationen, die den islamischen Terrorismus betreffen. Also, ein Sachzusammenhang zwischen der physischen Verbringung von Marokko nach Syrien war jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt und

ist auch zum heutigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Hellmut Königshaus (FDP): Für Ihr Sachgebiet; aber die Behörde ist ja etwas größer, und Sie sind ja nicht nur losgeschickt worden, um einen kleinen Ausschnitt zu untersuchen. Auch die Einordnung all dieser Erkenntnisse in die Gesamtlagebetrachtung macht es doch erforderlich, dass man sich zum Beispiel auch über die Zusammenarbeit anderer Dienste bei der Bekämpfung auch des islamischen Terrorismus schlaumacht. Das heißt, es hätte doch nahegelegen, den Zammar zu fragen: Sagen Sie mal, wie sind Sie überhaupt hergekommen?

Zeuge M. W.: So naheliegend fanden wir das zum damaligen Zeitpunkt nicht. Für das BfV als Inlandsdienst sind auch entsprechende Informationen, [REDACTED], von bestenfalls untergeordneter Relevanz.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie sagten jetzt: zum damaligen Zeitpunkt. Zum heutigen Zeitpunkt hätten Sie es offenbar schon ganz wichtig gefunden, oder wie muss ich jetzt die Einschränkung verstehen?

Zeuge M. W.: Zum heutigen Zeitpunkt, dazu kann ich keine Aussagen machen. Relevant ist der damalige Zeitpunkt zum Zeitpunkt der Befragungen, nicht meine heutige Haltung dazu.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber es muss doch für das Lagebild, das Sie ja auch für das Inland erstellen, von Interesse sein, wie eigentlich andere Behörden dieses Problem angehen - man kann ja auch von anderen lernen -, das heißt insbesondere, wie zum Beispiel auch die internationale Kooperation anhand dieses Beispiels mal auszuforschen - - anhand dieses Beispiels zu belegen ist. Das war für Sie kein Thema? Hat Sie auch kein Vorgesetzter danach gefragt?

Zeuge M. W.: Zu keinem Zeitpunkt.

Hellmut Königshaus (FDP): Aha; das klingt - - Gut.

Zweite Frage: Es gab ja dort die Frage vorhin, weshalb eigentlich niemand auf die Idee gekommen ist, sich näher mit der Frage zu befassen: Warum lässt man den dort ei-

gentlich ausreisen? Man hält ihn für einen der gefährlichsten Menschen im Inland. Man ging auch davon aus, dass der zurückkommt. Aber was der dort macht, ob der möglicherweise Aufträge einholt oder so, wollte man offenbar nicht durch entsprechende Beobachtung feststellen. Wie ist denn so etwas eigentlich zu erklären?

Zeuge M. W.: Die Einschätzung, dass er einer der gefährlichsten Menschen im Inland ist, kann ich so nicht mittragen. Das trifft also definitiv nicht zu. Im Übrigen kann ich nur auf die vorherigen Ausführungen hinsichtlich der Fallführung und der Herkunft der Information verweisen. Herr des Verfahrens in dieser Angelegenheit war das Bundeskriminalamt -

Hellmut Königshaus (FDP): Das andere Aufgaben hat.

Zeuge M. W.: - und nicht das BfV.

Hellmut Königshaus (FDP): Das völlig andere Aufgaben hat. Das Bundeskriminalamt hat andere Aufgaben als Sie als Verfassungsschutzbehörde,

(Zuruf: Genau!)

und es geht jetzt um die Frage, wie Sie eigentlich nun Ihre Erkenntnisse zu den Dingen, die das Bundeskriminalamt überhaupt nicht berühren müssen, weil das eben eine andere Behörde mit ganz anderen Aufgaben ist, wie Sie völlig zu Recht sagen - - wie Sie Ihre Aufgaben dort wahrnehmen. Zu der Aufgabe gehört doch insbesondere die Beurteilung: Droht eine Gefahr von diesem Menschen? Droht eine Gefahr von seinem Umfeld?

Zeuge M. W.: Nach damaliger Vorschriftenlage im BfV wäre eine Übermittlung personenbezogener Daten an den [REDACTED] - -

Hellmut Königshaus (FDP): Danach habe ich nicht gefragt.

Zeuge M. W.: Wonach haben Sie dann gefragt?

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe gefragt, warum dieser Mensch dort vollkommen unbeobachtet blieb, ganz offenkundig? Das muss ja nicht durch den [REDACTED]

_____ und durch _____
_____ geschehen.

(RD Dr. Jan Hecker (BMI): Das ist
alles schon beantwortet!)

- Wie bitte?

(RD Dr. Jan Hecker (BMI): Das ist
alles schon beantwortet worden!)

- Nein, das ist nicht beantwortet worden.

(RD Dr. Jan Hecker (BMI): Das ist
beantwortet!)

- Nein, das ist nicht beantwortet worden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr
Hecker, die Diskussion -

Hellmut Königshaus (FDP): Dann wäre
es ja einfach, wenn er es noch mal sagt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: - um die
Frage, ob eine Frage schon gestellt und be-
antwortet ist, geht erfahrungsgemäß länger
als die nochmalige Beantwortung der Frage.
Deswegen lasse ich es durchlaufen. Aber die
Fragezeit des Kollegen Königshaus ist ab-
gelaufen; die Antwort -

Hellmut Königshaus (FDP): Aber die
Antwort hat er noch nicht gegeben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: - lasse
ich aber noch zu.

Zeuge M. W.: Ich habe trotzdem eine
Rückfrage. Bezieht sich die Frage auf die
Überwachung von Zammar in Marokko?

Hellmut Königshaus (FDP): Ja. Sie ha-
ben gewusst: Er fährt nach Marokko.

Zeuge M. W.: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Und offen-
bar gab es keinerlei Vorkehrungen, dass ir-
gendjemand versucht, festzustellen, was der
da eigentlich macht und ob der möglicher-
weise neu aufmunitioniert oder mit neuen
Aufträgen zurückkommt.

Zeuge M. W.: Seitens des BfV - das BfV
ist ein Inlandsdienst - besteht keine Möglich-
keit, mit eigenen Mitteln in Marokko tätig zu
werden. _____

Hellmut Königshaus (FDP): Nein!

Zeuge M. W.: - und hier kann ich also nur
auf die Vorschriftenlage verweisen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Damit
ist die Frage beantwortet. - Nächste in der
Runde ist die CDU/CSU. Kollege Mayer.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Herr W _____, ist die etwaige _____
von Herrn Zammar _____
_____ während der Befragung erwähnt wor-
den?

Zeuge M. W.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Wann haben Sie denn erstmals erfahren,
dass die syrischen Sicherheitsbehörden
Herrn Zammar verdächtigen, _____

(Unruhe)

Zeuge M. W.: _____

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ent-
schuldigung, ich muss unterbrechen. Ich bitte
zum wiederholten Male, Hintergrundgesprä-
che einzustellen. Das ist auch eine Zumu-
tung für den Stenografischen Dienst, aber
auch für die, die zuhören. Kollege Mayer,
nehmen Sie das Mikrofon bitte auch ein biss-
chen näher heran. - Danke schön.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Wann haben Sie erstmals von diesem Straf-
vorwurf erfahren?

Zeuge M. W.: Dass die syrischen Behör-
den Zammar verdächtigen, _____

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Wussten Sie, dass _____

[REDACTED]

Zeuge M. W.: Ja, das war bekannt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Wäre dann nicht die Schlussfolgerung nahe-
liegend gewesen, dass, wenn die syrischen
Sicherheitsbehörden Ihnen mitteilen, dass

[REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Warum nicht?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

[REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Aber es wäre doch durchaus möglich gewe-
sen. Es hätte ja auch sein können, dass Herr
Zammar [REDACTED]

Zeuge M. W.: Nach Aussage des BND-
Kollegen - -

(Unruhe)

- Nach Aussage des Kollegen vom BND wer-
den [REDACTED]

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Lin-
ke. Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich ha-
be eine Frage zur Verwertung der Ergeb-
nisse, die Sie mit nach Hause gebracht ha-
ben. Es ist ja deutlich geworden, dass Ihre
unterschiedlichen Aufgaben der unterschiedli-
chen Institutionen auch ein unterschiedli-
ches Erkenntnisinteresse wohl hatten, ob das
BKA, BND oder BfV gewesen ist. Haben Sie
darüber gesprochen, welchen Stellen Sie
Ihre Ergebnisse dann außer den dreien zur
Verfügung stellen wollten?

Zeuge M. W.: Dass die Vermerke in die-
sem Fall an den GBA übermittelt wurden,
wurde zu einem späteren Zeitpunkt festge-
legt. Darüber hinaus ist jede Behörde nach
den jeweils eigenen Vorgaben mit den Be-
richten umgegangen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Was hat
Sie dazu veranlasst, das dem GBA zu über-
mitteln?

Zeuge M. W.: Das war eine - - Ich fürch-
te, das ist nicht von meiner Aussagege-
nehmigung umfasst, weil die Beantwortung
dieser Frage in den Kernbereich exekutiver
Eigenverantwortung eingreifen könnte.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wer hat
das denn entschieden? Haben Sie darüber
schon während der Ermittlungen in Syrien
beraten, weil Sie dachten, dass das auch
andere Stellen interessieren könnte?

Zeuge M. W.: Nein, in Syrien war das
kein Thema.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wer hat
das dann - jetzt nicht, aus welchen Gründen -
veranlasst?

Zeuge M. W.: Ich muss wieder auf die
vorherigen Ausführungen zum Thema Aus-
sagegenehmigung verweisen. Die Beant-
wortung der Frage könnte den Kernbereich
exekutiver Eigenverantwortung treffen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ver-
stehe ich zwar nicht. - Die Frage geht weiter:
Gab es eine Ansprache seitens des GBA,
gab es das Interesse, die Artikulation des

Interesses durch die GBA, und dann sagten Sie: Aha, das geben wir auch dann weiter?

Zeuge M. W.: Ich muss wieder auf das Thema Aussagegenehmigung verweisen. - Herr Vorsitzender, kann ich mich mit den - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Darf ich fragen? Das ist doch - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der Zeuge kann sich beraten; das wünscht er. Also unterbrechen wir kurz.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das gehört doch nicht zum Kernbereich.

(Der Zeuge berät sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der Zeuge will antworten.

Zeuge M. W.: Die Vorgabe, den Befragungsvermerk dem GBA zur Verfügung zu stellen, wurde durch meine damaligen Vorgesetzten mir zugeleitet.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War das auf Nachfrage des GBA, oder war das seine eigene Intention, dass er sagte, das könnte dort von Interesse sein?

Zeuge M. W.: Darüber liegen mir keine Informationen vor.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wie hat sich die Verwertung Ihrer Erkenntnisse, die Sie aus Syrien mitgebracht haben, denn in der weiteren Arbeit niedergeschlagen?

Zeuge M. W.: Die Beantwortung dieser Frage ist ebenfalls nicht von meiner Aussagegenehmigung umfasst, da hier Gründe des Staatswohls entgegenstehen, darzulegen, wie diese Informationen weiter in der nachrichtendienstlichen Arbeit des BfV verwendet wurden.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Dann noch zu einer weiteren Frage, nämlich: Es war geplant, eine weitere Befragung durchzuführen.

Zeuge M. W.: Das ist zutreffend, ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Bis wann bestand diese Planung, die dann ja aufgegeben wurde?

Zeuge M. W.: Meines Wissens bestand diese Option bis circa [REDACTED].

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Warum ist sie dann aufgegeben worden?

Zeuge M. W.: Nach meinem Kenntnisstand sind [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nur, damit haben Sie sich ja weitere Erkenntnisse selber abgeschnitten. War es auch deswegen, weil Sie sagten: Das ist alles nicht mehr interessant, wir haben eigentlich genügend erfahren?

Zeuge M. W.: Nein. Eine weitere Befragung hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem weiteren substanziellen Erkenntnisgewinn geführt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Was war denn an Fragen noch offen bei Ihnen?

Zeuge M. W.: Die Frage geht sehr weit auf die Detailebene herunter. Ich möchte ein Beispiel herausgreifen aus der - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja.

Zeuge M. W.: Zammars hat bestritten, [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut, das ist für mich auch nicht so interessant. Interessant ist für mich eher: Wenn Sie sagen, dass es ein substanzielles Interesse an weiterer Befragung gab: Haben Sie nicht überlegt, eine Überführung oder eine Überstellung Zammars nach Deutschland, um ihn dort zu befragen, zu veranlassen?

Zeuge M. W.: Entsprechende Überlegungen gehören und gehörten nicht zu meinem Aufgabenbereich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut, danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Interesse eines zügigen Fortgangs verzichte ich auf weitere Fragen.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das macht mich misstrauisch, Herr Ströbele!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Damit ist die dritte Berliner Stunde durch. Es gibt keine weiteren Fragen.

(Dr. Michael Bürsch (SPD): Entsetzen breitet sich aus! - Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe noch Fragen!)

- Also doch noch Fragen. Wie wird es gewünscht? - Offene Runde. Kollege Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich will noch mal auf den Punkt, wo wir unterbrochen wurden, zurückkommen. Sie haben ja eben gesagt, eine Beobachtung, [REDACTED] nicht möglich gewesen. Ist das jetzt eine Überlegung, die Sie heute anstellen, oder ist das damals im Vorfeld geprüft worden?

Zeuge M. W.: Das ist damals nicht ernsthaft geprüft worden, weil von unserer Seite aus die weitere Verwertung der Informationen über seine Reise ganz klar im Verantwortungsbereich des BKA lag.

Hellmut Königshaus (FDP): Wissen Sie, ob das BKA das geprüft hat?

Zeuge M. W.: Das ist mir nicht bekannt.

Hellmut Königshaus (FDP): Haben Sie denn danach gefragt, nachdem nun die Reise begonnen hatte und Sie gemerkt haben, dass der nicht zurückkommt - das hat Sie ja alle erstaunt -, haben Sie denn dann aus Ihrem eigenen Erkenntnisinteresse heraus

beim BKA nachgefragt: Habt ihr den beobachtet, habt ihr Erkenntnisse?

Zeuge M. W.: Nein, eine Anfrage ist nicht erfolgt, zumal auch aus dem Schriftverkehr mit dem BKA erkennbar war, dass auch das BKA nicht wusste, wie der weitere Verbleib von Zammar ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist denn im Vorfeld auch erörtert worden, [REDACTED] durch den Auslandsgeheimdienst, nämlich durch den BND, gegebenenfalls eine Beobachtung stattfinden könnte?

Zeuge M. W.: Nicht von unserer Seite.

Hellmut Königshaus (FDP): Und könnten Sie sagen, wenn Sie sich darüber Gedanken gemacht haben - das ist gefährlich, der könnte dort ja Aufträge -- oder sonst irgendwie mit neuen Impulsen zurückkommen, die für uns gefährlich sein könnten hier im Inland -, warum es unterblieben ist, dass man dort eben die Möglichkeiten, die das Gesetz ja uns und Ihnen einräumt, nutzt, nämlich die Amtshilfe des BND zu erbitten?

Zeuge M. W.: Die Herkunft der Informationen und sozusagen der Herr der Informationen ist das BKA. Also, wenn jemand Amtshilfe des BND in Anspruch nehmen sollte, dann war hier das BKA gefragt und nicht das BfV.

Hellmut Königshaus (FDP): Das BKA hat sein eigenes Verfahren - das ist richtig -, und dort ist es auch Herr des Verfahrens. Aber Sie haben ja Ihr eigenes Verfahren. Das ist ja etwas völlig anderes, was Sie dort tun; das hat sich ja nur zufällig auf die gleiche Person konzentriert. Das heißt, wollen Sie damit sagen, Sie seien nicht in der Lage, ohne das BKA, wenn das irgendwo tätig ist, dort den BND für Ihre eigenen Aufgabenbereiche um Amtshilfe zu bitten?

Zeuge M. W.: Wenn die Herkunft der Information das BKA ist, dann nicht ohne vorhergehendes Einverständnis des BKA.

Hellmut Königshaus (FDP): Na, wir hatten ja keine Information. Es geht ja darum, wer den Impuls verleiht.

Zeuge M. W.: Die Erkenntnisse zu den weiteren Planungen in Marokko, über das, was Zammar weiter vorhat, das ist also nicht von meiner Aussagegenehmigung gedeckt, weil hier Fragen der ██████████ ██████████ berührt sind.

Hellmut Königshaus (FDP): Trotz allem stellt sich die Frage, weil das mit der ██████████ ██████████ nicht das Geringste zu tun hat, ob der BND - und, wenn nein, warum nicht - darum gebeten wurde, ebendiese Person, die man ja immerhin im Inland ██████████ hat und offenbar entsprechend für gefährlich hielt - - warum man die nicht beobachten ließ, und zwar unabhängig davon, welche Notwendigkeiten das Verfahren des BKA zum Gegenstand hat. Sie haben ja Ihre eigenen Informationsbedürfnisse, die mit denen des BKA nicht identisch sind; sonst könnten wir Sie ja abschaffen.

Zeuge M. W.: Nicht identisch sein müssen. Allerdings, in dem Fall bestand ja eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Erkenntnisinteresse des BKA und dem des BfV, nämlich inwieweit es Mohammed Haydar Zammar - - Inwieweit war er in die Planungen des 11.09. eingebunden, und inwieweit bestehen Anschlussplanungen für die Zeit nach dem 11.09.?

Hellmut Königshaus (FDP): Eben!

Zeuge M. W.: Von daher besteht hier kein gesondertes Erkenntnisinteresse des BfV gegenüber dem BKA.

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb fragen wir, da es zwei Behörden gibt, die beide ein Interesse eigentlich hätten haben müssen, solche Erkenntnisse zu gewinnen, warum keine dieser beiden Behörden das veranlasst hat. Das ist die Frage, die wir hier stellen. Sie haben jetzt erklärt, Sie hätten sich offenbar auf das BKA verlassen, und wenn wir nachher das BKA fragen, wird es uns wahrscheinlich erklären, es habe sich auf das BfV verlassen.

Es geht jetzt wirklich darum: Warum blieb der Mann dort unbeobachtet? Das ist für uns hier eine der ganz entscheidenden Fragen aus dem Untersuchungsauftrag.

Zeuge M. W.: Ich habe Zweifel, ob die Beantwortung der Frage von meiner Aussa-

genehmigung gedeckt ist, weil hier Zweifel bestehen, ob die Beantwortung dieser Frage Bestandteil des Untersuchungsauftrages ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Natürlich. Wir müssen doch - - Der Fall Zammar ist Gegenstand der Untersuchung hier, und der Fall Zammar hat ja wohl etwas damit zu tun, dass er dorthin gereist ist, mit der Frage - sonst hätten Sie ihn in Syrien ja auch nicht zu vernehmen brauchen - - Wenn alles das nicht Gegenstand unseres Untersuchungsauftrages wäre, dann könnten wir ja den ganzen Komplex abhaken. Natürlich gehört das zusammen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da dieser Schluss nicht zwingend ist, geben wir Herrn Dr. Hecker Gelegenheit zu einer Erklärung.

(Hellmut Königshaus (FDP): Wieso ist der Schluss nicht zwingend?)

RD Dr. Jan Hecker (BMI): Ich will die Erklärung nur deshalb abgeben, weil der Abgeordnete Königshaus angedroht hat, diese Frage noch mal zu vertiefen, wenn nachher der Zeuge vom BKA auftritt.

(Hellmut Königshaus (FDP): Genau, ja!)

Deswegen ist vielleicht jetzt doch die Chance, ein bisschen Zeit zu gewinnen, wenn man es jetzt klärt.

(Hellmut Königshaus (FDP): Das ist doch keine Drohung! - Michael Leutert (DIE LINKE): Der weiß also mehr!)

Die Frage, warum das BfV oder meinetwegen auch das BKA in Bezug auf die Überwachung in Marokko etwas veranlasst haben oder nicht veranlasst haben, hat doch nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun. Ich kann das gern noch mal vorlesen, was das Plenum beschlossen hat; aber das kennen Sie ja auch selbst, oder Sie haben es als Teil des Plenums sogar mit beschlossen. Da ist die Rede von der Übermittlung von Reisedaten und von Befragungen und Ähnlichem. Von der Frage, warum der in Marokko von wem überwacht oder nicht überwacht wurde, steht da nichts drin. Deswegen, glaube ich, ist das ein ziemlich klarer Fall, wo man sagen kann: Das hat mit dem Untersuchungsauftrag nun wirklich nichts zu tun.

(Hellmut Königshaus (FDP): Da fehlen mir die Worte! Sie wollen die Frage also nicht beantworten! Das nehme ich zur Kenntnis!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir sind mit der Fragerunde fertig.

Herr W■■■■■, recht herzlichen Dank, dass Sie uns so geduldig zur Verfügung standen. Es gilt, was ich eingangs gesagt habe: In wenigen Tagen bekommen Sie den Entwurf zugestellt und haben 14 Tage Zeit. Damit schließen wir heute Ihre Vernehmung ab. Ich danke Ihnen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Müssen wir eine Pause beantragen, oder - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir haben da so kleine Formalien. Es hat jeder ein Grundrecht auf Nahrungsaufnahme. Wenn Sie das wünschen - - Ich halte es auch für sinnvoll. Vielleicht gibt es ja heute Würstchen *mit* Brötchen. - Sollen wir bis um zwanzig nach eins unterbrechen, reicht das?

(Dr. Norman Paech (DIE LINKE):
Halb zwei!)

- Halb zwei. Ich unterbreche bis 13.30 Uhr.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 12.58)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 13.35 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Dr. K., Sie waren im Bundesamt für Verfassungsschutz

Zeuge Dr. J. K.: Das ist zutreffend. Ich war bereits früher in dieser Arbeitseinheit, davor als Referent und ab, ich denke, offiziell mit der Referatsleitung betraut.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wann haben Sie zum ersten Mal den Namen Zammar gehört? Wann hatten Sie zum ersten Mal mit dem Komplex Kontakt?

Zeuge Dr. J. K.: Ich bin im als Referent in das Referat gekommen und habe mich damals bei den einzelnen Sachbearbeitern über ihr jeweiliges Zuständigkeitsgebiet erkundigt, habe eine Runde gemacht und habe dort auch zum ersten Mal den Namen Zammar gehört.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Vom gab es eine Reise nach Damaskus zur Befragung des Herrn Zammar im dortigen Gefängnis. An dieser Delegation haben Sie teilgenommen.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist zutreffend.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Was war Ihre Funktion?

Zeuge Dr. J. K.: Wir waren zwei Vertreter vonseiten des BfV, mein damaliger Mitarbeiter, der Herr W. und ich als Referatsleiter. Wir haben für uns beide das BfV repräsentiert. Nach den damaligen Vorschriften war es so, dass Mitarbeiter des gehobenen Dienstes bei solchen Reisen nicht alleine reisen sollten, sodass wir zu zweit die Delegation des BfV gebildet haben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie haben Sie sich auf die Vernehmung und die Reise vorbereitet? Gab es Besprechungen mit den anderen Diensten, also BND, und

gab es Gespräche mit den Kollegen des BKA, die mitgereist sind? Hat man einen Fragenkatalog erstellt? Hat man die Fragenkataloge untereinander abgestimmt? Wenn Sie darüber bitte mal berichten würden.

Zeuge Dr. J. K.: Die Erstellung des Fragenkatalogs oder der Fragenkataloge im Einzelnen oblag dem Sachbearbeiter, dem Herrn W. Ich bin mir von meiner Erinnerung her über den zeitlichen Rahmen und den Vorlauf nicht mehr ganz sicher. Ich denke, dass wir nicht so fürchterlich viel Zeit hatten, uns auf die Reise selbst vorzubereiten. Eine detaillierte Abstimmung von Fragenkatalogen mit BKA und BND vor der eigentlichen Reise hat es nach meiner Erinnerung nicht gegeben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Nun ist ja Damaskus kein Ort, an dem man eine Verfahrensweise wie in einem europäischen Gefängnis erwarten dürfte. Gab es Erkenntnisse darüber, welche Situation Sie im syrischen Gefängnis erwarten würde?

Zeuge Dr. J. K.: Konkrete Erkenntnisse lagen mir persönlich nicht vor. Wir - mit „wir“ meine ich meine damaligen Vorgesetzten - haben uns im Vorfeld selbstverständlich über diese Reise beraten, haben die Argumente dafür und dagegen abgewogen und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es zu vertreten ist, zumindest die Reise anzutreten und dort den Versuch einer Befragung zu unternehmen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hatten Sie vor der Reise Kontakt mit Herrn Dr. Steinberg?

Zeuge Dr. J. K.:

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gab es in diesen Vorgesprächen gewisse Vorbehalte, ob man mit den syrischen Behörden

zusammenarbeiten wolle, ob es sinnvoll sei und ob man dort Situationen antreffen würde, die nicht europäischem Standard entsprechen dürften?

Zeuge Dr. J. K.: Ich war der zuständig Referatsleiter von fachlicher Seite. In Diskussionen, ob eine solche Reise stattfindet, unter welchen Umständen sie stattfinden würde und welche Rahmenbedingungen dort herrschen würden, war ich nicht eingebunden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gab es, in Syrien angekommen, in Damaskus, bevor man in die Haftanstalt ging, Zusammenkünfte mit syrischen Beamten, mit denen man sich ausgetauscht hat, wie die Vernehmung stattfinden soll?

Zeuge Dr. J. K.: Soweit ich mich erinnern kann, haben wir uns vor der eigentlichen Befragung mit syrischen [REDACTED] ausgetauscht. Das ist zutreffend.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Über was hat man sich ausgetauscht?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]. Es gab ja [REDACTED] schon einmal eine Reise nach Damaskus, ohne eine Befragung Zammars, aber auch zur Person Zammars, sodass sich dieses Einführungsgespräch ein Stück weit an die vormaligen Gespräche [REDACTED] anschloss.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist auch darüber gesprochen worden, wie man Herrn Zammars auf diese Anhörung vorbereitet hatte?

Zeuge Dr. J. K.: Über das, was ich eben gesagt habe, hinaus ist mir nichts erinnerlich.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat man über Haftbedingungen gesprochen?

Zeuge Dr. J. K.: Nicht, dass ich mich erinnern kann, nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat man solche Fragen bewusst ausgeklammert?

Zeuge Dr. J. K.: Das war ein fachlich-inhaltliches Gespräch. Es ging um inhaltliche Dinge. Wir haben also diesen Aspekt mit den Syrern weder bewusst noch unbewusst behandelt oder nicht behandelt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt berichten Sie mal, wie die Vernehmung des Herrn - Anhörung ist es ja - - Befragung des Herrn Zammars in diesem Gefängnis stattgefunden hat, unter welchen räumlichen Bedingungen, wie er körperlich ankam, wie seine psychische Verfassung war, was er berichtet hat.

Zeuge Dr. J. K.: Die Befragung fand in dem Büro [REDACTED] statt. Darin befand sich ein Schreibtisch, der Schreibtisch des Mitarbeiters, der auch dort anwesend war. Daneben befanden sich verschiedene Sitzgelegenheiten. Wir befanden uns in dem Raum, und Zammars wurde hereingeführt. Er war nicht gefesselt. Er nahm relativ nah bei uns Platz, und die Befragung hat dann begonnen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ihr Kollege hat geschildert, er sei in Handfesseln vorgeführt worden.

Zeuge Dr. J. K.: Als er hereinkam, ja, aber nicht während der Befragung. Das meine ich.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Waren syrische Beamte zur Bewachung dabei, die auch bei der Vernehmung dabei blieben?

Zeuge Dr. J. K.: Es war anwesend der [REDACTED]. Es war anwesend auf jeden Fall ein Dolmetscher, also der Dolmetscher der syrischen Seite. Ich kann jetzt nicht mehr sagen - - Die Vernehmung fand ja an drei Tagen statt. Es kann sein, dass am Anfang vielleicht noch jemand dabei war, der später rausgegangen ist; aber mir ist jetzt nicht präsent, dass etwa ein Bewaffneter dabei gewesen wäre. Zumindest war für mich keine erkennbare Bewachung mit einer Waffe oder Ähnlichem vorhanden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ergab sich aus der Vernehmungssituation, dass sich Herr Zammar von den Syrern auf irgendeine Weise eingeschüchtert fühlte, durch Blickkontakte, durch Hinweise, durch Sitzordnungen?

Zeuge Dr. J. K.: Die Sitzordnung, denke ich, dürfte dazu nicht beigetragen haben. Wir saßen, wie ich schon sagte, sehr nah beieinander, eher in einer Art Kreissituation. Er war zu Beginn unsicher. Ich habe das aber eher darauf zurückgeführt, dass die Situation für ihn nicht vertraut war und er vermutlich nicht wusste, was jetzt auf ihn zukommt. Im Verlaufe der Befragung an diesem und an den nächsten Tagen entwickelte sich die Befragung häufig zu einer Art Dialog und nahm teilweise sogar diskussionsartige Züge an. Ich konnte aus dem Verlauf nicht schließen, dass er sich während der Befragung in irgendeiner Form durch syrische [REDACTED] eingeschüchtert fühlte oder von diesen eingeschüchtert wurde. Zumindest war es für mich nicht erkennbar.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die syrischen Beamten haben diese Befragung auf Tonband aufgezeichnet.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist zutreffend.

Vorsitzender Siegfried Kauder: War das vorab so ausgemacht?

Zeuge Dr. J. K.: Darüber war nicht gesprochen worden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Es war für Sie also überraschend?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, es war für mich nicht überraschend. Ich denke, das ist aus deren Sicht legitim. Die Befragung fand auf Deutsch statt. Sie konnten der Befragung nicht folgen und haben deswegen die Befragung, soweit es ging, mit einem kleinen Kassettenaufnahmegerät aufgezeichnet.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sie haben sich also nicht darauf eingerichtet, von diesem Mitschnitt zu profitieren?

Zeuge Dr. J. K.: Nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wenn Sie es nicht wussten, können Sie sich auch nicht darauf eingerichtet haben.

Zeuge Dr. J. K.: So ist es.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie wollten Sie die Daten mitnehmen, die sich aus dieser Anhörung ergeben?

Zeuge Dr. J. K.: Wie gesagt, die Vernehmung, also die Befragung ist in der Praxis durch meinen damaligen Mitarbeiter W [REDACTED] und den BKA-Kollegen sowie den Kollegen des BND, der gelegentlich Fragen gestellt hat, durchgeführt worden. Sie hatten sich entsprechend darauf vorbereitet und hatten die Antworten Zammars auf Papier vermerkt. Ich selbst habe mir auch Notizen gemacht. Das war die Art und Weise, wie wir die Ergebnisse der Erhebung -- der Befragung für uns im Anschluss ausgewertet haben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sie haben also nicht wörtlich protokolliert, sondern nach Ihrem Gedächtnis ein paar Stichworte gemacht?

Zeuge Dr. J. K.: Nicht nach dem Gedächtnis, sondern schon während der Befragung. Ich habe versucht, mitzuschreiben, soweit ich konnte.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wenn Sie nur das mitschreiben, was Sie können, besteht natürlich die Gefahr, dass Sie einen Teil der Aussagen verlieren.

Zeuge Dr. J. K.: Nun ist es ja so, dass eine Befragung nicht in einem schnellen, ununterbrochenen Fließtext erfolgt, sondern es gibt eine Frage, es gibt eine Gegenfrage. Die Sachverhalte waren mir häufig auch vertraut. Das Problem bestand zumindest nach meiner Einschätzung im Nachhinein nicht darin, dass wir Ergebnisse der Befragung durch Nichtmitbekommen, Nichtzuhören, Nichtaufschreiben verloren hätten oder nicht hätten auswerten können. Diesen Eindruck habe ich nicht gewonnen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Haben Sie sich am Ende der Vernehmung zusammengesetzt und die Erkenntnisse abgeglichen und vielleicht sogar ein gemeinsames

Protokoll erstellt, oder hat jeder die Informationen aus seinen Unterlagen für sich behalten?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben uns häufiger im Anschluss oder davor in der deutschen Botschaft getroffen - dort gab es einen [REDACTED] Raum - und haben uns über die Ergebnisse der Befragung ausgetauscht. Ein gemeinsames Protokoll ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Auch zurück in Deutschland wurde nicht daran gedacht?

Zeuge Dr. J. K.: Die Interessen der beteiligten Behörden waren insoweit unterschiedlich. Der Schwerpunkt der Befragung wurde sicherlich von Herrn W[REDACTED] und vom BKA-Mitarbeiter getragen. Der BND hat, was den Umfang betrifft, wenig bis keine Fragen gestellt. Denn es lag in der Natur des behandelten Gegenstandes, der, da es sich zu großen Teilen um Sachverhalte handelte, die in Deutschland stattgefunden haben, für einen Auslandsnachrichtendienst auch nicht von herausragendem Interesse war. Ich denke, jeder hat aus der Befragung für sich das mitgenommen, was für seinen persönlichen Arbeitshintergrund und von seinem Auftrag her für ihn geeignet war.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herrn Zammar wurden Lichtbilder vorgehalten, -

Zeuge Dr. J. K.: Das ist zutreffend.

Vorsitzender Siegfried Kauder: - [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat man sich ausgetauscht? Beispielsweise „Ihr bekommt die Lichtbilder, wir bekommen eure Tonbandaufzeichnung“ wäre eine Überlegung wert gewesen.

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]
[REDACTED]. Wir haben nach meinem Wissensstand und solange ich damit betraut war, [REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat Herr Zammar von Schlägen berichtet, über den Zustand seiner Zelle informiert, sich über irgendetwas beklagt?

Zeuge Dr. J. K.: Nach meiner Erinnerung hat er sich über die [REDACTED]. Er hat auch darauf hingewiesen, dass seine [REDACTED] sei. Er hat uns gefragt, ob wir ihm irgendwie helfen können, und er hat uns auch gebeten, seiner Familie Grüße auszurichten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der BND hat einen Bericht zusammengestellt, der Ihnen sicherlich auch geläufig ist.

Zeuge Dr. J. K.: Der BND hat bestimmt viele Berichte erstellt. Ich weiß jetzt nicht, welchen Sie meinen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Es ist ein Geheim eingestuft Bericht. Deswegen werde ich für den Vorhalt dieses Berichts bitten, folgenden Beschluss zu fassen: Für die Beantwortung der nachfolgenden Frage und für das Stellen der Frage wird die Sitzung als Geheim eingestuft, weil die vorzulegende Urkunde ebenfalls Geheim eingestuft ist.

Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 13.48 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 13.49 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: In diesem Bericht des BND gibt es eine Passage, die lautet:

[REDACTED]

Der Satz, den ich jetzt zitiere, ist von nicht unerheblicher Bedeutung:

[REDACTED] ...

- Name ist geschwärzt -

[REDACTED]

Können Sie sich an eine Äußerung des Inhalts „[REDACTED]“ erinnern?

Ich glaube, es ist besser, ich lege es Ihnen einmal als Urkunde vor, damit Sie sich damit befassen können.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Uns interessiert: Wessen Meinung ist da niedergelegt? - „[REDACTED]“:

Ist das eine Äußerung eines deutschen oder eines syrischen Beamten gewesen?

Zeuge Dr. J. K.: Das wäre jetzt eigentlich meine Frage an Sie gewesen, weil ich das aus meiner Erinnerung nicht mehr so rekapitulieren kann. Die Passage davor ist mir noch in Erinnerung. Ich kann mich erinnern: Auf den Einwand von Zammar, ob man ihm helfen könne, wurde ihm geantwortet, es wäre sicherlich zu seinem Vorteil, auch gegenüber den syrischen Sicherheitsbehörden, wenn er umfangreich aussagen und die Fragen wahrheitsgemäß beantworten würde.

Aber diesen Satz „[REDACTED]“ kann ich jetzt nicht zuordnen, weder einer Person, noch kann ich mich an den Satz in der Form erinnern.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gut. Sie können nur sagen, woran Sie sich erinnern. Wenn Sie keine Erinnerung haben, ist das eben Ihre Antwort dazu.

[REDACTED]
[REDACTED]. Uns interessiert nicht der Inhalt [REDACTED], sondern nur zwei Fragen dazu. Die erste Frage: War das [REDACTED] Die zweite Frage: [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Sie meinen den [REDACTED]?

Vorsitzender Siegfried Kauder: [REDACTED], ja.

Zeuge Dr. J. K.: Wie ich bereits gesagt habe, fand schon [REDACTED] eine Reise statt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Entschuldigung, auch das ist als Geheim einzustufen, sodass ich vorschlage, dass wir die jetzt durchzuführende Vernehmung des Zeugen ebenfalls durch Beschluss als Geheim einstufen, weil aus als Geheim eingestuftes Unterlagen vorgehalten wird. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme so beschlossen. - Bitte sehr.

Zeuge Dr. J. K.: Wir waren ja bereits [REDACTED] in Syrien und haben uns mit den Syrern über Zammar unterhalten. [REDACTED]



Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir haben [REDACTED] nicht. Deswegen können wir es nicht nach Aktenlage beurteilen.

Ich habe keine weiteren Fragen, was nicht bedeutet, dass Ihre Vernehmung damit abgeschlossen ist. Sie kennen das schon. Es schließt sich eine Berliner Stunde an, in der die Kollegen des Ausschusses Fragen stellen können.

Die weitere Vernehmung des Zeugen wird VS-Vertraulich eingestuft durchgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 13.53 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich 13.54 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die FDP mit acht Minuten. Kollege Stadler, bitte.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Dr. K., nach der Vernehmung ist ein Bericht gemacht worden, von Herrn W., nicht von Ihnen, nehme ich an. Aber Sie kennen den Bericht?

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe ihn damals gelesen.

Dr. Max Stadler (FDP): Damals, freilich. - Darin ist nichts über die Haftbedingungen erwähnt worden und auch nichts darüber, dass Herr Zammar angegeben hat, er sei früher einmal in Marokko und Syrien . Wieso eigentlich nicht?

Zeuge Dr. J. K.: Der Sachbearbeiter war zuständig für die Befragung, und er hat in seinem Vermerk das Befragungsergebnis wiedergegeben. Das war seine Aufgabe, und die hat er erfüllt.

Dr. Max Stadler (FDP): Ist es nicht üblich, dass man auch Befragungsumstände erwähnt, damit der Leser einordnen kann, ob die Antworten glaubwürdig sind, weil sie unter normalen Bedingungen zustande gekommen sind, oder unglaubwürdig, weil die Bedingungen nicht so waren?

Zeuge Dr. J. K.: Es ist möglich, nicht zwingend in dieser Situation.

Dr. Max Stadler (FDP): Ist dann aber diese Frage der Haftbedingungen von Ihnen mit Ihren Vorgesetzten mündlich erörtert worden?

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe selbstverständlich nach meiner Rückkehr meinen Vorgesetzten über die Reise berichtet und habe, so wie ich Ihnen das vorhin geschildert habe, auch auf diese Hinweise Zammars, auf diese Aussagen oder Vorhalte von Zammar, hingewiesen.

Dr. Max Stadler (FDP): Ist dabei auch erörtert worden, ob man auf geeignetem Wege bei der syrischen Regierung zugunsten besserer Haftbedingungen für Zammar intervenieren sollte?

Zeuge Dr. J. K.: Nach meiner Erinnerung hatte damals bereits das Auswärtige Amt Kenntnis von der Inhaftierung Zammars und war die zuständige Behörde, die sich mit diesem Sachverhalt auseinandersetzen gehabt hätte, nicht das BfV.

Dr. Max Stadler (FDP): Wie ist denn Zammar von Marokko nach Syrien gekommen?

Zeuge Dr. J. K.: Das ist mir nicht bekannt. Ich kann es nur rückschließen aus den Informationen, die im Nachhinein aus Medien übermittelt wurden. Er soll auf Veranlassung der Amerikaner festgenommen worden sein und dann von den Marokkanern im Austausch gegen marokkanische Inhaftierte in syrischen Gefängnissen an die Syrer ausgeliefert worden sein.

Dr. Max Stadler (FDP): Im Austausch gegen - -

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe das irgendeiner Medienberichterstattung so entnommen. Ob es zutreffend ist, weiß ich nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie haben kein dienstliches Wissen dazu?

Zeuge Dr. J. K.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): War es denn für Sie nicht von Interesse, danach zu fragen? Sie waren ja schon in Syrien und dann noch einmal zur Befragung von Zammar.

Zeuge Dr. J. K.: Das sind Umstände, die mich in der Form nicht interessiert haben. Er war ja da.

Dr. Max Stadler (FDP): Er war da. - Er war deutscher Staatsangehöriger und war weg, kann man auch sagen. Es gibt gewisse Parallelen zu anderen Vorgängen, die Sie kennen. Besteht kein Interesse zu erfahren, wie deutsche Staatsangehörige wohin gelangen?

Zeuge Dr. J. K.: Es war - so erinnere ich mich jedenfalls - schon sehr ungewöhnlich, überhaupt die Möglichkeit zur Befragung Zammars zu haben. [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Es hätte vielleicht sogar die gute Zusammenarbeit, die man aus guten Gründen anstrebte, gestört.

Zeuge Dr. J. K.: Das weiß ich nicht. Aber es ist eigentlich nicht so, dass [REDACTED]

[REDACTED] Mein Interesse als Mitarbeiter eines Inlandsnachrichtendienstes war es - -

Dr. Max Stadler (FDP): Sie reden von der Methodik eines Nachrichtendienstes. Ich denke, Zammars ist aufgrund eines Auslieferungsantrags, sozusagen formal rechtmäßig, von Marokko nach Syrien überstellt worden.

Zeuge Dr. J. K.: Dazu habe ich keine Erkenntnis. Das weiß ich nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Wie bitte?

Zeuge Dr. J. K.: Das weiß ich nicht. Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Max Stadler (FDP): Kommen wir zu der Situation vor der Abreise von Zammars. Herr Dr. Hanning, Staatssekretär im Innenministerium, hat ihn vor dem Innenausschuss des Bundestages am 15.12.2005 wie folgt charakterisiert - ich zitiere -:

[REDACTED]

Man mag zu dieser Einordnung stehen, wie man will; jedenfalls war er im Zusammenhang mit dem 11. September nicht unbedeutend. Das kann man mindestens so sagen.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist zutreffend.

Dr. Max Stadler (FDP): Nun war es ja als Bundesamt für Verfassungsschutz Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass nicht wieder von deutschem Boden aus oder von Deutschen ähnliche Anschläge wie die des 11. 09. geplant werden. Also war es ja Ihre Aufgabe, Zammars im Auge zu behalten.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist richtig.

Dr. Max Stadler (FDP): Welche Erklärung haben Sie denn gegenüber den Amerikanern gegeben, als er plötzlich verschwunden war und Sie somit Ihrer Aufgabe, an der auch die Amerikaner größtes Interesse hatten, nämlich so eine gefährliche Person im Auge zu behalten, nicht mehr nachkommen konnten?

Zeuge Dr. J. K.: Die Einschätzung von Zammars als Person stützt sich auf ein [REDACTED]. Herr W [REDACTED] hat Ihnen vielleicht etwas dazu erzählt. Er ist im Wesentlichen und unter anderem bekannt geworden als Rekruteur, als jemand der aus seiner Dschihad-Orientierung kein Hehl macht und andere Personen für den Dschihad rekrutiert und die Lage vermittelt hat. [REDACTED]

Hinzu kam, dass meines Wissens damals auch noch ein Ermittlungsverfahren gegen Zammars lief. Ich bin mir nicht sicher - das kann ich aus dem Gedächtnis nicht mehr genau sagen -, ob das BfV in der Zuständigkeit war oder ob es nicht wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens das BKA war.

Dr. Max Stadler (FDP): Das BfV ist neben dem BKA eigenständig zuständig. Es sind unterschiedliche Kompetenzen.

Zeuge Dr. J. K.: Nur, es ist wenig hilfreich, [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist etwas anderes. Wissen Sie, dass Herr Zammar einen neuen Reisepass beantragt hatte?

Zeuge Dr. J. K.: Ich bin mit den Details nicht mehr vertraut; aber ich meine im Hinterkopf zu haben: Da war ein Sachverhalt mit einem neuen Reisepass. Das ist, glaube ich, zutreffend.

Dr. Max Stadler (FDP): War das eine Überlegung bei Ihnen aus Ihrem Interesse heraus? Noch einmal: Die Amerikaner machten den deutschen Behörden Vorwürfe, dass man vor dem 11.09. nicht sorgfältig genug gearbeitet habe. Jetzt ist da einer, der damit im Zusammenhang steht. Man kann ihn nicht lückenlos überwachen, aber im Inland eher als im Ausland. Dieser beantragt einen Reisepass. Haben Sie erwogen, darauf hinzuwirken, dass ihm dieser nicht erteilt wird, was rechtlich möglich gewesen wäre?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann Ihnen aus dem Gedächtnis nicht mehr sagen, ob wir diesen Sachverhalt, also das Beantragen des Reisepasses, vorher in der Form mitbekommen haben oder ob das ein Sachverhalt war, der uns erst im Nachhinein bekannt wurde.

Dr. Max Stadler (FDP): Noch einmal: Welche Erklärung haben Sie gegenüber den amerikanischen Partnern gegeben, dass er - wenn ich es einmal so sagen darf - für Sie nicht mehr greifbar war? Ich stelle mir das als eine außerordentlich peinliche Situation für unsere Sicherheitsbehörden vor, dem Partner sagen zu müssen: Da ist einer, der ist gefährlich; aber uns ist er jetzt entwischt.

Zeuge Dr. J. K.: Die Einschätzung von Zammars Gefährlichkeit zu diesem spezifischen Zeitpunkt war wahrscheinlich eher eine geringere. Denn er war hinreichend bekannt, sodass in dem Moment, nach den Anschlägen des 11.09., in deren Zusammenhang er eben auch bekannt war, wahrscheinlich von ihm persönlich sehr wenig Gefahr ausgegangen ist.

Darüber hinaus ist den amerikanischen Kollegen, so wie ich sie im Laufe der Jahre kennengelernt habe, immer klar gewesen, dass die deutschen Sicherheitsbehörden rechtliche und tatsächliche Grenzen haben und man in der Regel einen deutschen Staatsbürger nicht ohne Weiteres an der

Ausreise aus seinem Land hindern kann. Ich kann mich also nicht erinnern, dass - -

Dr. Max Stadler (FDP): Meine Frage war: Was haben Sie denn den Amerikanern für eine Erklärung gegeben? Die Erklärung könnte ja gelautet haben: Unsere liberalen Gesetze machen es uns leider unmöglich, dass man einen Verdächtigen im Auge behält; wir sind nicht schuld. - Oder die Erklärung könnte irgendeine andere gewesen sein.

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann mich nicht erinnern, [REDACTED]

Dr. Max Stadler (FDP): Da haben Sie aber Glück gehabt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Fragezeit ist abgelaufen. - Nun die SPD. Kollege Hartmann, bitte.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Dr. K [REDACTED], viele Fragen von Herrn Stadler zielen in die Richtung zu sagen, dass wir zu liberal mit deutschen Staatsbürgern umgehen, wenn sie Gefährder sind. Wie ist denn Ihre Einschätzung dazu? Ist es denn ohne Weiteres überhaupt möglich, jemanden, der als gefährlich eingeschätzt wird, aber zugleich deutscher Staatsbürger ist und gegen den kein Haftbefehl erstellt ist, in Deutschland zu halten? Geschieht das oft? Regen Sie das oft an? Wird das oft vollzogen? - [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Das ist in hohem Maße schwierig. Vielleicht wird sich der eine oder andere noch an die Diskussion über die sogenannte Gefährder nach dem 11.09. erinnern. Wenn jemand von der Polizei als Gefährder eingestuft oder so betrachtet wurde, fiel er unter das Gefahrenabwehrrecht der Länder. Dann konnten die Polizeibehörden vor Ort manche Maßnahmen ergreifen. Diese mussten aber nach einer Weile aus Personalmangel und aus anderen Gründen enden.

[REDACTED] - das ist meine langjährige Erfahrung - [REDACTED].

Es funktioniert nicht. Es ist nicht möglich, jedenfalls nicht in einer offenen parlamentari-

schen Demokratie. Das wäre vielleicht in der DDR möglich gewesen.

Insofern haben wir bei Zammar, denke ich, alles gemacht, was wir machen konnten, mit einem nicht unerheblichen Informationsgewinn [REDACTED], aber natürlich auch mit den Rückschlägen, die sich dabei einstellen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich teile das, was Sie als Einschätzung wiedergeben, will aber daran eine Frage anschließen, die die Situation in Marokko betrifft. Herr Zammar, ausreisender Gefährder - an einer Ausreise kann er nicht gehindert werden -, deutscher Staatsbürger, landet dort und verschwindet dann. Hat das keinerlei Aktivitäten Ihres Dienstes oder befreundeter deutscher Dienste ausgelöst?

Zeuge Dr. J. K.: Der Umstand, dass er nach Marokko gereist und dort verschwunden ist, ist uns, wenn ich mich recht erinnere, erst sehr viel später bekannt geworden, zu einem Zeitpunkt, zu dem er, denke ich, schon in Syrien war. Als Inlandsnachrichtendienst haben wir daraufhin, meine ich, keine Aktivitäten entwickelt; denn er war ja nicht mehr da. Wir sind ja nur für die Leute zuständig, die da sind.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wir erwarten insbesondere vom Verfassungsschutz immer, dass er nach Recht und Gesetz verfährt. Das wird auch streng kontrolliert und häufig kritisiert. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wie ist das denn ansonsten, wenn ein gefährlicher deutscher Staatsbürger legal ausreist und in einem Land verschwindet? Welche Aktivitäten können Sie dann auf gesicherter rechtlicher Basis entwickeln?

Zeuge Dr. J. K.: Das hängt davon ab, was für ein Land es ist. Haben wir Kontakt zu den Sicherheitsbehörden dieses Landes?

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Nehmen wir zum Beispiel Marokko.

Zeuge Dr. J. K.: Man könnte theoretisch die marokkanischen Behörden fragen. Man könnte Kontakt zu ihnen aufnehmen. Das würde aber das Risiko bergen, sie unter Umständen auf einen deutschen Staatsbürger hinzuweisen; denn wir müssten einen Grund

für unsere Anfrage mitteilen. Wir würden unter Umständen einem Staat mitteilen, dass jemand aus dem islamistischen Komplex einreist, was dort entsprechende Mechanismen in Gang setzen würde. Dazu gab es Vorschriften, die das nur unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht haben.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Aber eigenständig könnten und dürften Sie nicht aktiv werden?

Zeuge Dr. J. K.: Wir dürften, wenn die rechtlichen Voraussetzungen gegeben wären, [REDACTED] wenn wir einen Grund für eine Anfrage hätten und wenn wir sagen könnten: Wir können es vertreten, einem Staat zu offenbaren, dass ein deutscher mutmaßlicher Islamist bei ihm einreist mit all den möglichen Folgen, die er dort in dem anderen Land unter Umständen aufgrund dieses Hinweises zu erleiden hat.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ohne Wissen oder Duldung des Staates, der betroffen ist, wäre das aber nie möglich?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Da gibt es ja keine Möglichkeit.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das wäre illegal?

Zeuge Dr. J. K.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Im Falle des BfV, aber auch im Falle des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Dr. J. K.: Ich denke, da müssen Sie die Kollegen des BND fragen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Eine weitere Frage, Herr Dr. K. [REDACTED]. Warum hat man eigentlich eine eigene Befragung von Herrn Zammar in Syrien vorgeesehen? [REDACTED]. Hat das nicht gereicht?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]

[REDACTED]. Das ist eine völlig andere Qualität. Das ist nicht zu vergleichen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Was haben Sie sich denn erhofft?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben uns eine ganze Reihe von Informationen erhofft. Zammar war, wie ich schon angedeutet habe, seit Anfang der [REDACTED] im islamistischen Milieu aktiv, war eine Schlüsselfigur in ganz vielen Netzwerkstrukturen. Er musste Informationen zu einer Unzahl von Personen haben. Wir wussten von [REDACTED], wir wussten von Bezügen [REDACTED], wir wussten von Bezügen zu [REDACTED], und es gab die Bezüge zu den Attentätern des 11.09. Er war also eine Dreh- und Angelfigur.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Die Zusammensetzung der Delegation, der Sie angehörten, ist eher ungewöhnlich. Oder ist das etwas, was Ihnen in anderen Fällen auch begegnet ist: BfV, BND, Bundeskriminalamt?

Zeuge Dr. J. K.: Das ist sicherlich eher die Ausnahme.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Hat es Sie im Sinne einer Konkurrenz zwischen Sicherheitsbehörden nicht stutzig und vielleicht sogar misstrauisch gemacht, dass eine Ermittlungsbehörde wie das Bundeskriminalamt mit dabei war?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben mit den Kollegen des BKA schon aufgrund der räumlichen Nähe über viele Jahre ein sehr enges, vertrauensvolles Verhältnis gehabt. Wir haben in vielen Fällen zusammengearbeitet. Gerade der Kollege W [REDACTED] und der Kollege vom BKA kannten sich schon und haben auch häufig Informationen sehr intensiv ausgetauscht. Das heißt, da gab es ein Vertrauensverhältnis, zumal das BKA ein Ermittlungsverfahren -- Wir hatten uns darüber auch eng ausgetauscht. Da bestand unmittelbar kein Konkurrenzverhältnis.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Und Sie hatten auch keine Bedenken angesichts des in Deutschland bestehenden Trennungsgebots?

Zeuge Dr. J. K.: Das waren, denke ich, Bedenken, die, wenn, dann eher aufseiten des BKA hätten bestehen müssen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wissen Sie, welcher Abteilung der Beamte aus dem BKA angehörte? War das eine Ermittlungs- oder eine Analyseeinheit?

Zeuge Dr. J. K.: Ich glaube, zum damaligen Zeitpunkt war die Unterscheidung beim BKA nicht mit der des BfV gleichzusetzen. Ich kannte den Beamten auch schon vorher. Er war [REDACTED]. Ich bin mir nicht mehr sicher, ob er unmittelbar zu dem Ermittlungskomplex, zu dem Ermittlungsverfahren Zammar gehörte oder ob er auch mit anderen Aufgaben betraut war. Ich weiß nicht mehr, was es zu dem Zeitpunkt war.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das können wir auch direkt mit ihm klären. Ich dachte, vielleicht erinnern Sie sich daran.

Syrien ist ja nun kein Staat, der auch nur annähernd unseren Maßstäben an Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte genügt. War das in Ihrer Abwägung, überhaupt die Reise zu machen und die Befragung durchzuführen, nicht ein ganz relevanter Punkt, oder war Ihnen das gleichgültig, weil man ja hoffte, über einen wertvollen, wichtigen Gefährder mehr zu erfahren?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, es war mit Sicherheit ein tragender Punkt. Die Situation war ja damals so, dass es nach den Anschlägen des 11.09. so eine Art Annäherung mit vielen [REDACTED] Staaten, [REDACTED], gab. Deutschland war dabei wahrscheinlich nicht in der ersten Reihe. [REDACTED]. Man hatte damals eben überlegt: [REDACTED]; das ist eine Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen, und darüber hinaus offenbart es vielleicht auch die Möglichkeit, mit Zammar unter Rahmenbedingungen zu

sprechen, die ihm am Ende sogar nützlich sein können.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Was meinen Sie mit „nützlich sein können“?

Zeuge Dr. J. K.: Zammar war ja kein x-beliebiger syrischer Gefangener, [REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Und der Umstand, dass Syrien bekannt ist als Folterstaat, dass Syrien Gefangene nicht so behandelt, wie es auch nur annähernd unseren Standards entspricht, war Ihnen dabei nicht so wichtig, dass Sie sagten: Wir verzichten darauf?

Zeuge Dr. J. K.: Doch, das war uns wichtig. Nur, was ich zum Ausdruck bringen wollte, war, dass wir zumindest die Möglichkeit sahen, dass sich die [REDACTED]

[REDACTED] - sich vielleicht die Chancen Zammars auf eine [REDACTED] dadurch verbessert haben.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie den Eindruck, dass diese Erwartung erfüllt wurde?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann im Nachhinein nur meine Eindrücke wiedergeben. Ich habe zumindest keine Zeichen physischer Misshandlung feststellen können. Er ist mir nicht wie jemand vorgekommen, der psychisch gebrochen ist. Wir haben uns drei Tage sehr intensiv mit ihm unterhalten. Er ist im Laufe der Befragung sehr aus sich herausgegangen. Es hat Phasen gegeben, die eher einer Diskussion geähnelt haben. Er hat versucht, uns von seiner Ansicht des Dschihad zu überzeugen. Er hat also mit seiner Überzeugung, die nun wirklich im krassen Gegensatz

zu der der syrischen Gastgeber stand, überhaupt nicht hinter dem Berg gehalten. Er hat das sehr offensiv, sehr plakativ vertreten.

Das waren die Eindrücke, die ich mitgenommen habe. Die Schlüsse, die man daraus ziehen kann, sind unterschiedlich. Vielleicht wird jetzt jemand einwenden: Man hat ihn unter Drogen gesetzt. Ich kann es nicht nachvollziehen. Aber wir haben zumindest im Ergebnis gesagt, dass es bis zu diesem Zeitpunkt keine starken oder deutlichen oder erkennbaren Indizien für eine Misshandlung gegeben hat. Wir hatten im Vorfeld, vor der Befragung, während der Reise, mit den Kollegen des BND und des BKA auch abgesprochen, dass es selbstverständlich zu keinerlei Befragung kommen würde, wenn wir irgendwelche Zeichen der Gewaltanwendung während der Befragung erkennen würden oder wenn wir erkennen würden, dass unmittelbar vorher Gewalt angewandt worden wäre.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sind Sie auf die ideologischen Begründungen des Befragten stärker eingegangen?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED] Dabei lässt es sich nicht vermeiden, auch inhaltlich in einen Austausch einzutreten.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Nach unserer Kenntnis hat er auch stark wertende Urteile abgegeben, auch negative Urteile über das Wertesystem unserer Gesellschaft. Wie sind Sie damit umgegangen?

Zeuge Dr. J. K.: Das sind Standardargumente der islamistischen Welt. Damit kann man nicht groß umgehen. Das muss man so hinnehmen. Das sind Überzeugungen dieser Leute, die man nicht wird ändern können. Man kann versuchen, hier und da ein Argument dagegenzuhalten; aber das ist, denke ich, wenig aussichtsreich.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Zammar hat sich unter anderem über seine [REDACTED], hat von [REDACTED] gesprochen, hat davon ge-

sprochen, dass er seine Familie gerne wiedersehen, nach Deutschland zurückkehren möchte. Wie sind Sie denn damit umgegangen?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben ihm gesagt, dass es außerhalb unserer Macht stünde, ihm unmittelbar zu helfen - das könnten wir schlicht und einfach nicht -, dass es aber sicherlich nicht zu seinem Nachteil wäre, wenn er unsere Fragen wahrheitsgemäß und ausführlich beantwortete, dass ihm das sicherlich auch bei den Syrern nicht schaden würde.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie oder die übrigen Sie begleitenden Kollegen diese Themen gegenüber der syrischen Seite noch einmal angesprochen?

Zeuge Dr. J. K.: Meiner Erinnerung nach nicht. Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Können Sie denn das ganze Gespräch, das der - ich nenne ihn einmal so - inoffizielle Delegationsleiter des BND auf Arabisch mit den syrischen [REDACTED] geführt hat, nachvollziehen? Ist Ihr Arabisch gut genug, um das zu können, oder musste Ihnen übersetzt werden?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann überhaupt kein Arabisch. Insofern mag es sicherlich Passagen der Gespräche gegeben haben, denen ich nicht folgen konnte. Allerdings unterstelle ich einmal dem Delegationsleiter, dass er uns wahrheitsgemäß über den Inhalt seiner Konversation informiert hat.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Gab es Vor- und Nachbesprechungen mit der syrischen Seite?

Zeuge Dr. J. K.: Es gab auf jeden Fall eine Vorbesprechung, und es gab auch eine Nachbesprechung am letzten Tag.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Worum ging es dabei jeweils?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]

[REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wir haben - auch durch eine Veröffentlichung des „Spiegel“ - Hinweise darauf, dass das BKA davon ausgehen musste, dass es Bauchschmerzen aufseiten des BfV gegeben hat. Können Sie damit etwas anfangen? Hatten Sie Bauchschmerzen?

Zeuge Dr. J. K.: „Bauchschmerzen“ ist der falsche Ausdruck. Wir standen dieser deutsch-syrischen Arbeitsgruppe - das war ja der große Rahmen - immer ein wenig skeptisch gegenüber.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Warum?

Zeuge Dr. J. K.: Wir hatten bis dahin und, soweit ich jedenfalls zuständig war, auch danach [REDACTED]

[REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sind Sie sich sicher, dass diese Aktion der Befragung des Herrn Zammar in einem rechtlichen Rahmen abgewickelt wurde, der korrekt war?

Zeuge Dr. J. K.: Die Frage ist, welcher rechtliche Rahmen das ist.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Was würden Sie sagen, wenn Sie jemand mit der Aussage konfrontiert, dass Sie an einem Staatsverbrechen beteiligt waren?

Zeuge Dr. J. K.: Das würde ich so zurückweisen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Warum?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann keine Elemente eines Staatsverbrechens erkennen. Sie müssten sie mir vielleicht auch näher benennen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, Sie können auch nicht erkennen, dass Sie etwas getan haben, was nicht deutschem Recht und Gesetz entspricht?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann nicht erkennen, irgendwo eine strafbare Handlung begangen zu haben oder meine Dienstpflichten verletzt zu haben.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das hatte ich auch nicht anders erwartet. - Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Kollege Paech, bitte.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich danke Herrn Hartmann, der eine Vorlage gegeben hat.

Noch einmal zu der Frage der strafrechtlichen Bewertung des Ganzen: Da ist ein Deutscher. Er ist nach Marokko gefahren, und dann ist er verschleppt worden. Dafür gibt es einen Straftatbestand: § 234 a, und zwar nicht nur wenn er verschleppt wird, sondern auch wenn, wie es dort heißt, er davon abgehalten wird, von dort zurückzukehren und dadurch der Gefahr ausgesetzt wird, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt und Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden. Das wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

Ich weiß nicht, ob Sie Jurist sind. Ist Ihnen bei dem gesamten Komplex, mit dem Sie dann in Syrien zu tun hatten, bei dem Sie doch zweifelsohne auch den Weg von Zammar von Deutschland über Marokko reflektieren mussten, selbst wenn Sie nicht nachgefragt haben, nie der Gedanke gekommen, dass da noch ein andauernder Straftatbestand wichtig wäre?

Zeuge Dr. J. K.: Die genauen Umstände, wie Zammar in Marokko festgenommen wurde und dann nach Syrien gekommen ist, waren und sind mir bis zum heutigen Zeitpunkt nicht bekannt. Es gibt jetzt Hinweise von Ihnen, aus der Presse. Jedenfalls meine ich nicht, über genügend Hinweise zu verfügen, die es mir ermöglichen, eine solche strafrechtliche Einordnung vorzunehmen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber Sie wissen doch, dass er am 08.12. ein Ticket hatte, welches ihn nach Deutschland zurückbringen sollte, und dass er seit dem Tag verschwunden war. Er hat sich nicht aufgelöst, er hat auch nicht irgendwo weiter Ferien gemacht, sondern es war doch ganz klar, dass er gegen seinen Willen irgendwie verschwunden war und dann später im Gefängnis auftauchte. Kam bei Ihnen denn nicht die Überlegung: Das muss etwas Widerrechtliches gewesen sein?

Zeuge Dr. J. K.: Wenn jemand festgenommen wird und in einem Gefängnis ist, dann ist es nicht per se widerrechtlich. Es gibt eine Menge Rechtsgrundlagen in Deutschland. In Deutschland sind auch viele Menschen im Gefängnis. Es ist deswegen nicht widerrechtlich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Dann will ich weiterfragen. Wir haben eine neue Bezeichnung [REDACTED] gelernt, ich zumindest, und zwar die [REDACTED]. Ihr Kollege W [REDACTED] hat diesen Begriff hier eingebracht. Können Sie einmal erläutern, was das bedeutete? Welchen [REDACTED] hatte Zammar in Syrien?

Zeuge Dr. J. K.: Mir ist der Begriff als rechtliche Kategorie nicht bekannt. Mir ist lediglich bekannt, dass der dortige [REDACTED]

Aber ich bin mit den genauen Umständen in Syrien nicht vertraut.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie haben auch bei den Syrern nicht nachgefragt, weswegen er dort eigentlich sitzt?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War Ihnen klar oder wussten Sie, dass er wegen eines Vergehens angeklagt würde? Oder weswegen saß er dort in Untersuchungshaft?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, wir haben mit keinem Staatsanwalt oder mit ähnlichen Funktionsträgern dort gesprochen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): [REDACTED]

[REDACTED], in dem er eigentlich gegessen hätte. Das ist ja etwas sehr Seltsames. Das kennen wir eigentlich in jüngster Zeit nur von Guantánamo, aus der amerikanischen Rechtsprechung. Für uns ist das vollkommen unbegreiflich. Haben Sie nicht darüber diskutiert, in welchem Rechtsstatus er von den Syrern gehalten wurde?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Ich bin auch, wie gesagt, mit den rechtlichen Rahmenbedingungen Syriens nicht vertraut. Ich hätte nicht gewusst, welchen Anknüpfungspunkt ich für eine Nachfrage hätte wählen sollen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie haben selbst gesagt, es gab wohl auch ein [REDACTED].

Zeuge Dr. J. K.: Das ist eine Vermutung von mir gewesen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie ist ja auch zutreffend; denn Sie wissen, [REDACTED] auf jeden Fall Interesse an Zammar hatten. Meine Frage geht dahin: Wann war Ihnen zum ersten Mal bekannt, [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Mir ist offiziell überhaupt nicht bekannt, [REDACTED] Ich schließe das aus dem Umstand, [REDACTED]

[REDACTED]. Aber ein Wissen darum habe ich nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Der BND hat [REDACTED]. Waren Sie in dieses [REDACTED] eingeweiht?

Zeuge Dr. J. K.: Das ist mir nicht bekannt. Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ist auch nicht in der Vorbereitung der Reise davon die Rede gewesen?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann mich zumindest nicht daran erinnern.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wann wurde Ihnen denn persönlich bekannt, dass sich Herr Zammar in Damaskus befindet?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann Ihnen das nicht mehr genau sagen; aber es wird spätestens [REDACTED], das heißt irgendwann in dem Zeitraum vor der Reise im [REDACTED]. Aber ich kann Ihnen beim besten Willen kein Datum sagen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Im [REDACTED] gab es dann durch das Auswärtige Amt einen Vermerk mit der Ankündigung eines [REDACTED] über die [REDACTED]. Ist Ihnen dieser Vermerk bekannt?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Üblicherweise sind wir nicht an Vermerken des Auswärtigen Amtes beteiligt. Mir ist im Moment kein Vermerk des Auswärtigen Amtes erinnerlich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann würde ich Sie gerne noch zu dem Verhältnis zum Auswärtigen Amt und insbesondere zur Botschaft befragen. Sie haben gesagt, Sie hätten sich dann jeden Tag in der Botschaft aufgehalten. Hatten Sie Kontakt zu Botschaftsangehörigen, zum Botschafter, zu seinem Gesandten?

Zeuge Dr. J. K.: Wir waren aufgrund der Zeitpunkte der Befragung immer außerhalb der offiziellen Dienstzeiten in der Botschaft und hatten Kontakt zu [REDACTED], nicht zum Botschafter, zu keinen anderen Botschaftsangehörigen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie wussten von den vergeblichen Versuchen

der Botschaft, konsularischen Kontakt und Schutz für Zammar aufzubauen?

Zeuge Dr. J. K.: Wir hatten vorher - ich denke, das haben die [REDACTED] - - Ich will mich jetzt nicht hundertprozentig festlegen, aber ich meine, er hat darauf hingewiesen, dass das Auswärtige Amt auch in Bezug auf Zammar tätig geworden ist. Über Details weiß ich nichts.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber das Auswärtige Amt muss ja darüber orientiert gewesen sein, dass Sie zu diesen beiden Daten - [REDACTED] - in Syrien dienstliche Tätigkeiten unternehmen würden, wofür Sie auch die Botschaft in Anspruch nehmen wollten.

Zeuge Dr. J. K.: Ich denke nicht, dass wir als BfV oder von mir veranlasst mit dem Auswärtige Amt in diesem Zusammenhang in Kontakt standen. Das wäre, wenn, denke ich, auch die Aufgabe des [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie nie über das Problem des konsularischen Schutzes nachgedacht? Es ist ja sonderbar, wenn das Auswärtige Amt, die Botschaft keinen konsularischen Kontakt herstellen kann, Sie aber ohne Weiteres mit Zammar sprechen können. Gab es dort nicht die Verbindung von konsularischem Kontakt und Befragung?

Zeuge Dr. J. K.: Wir hatten, wie gesagt, nicht die Federführung und auch keinen Kontakt mit dem Auswärtigen Amt. Ich bin mir nicht sicher, wer gegebenenfalls mit dem entsprechenden Referat dort Gespräche geführt hat. Ich will nicht ausschließen, dass dies von BND-Seite geschehen ist. Aber wir als BfV oder zumindest meine Person war in diesen Sachverhalt nicht eingebunden.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War auch kein Problem - - Zammar hat ja doch um Hilfe gebeten. Hat er nie angesprochen, dass Sie als Bote seiner Bitte zu konsularischem Kontakt figurieren könnten?

Zeuge Dr. J. K.: Wie ich gesagt habe, hat er gefragt, ob wir ihm helfen könnten.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber konsularisch haben Sie darauf nicht geschaltet?

Zeuge Dr. J. K.: Wie gesagt, hatten wir in diesem Fall, im gesamten Kontext, keine Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Nun für die Grünen Herr Kollege Ströbele, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Zunächst eine Nachfrage zu dem, was der Kollege Paech gerade gefragt hat, zu den [REDACTED] vom Aufenthalt Zammars dort im Gefängnis und auch von dem, was Zammar wusste. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Kenntnis von einem [REDACTED] bekommen, woraus sich ergibt, dass [REDACTED] zu Herrn Zammar hatten, zu irgendeinem Zeitpunkt?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Die Art und Weise der Festnahme Zammars in Marokko sind mir zumindest und, ich denke, auch der Arbeitseinheit, die ich geleitet habe, lange Zeit unbekannt gewesen. [REDACTED]

[REDACTED]. Die Gerüchte oder Hinweise [REDACTED]

[REDACTED] - das waren zum damaligen Zeitpunkt einfach Gerüchte oder Hinweise - waren nicht genug Anlass, [REDACTED]. Mir waren relativ spät - ich denke, erst deutlich nach den Befragungen dort - so viele Hinweise zugänglich gemacht worden, dass es sich verdichtete, [REDACTED]

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Meine Frage ist keine allgemeine Frage, sondern zielt genau - - Das ist Ihnen ja vorgehalten worden. Da soll es einen Hinweis sogar vom Auswärtigen Amt oder aus dem Auswärtigen Amt, einen Vermerk gegeben haben, [REDACTED], das wiederum mit Zammar und Kontakten zu Zam-

mar [REDACTED]
[REDACTED] -- Davon wissen Sie nichts?

Zeuge Dr. J. K.: Mit Sicherheit nicht vor der Befragung, und für die Zeit danach -- Ob es da einmal einen Hinweis gab? Ich will es nicht ausschließen; aber aktiv erinnern kann ich mich daran nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Sie schon einmal als Zeugen hier gehabt. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum [REDACTED] - das BKA beteiligt war und [REDACTED] Ist darüber gesprochen worden?

Zeuge Dr. J. K.: In den Entscheidungsprozess über die Frage, welche Behörde an der Befragung teilnimmt oder nicht, war ich nicht eingebunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In die Entscheidung waren Sie vielleicht nicht eingebunden. Aber vielleicht sind Sie darüber informiert worden, -

Zeuge Dr. J. K.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - haben sich vielleicht gewundert: Was machen sie? [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Nein, das ist nichts, worüber ein Referatsleiter informiert oder eingebunden wird. Das ist so entschieden worden. Ich nehme an, das war für den Kollegen vom BKA auch überraschend. Ich bin darüber nicht informiert oder auch nicht darüber aufgeklärt worden, was die Gründe dafür seien.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit wem in Person haben Sie jetzt in Ihrem Amt über Ihren Besuch gesprochen?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann mich jetzt nicht an einzelne spezifische Gespräche erinnern; aber naturgemäß werden das meine beiden Vorgesetzten gewesen sein, sprich: mein Gruppenleiter und mein Abteilungsleiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit dem Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dem Präsidenten?

Zeuge Dr. J. K.: Ob es eine Unterrichtung oder einen Austausch mit dem Präsidenten oder dem Vizepräsidenten gab, weiß ich nicht mehr. Das kann ich Ihnen schlicht und einfach aus dem Gedächtnis nicht sagen. Aber es kann auch genauso gut sein, dass mein Abteilungsleiter zum Präsidenten gegangen ist und ihn unterrichtet hat. Ich kann es sozusagen weder bestätigen noch dementieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun ja, was sein kann, wissen wir auch. Mich interessiert natürlich die Frage: Sie kommen von einem dreitägigen Besuch aus Damaskus, den Sie zuvor selber als nicht unproblematisch und in dem Sinne diskutiert haben, dass die Befragung möglicherweise, wenn Sie bestimmte Anzeichen gehabt hätten, gar nicht hätte stattfinden können. Und nun kommen Sie zurück nach drei Tagen, und da wissen Sie nicht, ob Sie dem Präsidenten berichtet haben, ob das von einer solchen Relevanz war, dass Sie dann auch sagen: Das und das haben wir erlebt?

Zeuge Dr. J. K.: Es war ja nicht die erste Damaskus-Reise. Ich kann nicht nach jeder Dienstreise, wenn ich zurückkomme, meinem Präsidenten berichten. Er hat auch noch andere Sachen. Es kann auch daran liegen, dass er in dem Moment vielleicht nicht da war, dann schon den Bericht vorliegen hatte und darauf verzichtet hat, noch einmal ausführlich von mir informiert zu werden. Es kann auch sein, dass ihn zwischenzeitlich der Abteilungsleiter informiert hat. Ich habe jedenfalls keine aktive Erinnerung daran, dass ich mit jemandem von der Amtsleitung darüber gesprochen habe. Ich weiß es schlicht und einfach nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte Frage. Gerade weil Ihnen die Problematik durchaus geläufig war - so haben Sie es ja geschildert; das haben Sie auch mit Ihren Kollegen in Vorgesprächen besprochen -: Warum haben Sie eigentlich, nachdem Ihnen Zammar sagte: [REDACTED], nicht nachgefragt: Wie häu-

fig? Wie [REDACTED]? Wann konkret? Am ersten Tag, als Sie nach Syrien kamen? - Oder Ähnliches. Warum hat Sie das eigentlich nicht weiter -- Gerade weil Sie ja auf Anhaltspunkte warteten und die Befragung, wenn diese genügend stark waren, möglicherweise nicht durchführen wollten -- Warum haben Sie dann nicht -- Es war ja zumindest einmal ein Anhaltspunkt dafür da. Ob er nun ausreichte, hätte man doch durch Befragen klären können, indem Sie gesagt hätten: Oh! [REDACTED]. Wann war das? Wie [REDACTED]? [REDACTED] War es vielleicht bei der Vorbereitung? War es gestern?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann mich nur wiederholen. Ich habe die Aussage von Zammar so wahrgenommen, dass er im Zusammenhang mit seiner Festnahme, Überführung - so würde ich es einmal formulieren - auch [REDACTED] sein soll. So hat er es in einem kurzen Satz formuliert und ist dann auch selbst eigentlich gleich darüber hinweggegangen und hat zu anderen Sachverhalten weitergesprochen. Er hat nicht den Eindruck vermittelt, als ob das eine [REDACTED] gewesen wäre, sondern er hat im Sinne einer [REDACTED] dargelegt, wie es ihm ergangen ist. Er hat nach meinem Dafürhalten damit nicht zum Ausdruck gebracht, dass er gefoltert worden sei, sondern er hat gesagt: [REDACTED] - So in diesem Sinne: Ich bin bei meiner Festnahme [REDACTED]. - Er ist also selber über diesen Punkt hinweggegangen.

Das hat aus der Situation heraus nicht dazu geführt, dass wir nachgefragt haben. Er hat es dann selber nicht weiter vertieft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder wollten Sie dem anwesenden [REDACTED] der Syrer - ich sage jetzt einmal in meinen Worten - nicht zumuten, da nachzufragen?

Zeuge Dr. J. K.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen das unangenehm, weil er dabei war?

Zeuge Dr. J. K.: Wir waren dort vor diesem Hintergrund sehr autonom. Nur der Dolmetscher verstand Deutsch. Zammar sprach Deutsch. Wir konnten ihn im Prinzip alles fragen, und er konnte alles sagen. Er auch hat nach meiner Einschätzung, wie ich schon gesagt habe, insbesondere im Verlauf der Befragung sehr frei und sehr unbefangen gesprochen. Das heißt, er hatte - das hat er, glaube ich, auch gespürt - die Möglichkeit, alles zu sagen, was er sagen wollte. Wenn er selber in einem Satz weitergeht und über einen solchen Punkt hinweggeht, dann habe ich in dem Moment auch nicht nach.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl das für Sie ein so wichtiger Punkt war. Sie haben ja vorhin gesagt: Wenn wir Anzeichen von Gewaltanwendung festgestellt hätten, dann hätten wir es nicht gemacht, dann hätten wir ihn nicht befragt. Obwohl das für Sie eigentlich -- Das war ja nun ein Anhaltspunkt.

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe es vorhin so formuliert: Wenn wir Anhaltspunkte dafür gehabt hätten, dass seine Gesprächsbereitschaft nur durch Gewalt hergestellt worden wäre - unmittelbar im Hinblick auf unsere Befragung -, oder wenn er während der Befragung misshandelt worden wäre, um uns Antworten zu geben, oder wenn er ohnehin erkennbar misshandelt worden wäre, dann wäre das für uns der Punkt gewesen, abbrechen. Dieser Punkt war - zumindest nach meiner Einschätzung - nicht erreicht, und ich habe den Eindruck, dass es auch die anderen Kollegen nicht so wahrgenommen haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Berliner Stunde ist durch. Besteht noch Fragebedarf?

(Zuruf: Berliner Stunde!)

- Berliner Stunde. Die SPD. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Dr. K[REDACTED], Herr Zammar ist deutscher Staatsbürger, er ist aber auch syrischer Staatsbürger. Hat das bei der Vorbereitung der Befragung und bei der Befragung eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. J. K.: Die deutsche Staatsbürgerschaft Zammars ist von den Syrern auch mit dem Hinweis angesprochen worden, dass es kein Entlassen aus der syrischen Staatsbürgerschaft gibt und dass die deutsche Staatsbürgerschaft von den syrischen Behörden nicht anerkannt wird. Aus Sicht der Syrer ist er syrischer und nur syrischer Staatsbürger.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt: Als allein gültig wurde von der syrischen Seite, die ja Herrn Zammar in diesem Gefängnis hatte, die syrische Staatsbürgerschaft angesehen?

Zeuge Dr. J. K.: So die Aussage der syrischen Sicherheitsvertreter.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Insofern war das alles Goodwill und nicht etwa Anerkennung des Umstandes, dass wir ihn als deutschen Staatsbürger ansehen?

Zeuge Dr. J. K.: Das ist zutreffend.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Da waren dann auch die Grenzen der Kooperationsbereitschaft?

Zeuge Dr. J. K.: So ist es.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, aus syrischer Sicht war es eine Kulanz, deutsche Stellen zu der Befragung zuzulassen, im Sinne einer guten Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und der Sicherheitsbehörden?

Zeuge Dr. J. K.: Die syrische Seite hat ganz deutlich gemacht, dass sie dies als einen ersten Versuch, einen Schritt, ein großes Entgegenkommen von ihrer Seite sieht, auch vor dem Hintergrund

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Man hat das also als einen generösen Akt dargestellt?

Zeuge Dr. J. K.: Aus der dortigen Sicht war das sicherlich so. Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie sind Sie damit umgegangen? Haben Sie dem widersprochen und darauf hingewiesen, dass er nach unseren Gesetzen deutscher Staatsbürger ist?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann jetzt nicht sagen, bei welchem Anlass, aber ich meine dass Herr Dr. C [REDACTED] auch darauf hingewiesen hat, dass er nach deutschem Recht deutscher Staatsbürger sei.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Heute hatten wir - auch bei Ihrer Befragung - häufiger das Stichwort des Verschwindens des Herrn Zammar. Können Sie sich vorstellen, dass diese Verschleppung von Herrn Zammar mit Wissen, Duldung oder gar Beteiligung deutscher Stellen erfolgte?

Zeuge Dr. J. K.: Dazu müsste man klären, welche deutschen Stellen das sein sollen. Mir fallen jetzt keine ein. Wir mit Sicherheit nicht. Uns war nicht bekannt bzw. uns ist erst sehr viel später bekannt geworden, dass Zammar verschwunden ist. Für das BKA kann ich das sicherlich auch ausschließen, und auch die Kollegen vom BND würde ich als eher nicht beteiligt ansehen. Das würde ich also als extrem unwahrscheinlich ansehen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich auch. - Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die FDP. Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Diese Theorie, die Ihnen Herr Hartmann vorgehalten hat, klingt auf den ersten Blick wirklich fantastisch. Nur, wir kommen immer - das muss ich Ihnen direkt einmal vorhalten - über einen Punkt nicht hinweg. Nach dem 11.09. gab es massive Vorwürfe der Amerikaner - das ist uns schon oft gesagt worden -, dass die deutschen Sicherheitsbehörden - sagen wir es deutlich - versagt hätten. Wegen des 11.09. gab es diese massiven Vorwürfe. Daher war es die verständliche und von allen führenden Persönlichkeiten hier und in anderen Gremien, etwa im Innenausschuss durch Herrn Dr. Hanning - was ich zitieren könnte -,

erklärte Politik - ich will es einmal so sagen -, jetzt ja keinen Fehler mehr zu machen. Und dann lässt man jemanden, der von Dr. Hanning als Hauptrekruteur bezeichnet wird, ausreisen, obwohl er seinen Pass zuvor verloren hatte und er einen neuen beantragen musste und es Versagungsgründe gegeben hätte, und es wurden keinerlei Vorkehrungen getroffen, dass man an dem Mann dranbleibt, während er im Ausland ist.

Stellen Sie sich vor, er hätte dort neue Instruktionen für weitere Anschläge erhalten.

(RD Dr. Jan Hecker (BML): Was hat das jetzt mit dem Untersuchungsausschuss zu tun?)

- Moment. Ich komme darauf. - Es ist irgendwie unfassbar, dass sich eine wichtige Persönlichkeit frei im Ausland bewegt, ohne dass der Mann vom BND unter Beobachtung gehalten wird. Dann klingt es nicht mehr so fantastisch, wenn im *Stern* ein allerdings - das gebe ich zu - namentlich nicht genannter hoher deutscher Sicherheitsbeamter zitiert wird - ich zitiere jetzt frei -, man könne davon ausgehen, das sei ein Zusammenwirken von deutschen, amerikanischen und marokkanischen Stellen gewesen.

Diese Vorgeschichte. Es ist nicht XY, der zum Kaffeetrinken über die deutsch-österreichische Grenze nach Schärding fährt, sondern laut Dr. Hanning eine zentrale Figur des 11.09. Lassen wir das Wort „zentral“. Eine Figur jedenfalls. Das muss ich Ihnen wirklich noch einmal vorhalten. Was sagen Sie denn dazu?

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Wir brauchen ein schärferes Sicherheitsgesetz!)

Zeuge Dr. J. K.: Ich denke, um die Ereignisse des 11.09. und den Terrorismus und die Nachrichtendienste ranken sich so viele Verschwörungstheorien, dass ich nicht jeder nachrennen kann. In der Tat -- Sie müssten mir vielleicht einmal sagen, welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten wir oder das BKA oder der BND nicht genutzt hätten.

Dr. Max Stadler (FDP): Das sage ich Ihnen sehr gerne. Nach dem Passgesetz kann die Ausgabe eines Passes sowohl versagt werden -- Man musste den bestehenden Pass gar nicht einziehen; denn er war ja verloren. Von Zammar ist ein neuer bean-

tragt worden. Zweitens. Selbst wenn man einen Pass ausgibt, kann man Reisebeschränkungen verhängen. Der Wortlaut ist sehr weitgehend. Sogar die Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland reicht dafür aus, jedenfalls aber Gefahren für die Sicherheit.

Jetzt frage ich mich, wann so etwas zur Anwendung kommen soll, wenn nicht unmittelbar nach dem 11.09. und bei einer Person, die der Staatssekretär des Innenministeriums als zentral bezeichnet.

Es gab also rechtliche Möglichkeiten. Das dürfen Sie mir wirklich glauben.

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe gemeint: rechtliche Möglichkeiten eines Nachrichtendienstes oder einer -- Ich kann jetzt nur für das BfV sprechen. Das, was Sie beschrieben haben, müsste, denke ich, eine Maßnahme der Ausländerbehörde sein.

Dr. Max Stadler (FDP): Freilich, der Passbehörde. Richtig: Nicht von Ihnen. Aber Sie konnten Ihren Einfluss geltend machen.

Zeuge Dr. J. K.: Entschuldigung. Nicht der Ausländerbehörde, sondern der Passbehörde. Das setzt ein Wissen um die Beantragung des Passes voraus, das setzt den Zeitpunkt voraus, zu dem er das macht. All das muss man wissen. Das ist aber jetzt ein tatsächliches Problem, und das ist das, was ich gemeint habe. Es müssten tatsächliche und rechtliche Möglichkeiten sein, die man nicht genutzt hat. Wir oder das BKA oder der BND. Das sehe ich nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Dr. K., aber es ist doch so, dass die geplante Reise nach Marokko doch bekannt war. Darauf wenigstens können wir uns einigen. Es sind ja sogar die Reisedaten herausgegeben worden. Hinzu kommt noch, dass sogar Sorge getragen worden ist, dass er ja in Amsterdam richtig umsteigt und nicht plötzlich woanders hinfliegt.

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]. Aber das ist natürlich ein nachlaufender Sachverhalt. Das heißt, es ist eine nachlaufende Maßnahme. Man erfährt hinterher, [REDACTED], wenn man es überhaupt erfährt. Das ist ein sehr lückenhaftes Instrument. Das, was Sie jetzt be-

schreiben, war meines Wissens keine Maßnahme des BfV. Im Zusammenhang mit seiner Ausreise waren wir nicht beteiligt. Ich meine, das ist etwas, was im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gelaufen ist. Da müssten Sie vielleicht die Kollegen noch einmal fragen. Dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist etwas, was uns auch so verblüfft. Natürlich hat das BKA Aufgaben in einem Ermittlungsverfahren. Aber Sie haben ganz eigene Aufgaben. Es braucht mir doch hier niemand zu erzählen, dass deswegen, weil ein Strafverfahren gegen eine Person läuft, plötzlich das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Aufgaben der Informationsbeschaffung nicht mehr wahrnimmt. Es sind einfach so viele Faktoren, dass man auch ohne jeden bösen Willen sagen muss: Die Sache ist so merkwürdig, dass man sich wirklich seine Gedanken macht. Entweder wird unsere Sicherheit in unverantwortlicher Weise gefährdet oder aber es hat einen ganz anderen, nämlich einfachen Grund: Es war so, wie der im *Stern* zitierte hohe Sicherheitsbeamte sagt, ein Zusammenwirken. - Sie bleiben dabei: Ein solches Zusammenwirken gab es Ihrer Meinung nach nicht?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann das jetzt nur für das BfV ausschließen. Soweit ich Kenntnis davon habe, würde ich das völlig ausschließen.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie würden es völlig ausschließen. Dann besteht eben die andere Situation, die wir gerade beschrieben haben. - Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich will noch einmal auf die Passfrage zurückkommen. Es ist ja eine ziemlich nahe liegende Erwartung, wenn jemand mit diesem Hintergrund einen Pass verliert, [REDACTED]

-

(Dr. Michael Bürsch (SPD): Später!)

- Später. Ja.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Zwei Jahre später!)

- Moment. [REDACTED]. Aber bei dieser Person. Er verliert den Pass. Da liegt es ja wohl nahe, anzunehmen, dass er einen neuen beantragen wird, insbeson-

dere wenn Sie über Reisepläne informiert sind. Die Frage ist also nicht, ob die Passbehörde davon Kenntnis hat. Die Frage war, warum sie keine Kenntnis hat, obwohl Sie als Behörde diese Erkenntnis hatten. Warum ist dieses Wissen nicht transportiert worden? Unsere Fragen hier richten sich auf die Koordination der unterschiedlichen Dienste. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen - das halte ich Ihnen jetzt einmal vor -: Das ist in höchstem Maße erstaunlich, auch das, was wir vorhin von Ihrem Kollegen gehört haben. Immer wieder wird gesagt: Die Leitung hat das BKA gehabt; wir haben damit nichts zu tun, da müssen Sie die fragen. - Die haben aber nicht die Kenntnis gehabt. Das ist genau das Problem.

Da wir eben nicht glauben, dass die Behörden und dass die Dienste so dilettantisch arbeiten, liegt es eben sehr nahe, dass die zweite Version tatsächlich zutrifft. Deshalb kommt es uns auch so darauf an, gerade auch um diese Frage positiv zu beantworten, nämlich auszuschließen, dass hier jemand auf diese Weise sozusagen den Amerikanern in die Hände gespielt wird, in der Erwartung: Die werden dann die Drecksarbeit machen.

Um das auszuschließen, wollen wir wissen: Wie ist das tatsächlich gelaufen? Wenn Sie sich immer wieder darauf berufen, das Staatswohl werde gefährdet, kann ich Ihnen nur sagen: Das Staatswohl war dadurch gefährdet, dass er unbeobachtet dorthin reisen konnte, und nicht dadurch, dass wir jetzt darüber reden. Deshalb interessiert uns diese Frage so sehr.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das waren jetzt aber eindeutig keine Fragen!

- Doch. Es war ein Vorhalt.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Es war ein politisches Statement, dem ich widerspreche!

- Ja, natürlich. Es war ein Vorhalt, genauso wie Sie Vorhalte gemacht haben. Vor dem Hintergrund der Passfrage frage ich jetzt, ob Sie sich darüber noch einmal Gedanken machen und Ihre Erinnerung bewegen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der Zeuge macht sich, nachdem Ihre Fragezeit beendet ist, sicherlich Gedanken darüber. - Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich möchte noch einmal zu den befreundeten Nachrichtendiensten kommen, und zwar USA. Sie haben gesagt, Ihnen sei eine Zusammenarbeit und auch ein detailliertes aktives Interesse nicht bekannt. Bekannt ist aber, dass bei deutschen Stellen schon im Dezember bekannt war, [REDACTED]. Ist das bei Ihnen gar nicht angekommen?

Zeuge Dr. J. K.: Welche deutschen Stellen meinen Sie jetzt?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das war das Auswärtige Amt.

(Zuruf eines Vertreters der Bundesregierung: Das ist doch kein richtiger Vorhalt!)

- Wieso? Das kann ich ihm doch vorhalten, wenn er danach fragt.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist mir nicht bekannt gewesen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ist Ihnen auch in der Folgezeit nicht bekannt geworden, [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Mir ist es nicht bekannt geworden. Ich habe aus dem Umstand, dass [REDACTED]. Bekannt geworden ist es mir nie. Ich habe es aus diesen Informationen geschlossen. Das war allerdings zeitlich, nachdem wir ihn befragt haben.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Immer erst „nachdem“, obwohl schon vorher deutschen Stellen, zu denen bestimmt auch BND und BKA gehörten, bekannt war. Ist das in der Vorbereitung nie mit Ihnen besprochen worden?

Zeuge Dr. J. K.: Mir war es nicht bekannt, meinem Mitarbeiter vermutlich auch nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann zu dem Zweiten. Mir fehlte vorhin die Zeit,

um Sie mit einer Aussage Ihres Kollegen W [REDACTED] vertraut zu machen. Er hat gesagt, dass sein Vorgesetzter Kontakt zum Auswärtigen Amt gehabt hat. Nach meiner hierarchischen Kenntnis waren Sie das wohl. Sie haben aber gesagt, Sie hätten überhaupt keinen Kontakt zum Auswärtigen Amt gehabt.

Zeuge Dr. J. K.: In dieser Sache nein. Ich habe mit dem Auswärtigen Amt keinen Kontakt gehabt, auch nichts zu tun gehabt. Es gab ja auch keinen Anlass für mich. Wir waren nicht die Federführenden bei dieser Reise. Wir hatten nichts mit der Botschaft und dem Ablauf der Reise zu tun, ich als Referatsleiter schon gleich gar nicht. Vielleicht hat er gemeint: seine Vorgesetzten ein, zwei Stufen höher. Ich kann es jetzt nicht nachvollziehen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ist die Botschaft in Syrien, als Sie seinerzeit - - Ich kann Ihnen das vielleicht vorhalten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie eingestuft?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Geheim.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich schlage folgenden Beschluss vor: Für den nachfolgenden Vorhalt des Kollegen Paech wird, weil die Urkunde als Geheim eingestuft ist, die Sitzung als Geheim eingestuft.

Wer stimmt dem Beschluss zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit einer Stimme so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 14.50 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 14.51 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Darin heißt es:



Zeuge Dr. J. K.: Das ist aber nicht meiner. - Ist das meiner? - Oder der von Herrn W[redacted].

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Aber Ihre Unterschrift trägt er!)

- Das ist das, was ich vorhin sagte, was wir in den Vorbesprechungen gesagt haben, dass das Auswärtige Amt in irgendeiner Form beteiligt ist. Aber wir als BfV hatten vorher keine Bezüge zum Auswärtigen Amt. Es war in den vorbereitenden Besprechungen - das habe ich aber vorhin gesagt -, in denen uns mitgeteilt wurde, dass es beim Auswärtigen Amt bekannt sei, dass Zammar dort ist, und dass auch die Frage des diplomatischen Schutzes in irgendeiner Form eine Rolle spielt, dass das aber auf uns keine Auswirkungen hat.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Können Sie uns mitteilen, wer das im Auswärtigen Amt war?

Zeuge Dr. J. K.: Ich weiß es nicht. Ich habe ja mit dem Auswärtigen Amt keinen Kontakt gehabt. Das war --

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Woher stammt denn Ihre Kenntnis dessen, was Sie dann in dem Bericht niedergelegt haben?

Zeuge Dr. J. K.: Wir hatten die Vorbesprechung in der Botschaft. Die Delegationen BND, BKA, BfV waren dabei [redacted]. Er hat uns diese Informationen in dem von mir dargelegten Sinne übermittelt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Hier steht: „[redacted]“. Nicht in der Botschaft, sondern schon vor Ihrer Reise dorthin muss es einen Kontakt gegeben haben, und da müssen Sie doch auch wissen, mit wem das gewesen ist.

Zeuge Dr. J. K.: Ich hatte Kontakt zu Dr. C[redacted], der schon bei der ersten Reise dabei war. Das waren die Kontakte zum BND, die ich vorher hatte. Aber wir haben ja die Reise als BfV nicht organisiert. Ansprechpartner, Organisator auch vor Ort, für alles was vor Ort war, war ja [redacted]. Wir hatten ja keine Möglichkeit, so etwas im Ausland zu arrangieren. Wir waren genau wie das BKA Mitreisende. Mit organisatorischen Fragen, auch Abstimmungen -- Botschaft, sonstige Botschaftsmitarbeiter, [redacted] -- Das war ja völlig außerhalb unseres Bereichs. Da waren wir in keiner Form involviert.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich darf weiterfragen. Danach ist ja doch klar, dass die Botschaft wusste --

Vorsitzender Siegfried Kauder: Entschuldigung, Herr Kollege Paech, ist das weiterhin Geheim eingestuft?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nein. Pardon.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die weitere Vernehmung des Zeugen wird VS-V durchgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 14.53 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 14.54 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich schließe daraus: Der Botschaft war bekannt, wann Sie kommen wollten, wann Sie da waren. Sie mussten Ihnen auch irgendwie Einlass gewähren, wenn Sie nach Dienstschluss dorthin kamen. Gab es von der Botschaft aus Kontakt zu Ihnen mit der Bitte, diese Befragungssituation zu nutzen, um gleichzeitig konsularischen Schutz und konsularische Betreuung aufzubauen, was ihnen vorher in anderer Form nicht möglich gewesen ist?

Zeuge Dr. J. K.: Das Betreten und Verlassen der Botschaft [REDACTED], und ansonsten habe ich während dieses Aufenthalts mit niemandem von der Botschaft Kontakt gehabt, außer [REDACTED].

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das heißt, die Botschaft hat diese Gelegenheit auch nicht genutzt, konsularische Betreuung durchzusetzen oder zu erreichen?

Zeuge Dr. J. K.: Zumindest mir gegenüber nicht. Ich weiß nicht, ob es Gespräche [REDACTED] gab. Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Eine letzte Frage noch zu den Lichtbildern, die Sie vorgelegt haben. Die Syrer waren immer dabei. [REDACTED]. War Ihnen klar, dass dieses auch zu späteren Verfahren gegen Zammar in Syrien benutzt werden konnte?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED]. Insofern stellte sich die Frage nicht. [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber [REDACTED] und die Syrer hatten nachher das Protokoll der Befragung, [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Die Syrer hatten das, was aus ihren Kassettenrekorderaufzeichnungen auf Deutsch herauszuhören war. Das war ja das Problem der Syrer. Deswegen habe ich vorhin auf die Frage mit den Kassetten reagiert, dass die für [REDACTED] hatten. Die Syrer waren - sage ich einmal - in der ganzen Situation in der schlechteren Lage. Die Befragung fand komplett auf Deutsch statt. Sie hatten nur den einen Dolmetscher, der ständig damit beschäftigt war, [REDACTED]. Ich gehe nicht davon aus, dass [REDACTED]. Sie haben aber mitbekommen, dass Zammar sehr viel gesagt hat und dass ihm Lichtbilder vorgehalten wurden, dass sehr viel gefragt wurde, und sahen sich in der Situation, eigentlich an den Ergebnissen der Befragung nicht richtig partizipieren zu können, sondern nur aufgrund einer Mitschrift eines Dolmetschers, der zwischendurch immer noch [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann muss ich anders herum fragen. Sie kannten die Situation in dem Gefängnis. Sie kannten den [REDACTED] - vielleicht in Ihrer Sicht etwas zurückliegenden [REDACTED] - Mannes. Sie wussten: Er wird auch weiterhin dort festsitzen. Und Sie mussten doch damit rechnen, dass die Syrer irgendwas mit ihm machten. Ist Ihnen nicht der Gedanke gekommen - Ihre Befragung, die Antworten auch in Anwesenheit der syrischen Beamten; das waren ja nicht nur Türschließer -, dass auch Ihr Material in die zukünftige Behandlung des Zammar durch die Justiz oder durch andere Behörden gelangen könnte?

Zeuge Dr. J. K.: Die Fragen, die wir gestellt haben, erstreckten sich überwiegend auf Sachverhalte aus Deutschland. [REDACTED]

[REDACTED]

Das, was wir mit Zammar besprochen haben, was er uns gesagt hat, betraf Personen, [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] zu denen wir vertiefend noch einmal gefragt haben. Ich sehe das Problem in der Situation nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Seinerzeit, als Sie den Bericht verfasst haben, haben Sie es offensichtlich etwas anders gesehen; denn Sie haben auch von einem [REDACTED] [REDACTED] gesprochen und auch von dem [REDACTED]. Sehen Sie das jetzt etwas anders?

Zeuge Dr. J. K.: [REDACTED] [REDACTED]. Das war meine Wahrnehmung. Und das hat - zumindest hat er mir das so gesagt - auch Herr Dr. C [REDACTED] in etwa so wahrgenommen. [REDACTED]. Sie verstanden kein Deutsch und waren auf diesen einen Dolmetscher, der mitschrieb [REDACTED] angewiesen. [REDACTED]

[REDACTED]

Aber für Zammar oder als Belastung für ihn in Syrien waren diese Informationen, glaube ich, nicht wirklich geeignet.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur noch eine Nachfrage, und zwar zu diesem Gespräch im [REDACTED], also zu diesem Besuch im [REDACTED]. Da sollen umfangreiche [REDACTED] zu Herrn

Zammar vorgelegt worden sein oder zur Verfügung gestellt worden sein. Können Sie noch sagen, was das war - umfangreiche [REDACTED]?

Zeuge Dr. J. K.: Von dem [REDACTED] an uns? Oder an die Syrer?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Offenbar an alle. Die waren dann Grundlage für die Besprechungen mit den Syrern.

Zeuge Dr. J. K.: Grundlage war nach meiner Erinnerung [REDACTED]. Also, ob das [REDACTED] jetzt auch was übergeben hat in Papierform, daran kann ich mich nicht erinnern. Tut mir leid, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich denn erinnern, was Sie da an Unterlagen gesehen haben?

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe keine Unterlagen gesehen. [REDACTED].

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber [REDACTED] oder Unterlagen [REDACTED] haben Sie selber nicht gesehen?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, zumal ich noch nicht wusste, was es -- Also, wir waren, wie gesagt, mit dem [REDACTED] im engen Austausch. Ich glaube nicht, dass es da irgendwelche sensationellen Ergebnisse des [REDACTED] gab zu Zammar, die uns jetzt inhaltlich noch nicht bekannt waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht die Syrer. Dieses Gespräch diente doch der Beziehungspflege zu den Syrern und dem Austausch von Erkenntnissen zu Herrn Zammar.

Zeuge Dr. J. K.: Also, ich will nicht ausschließen, dass der [REDACTED]-Kollege auch was übergeben hat. Aber er hatte natürlich, wie ich vermute, auch seine eigenen Vorbereitungsunterlagen dabei, auf deren Basis er seine Gespräche geführt hat. Mit Sicherheit,

das macht ja jeder so. Aber dass da irgendwelche Sachen spezifisch übergeben wurden -- Ich will nicht ausschließen, dass er das gemacht hat. Wir waren da auch zwei, drei Tage. Vielleicht gab es irgendeine Gelegenheit, wo er das gemacht hat. Das ist durchaus möglich. Aber ich kann mich jetzt aktiv nicht daran erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich denn erinnern, wer dabei beteiligt gewesen ist, jetzt von deutscher Seite?

Zeuge Dr. J. K.: Im [REDACTED]?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. J. K.: Im [REDACTED] waren dabei auch der Dr. C [REDACTED] vom BND und ein Unterabteilungsleiter des BND, dessen Name mir entfallen ist. Ich hatte davor noch nie mit ihm zu tun. Ich meine es war damals auch vom BKA der Herr G [REDACTED] dabei. Oder vielleicht war es -- Sie bringen mich jetzt ein bisschen durcheinander. Ich bin mir nicht mehr sicher, wer bei der ersten Reise -- Ob das BKA auch dabei war? Ich glaube, es war auch der Herr G [REDACTED]. Aber das wird er Ihnen vielleicht selber sagen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also zu viert waren Sie?

Zeuge Dr. J. K.: Ich war alleine von BfV-Seite, zweimal BND, [REDACTED] und BKA. Ja. Das müsste es gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also zwei BND-Leute, Sie vom BfV und jemand vom BKA, wahrscheinlich -- Wir werden gleich mal fragen, wer das gewesen ist. Sonst niemand? Botschafter? Auswärtiges Amt?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, nein. Vom Auswärtigen Amt war bei den Gesprächen in Syrien niemand dabei. Also, [REDACTED] nicht der Botschafter. Nein, der Botschafter war nicht dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder irgendjemand anders? Rechtsabteilung?

Zeuge Dr. J. K.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir sind mit der Berliner Stunde durch. Besteht noch Fragebedarf? - Einer nickt. Offene Runde? - Noch einer nickt. - Kollege Stadler.

(Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie groß ist der Fragebedarf? - Dr. Max Stadler (FDP): Mittel! - Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Berliner Stunde!)

- Keiner nickt mehr. Berliner Stunde. - Die SPD. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Keine Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Stadler, schon sind Sie dran.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Dr. K [REDACTED], in dem Bericht von Herrn W [REDACTED], den Sie zur Kenntnis genommen haben, ist ausgeführt, dass eine weitere Vernehmung oder Befragung von Zammar befürwortet wird. War das auch Ihre Position oder nur die von Herrn W [REDACTED]?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, das war auch meine Position, unter anderem. Wie es immer bei solchen Befragungen ist: Man geht mit vielen Erkenntnissen raus; aber dann ergeben sich bei dem Abgleich zu Hause noch wieder neue Fragen. Ein Beispiel wären gewesen die Bezüge zu [REDACTED]. Da hätte eine Lichtbildvorlage Sinn gemacht. - Das als Beispiel.

Dr. Max Stadler (FDP): Das heißt, es gab noch Erkenntnisinteresse, wenn ich es so formulieren darf. Wäre es nicht sogar aus Sicht Ihrer Behörde angenehm gewesen, wenn Herr Zammar in Deutschland zu Befragungen zur Verfügung gestanden hätte?

Zeuge Dr. J. K.: Sicherlich. Uns hat aber niemand danach gefragt.

Dr. Max Stadler (FDP): Darauf will ich natürlich hinaus. Gab es denn in Ihrer Behörde, nachdem es noch Befragungsinteresse gab, die Umstände dort aber zumindest zweifelhaft waren und es auch um-

ständlicher ist - man muss extra hinreisen und das organisieren -, mal die Überlegung, in den geeigneten Gremien, wo der BfV seine Interessen formuliert, beispielsweise Präsidentenrunde oder Ähnliches, darauf hinzuwirken, dass man mal einen Auslieferungsantrag stellt, egal, ob der erfolgversprechend ist oder nicht?

Zeuge Dr. J. K.: Ich bin in diesen Gremien nicht vertreten. Tut mir leid.

Dr. Max Stadler (FDP): Nein. Aber Sie sind bei Ihnen im Haus dafür zuständig, solche Ideen einzuspeisen.

Zeuge Dr. J. K.: Ich habe einen solchen Vorstoß nicht unternommen. Wir haben das in dem Bericht von Herrn W. formuliert; aber wir sahen, glaube ich, nicht den Anlass, dass wir noch mal hinfahren oder dass es zu einer Auslieferung kommt. Das wäre auch nicht unsere Sache gewesen.

Dr. Max Stadler (FDP): Nein. Schon. Ich rede nur vom Gedankenanstoß. Es war nicht Ihre Sache, aber Ihr Interesse vielleicht.

Zeuge Dr. J. K.: Es hätte uns sicherlich interessiert; aber es war nicht geplant.

Dr. Max Stadler (FDP): Wieso kam es eigentlich nicht zu einer zweiten Befragung, die Sie damals noch - -

Zeuge Dr. J. K.: Ich weiß es nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Das wissen Sie nicht. - Jetzt nur, damit ich den Ablauf noch genau nachvollziehen kann: Es gab doch so eine deutsch-syrische Arbeitsgruppe.

Zeuge Dr. J. K.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Die hat mehrfach getagt.

Zeuge Dr. J. K.: Die Zusammenarbeit mit den Syrern wurde in den Rahmen einer sogenannten deutsch-syrischen Arbeitsgruppe gepackt, und das Treffen im [REDACTED] und dann die Befragung Zammars waren sozusagen die Treffen der deutsch-syrischen Arbeitsgruppe, so wie ich das verstanden habe. Das BfV war sozusagen geladener

Gast, als Vertreter, eben als Sicherheitsbehörde.

Dr. Max Stadler (FDP): Sind denn in der deutsch-syrischen Arbeitsgruppe die Modalitäten der Befragung Zammars vorbesprochen worden?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Wie gesagt, mir ist der Umstand der Einrichtung der Arbeitsgruppe - - Also, ich habe die nicht mit eingerichtet, sondern uns wurde gesagt: Es gibt sie, und da gibt es jetzt ein Treffen. - Ob das jetzt mehr ein abstraktes Gebilde war, auf das man sich irgendwo geeinigt hatte, oder ob das jetzt nur diese Personen waren, in persona, das ist, glaube ich, so genau nie ausformuliert oder ausgedacht worden, sodass man auch nie irgendwelche Rahmenbedingungen für Befragungen oder Gespräche formuliert hat.

Dr. Max Stadler (FDP): Zur konkreten Befragung Zammars möchte ich gerne erfahren: Hat man mit der syrischen Seite, in welchem Rahmen auch immer - Arbeitsgruppe oder am Vorabend der Befragung -, sich darauf geeinigt, welche Themen anzusprechen sind und welche nicht angesprochen werden sollen, -

Zeuge Dr. J. K.: Irgendwelche Einschränkungen sind mir jetzt nicht bekannt. Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): - beispielsweise eben das Thema: Wie kam Zammars eigentlich von Marokko nach Syrien? Unter welchen Umständen oder so? - Oder hat man sich im Vorhinein geeinigt: Das lassen wir lieber aus der Befragung raus?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Es gab darüber keinen Austausch.

Dr. Max Stadler (FDP): Das heißt, die Einschränkungen waren von Ihnen selber schon, von der deutschen Seite von sich aus, vorgenommen worden?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben keine bewusste Einschränkung vorgenommen. Wir haben einfach erst mal unser Interesse, das in unserer Befragung zum Ausdruck kam, umgesetzt, nämlich nur über Deutschland, über die Strukturen, uns zu unterhalten.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, schon. Aber Herrn W [REDACTED] habe ich jedenfalls so verstanden, dass er sagte, dass man auch das Gesprächsklima mit Syrien nicht belasten wollte und lieber mal zu so peinlichen Geschichten wie „Da verschwindet einer und ist dann plötzlich in Syrien“ nichts fragen wollte.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist aber nichts, was jetzt mit den Syrern spezifisch was zu tun hat, sondern - darauf wollte ich vorhin hinaus - im Informationsaustausch zwischen Partnerdiensten konzentriert man sich in der Regel auf die inhaltlichen Fragen [REDACTED]. Das ist aber Usus, immer.

Dr. Max Stadler (FDP): Ich gebe weiter an Herrn Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe eine Frage; da müssen Sie uns helfen: Wurde nun Deutsch oder Arabisch gesprochen? Eben hatte ich Sie so verstanden, als würden Sie sagen: Da wurde ja immer Deutsch gesprochen. - War das ein Missverständnis? Wurde Deutsch oder Arabisch gesprochen?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben uns mit Zammar auf Deutsch unterhalten, und bei den Vor- und Nachbesprechungen mit den syrischen Partnern, bei denen Zammar nicht dabei war, hat der Herr Dr. C [REDACTED], der exzellent arabisch spricht, seine Sprachkenntnisse genutzt, um dort auch ein gutes Gesprächsklima zu erzeugen.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist deshalb interessant, weil wir ja vorhin nach einer bestimmten Passage in einem Protokoll, das ich jetzt nicht näher ausführen kann, das Sie aber auch schon erörtert haben, gefragt haben und dort als Vermutung ja im Raum stand: Na ja, vielleicht ist das eben auch deshalb der Aufmerksamkeit konkret im Gespräch entgangen, weil das während einer Arabisch geführten Unterhaltung kam und dann eben nicht übersetzt wurde, aber man habe schon Vertrauen, dass der Kollege vom BND das ordnungsgemäß übersetzt habe.

Zeuge Dr. J. K.: Das bezog sich auf die Vor- und Nachbesprechung mit den syrischen Sicherheitsbehörden.

Hellmut Königshaus (FDP): Das bezog sich auf die Vor- und Nachbesprechung. Okay.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): So habe ich das auch verstanden!)

- Gut. Aber das wollen wir ja klären. - Jetzt noch mal. Der Herr Vorsitzende hat ja freundlicherweise in Aussicht gestellt, dass Sie in der Zwischenzeit nachdenken würden über das Passproblem. Vielleicht haben Sie es ja getan. Also die Frage: Warum haben Sie der Passbehörde nicht den Hinweis gegeben: Dieser Mensch will verreisen. Hat der einen Pass, oder gibt es dort nicht Möglichkeiten?

Zeuge Dr. J. K.: Herr Abgeordneter, ich denke, eine wirklich qualifizierte und fundierte Antwort könnte ich Ihnen geben, wenn ich die Personen- oder Ermittlungsakte zum Fall Zammar jetzt noch mal vor mir hätte und das durchlesen könnte. Der Herr W [REDACTED] könnte es wahrscheinlich ganz genauso. Ich kann Ihnen die Details aus dem Herbst 2001 zum Ermittlungsstand im Fall Zammar - welche Behörde was wann aus welchem Grund unternommen oder nicht unternommen hat - nicht sagen.

Hellmut Königshaus (FDP): Also eine Erinnerungsfrage.

Zeuge Dr. J. K.: Das ist eine Fülle von Einzelinformationen und eine Fülle von Aktenstücken. Ich denke, da würde sich aus der Akte was erschließen lassen. Aber ich kann es Ihnen so jetzt nicht mehr im Detail repetieren.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber wo ist denn der Pass heute? Das heißt, anders herum gefragt: Haben Sie denn den Syrern gesagt: Passt mal auf, der sitzt jetzt hier. Wir haben großes Interesse, dass der nicht durch die Weltgeschichte reist. Der Pass ist Eigentum der deutschen Behörden. Wo ist der? - Ihre Behörde hat ja noch andere Aufgaben -, damit nicht möglicherweise hier ein syrischer Kollege mit deutschem Pass durch deutsche oder andere Lande reist? Haben

Sie danach gefragt? Ist das problematisiert worden?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Delegation in irgendeiner Weise die Passfrage thematisiert hat.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie sagten vorhin, das war sehr überraschend; Sie hätten ja auch erst später erfahren, dass der Zammar verschwunden sei. Wie ist das denn zu verstehen?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Ich habe gesagt: Die Umstände des Verschwindens von Zammar [REDACTED] waren für mich keine Sachverhalte, die ich vor der Befragung kannte. Ich habe im Nachhinein Hinweise bekommen - kein Wissen, sondern erst Presse [REDACTED], und daraus habe ich für mich gewisse Sachen geschlossen.

Hellmut Königshaus (FDP): Es ging also nur um Ihr persönliches Wissen?

Zeuge Dr. J. K.: Genau.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay. Danke.

Zeuge Dr. J. K.: Dass Zammar in Syrien inhaftiert ist, habe ich irgendwann - ich weiß es nicht - Ende 2001/Anfang 2002 erfahren - ich kann es Ihnen nicht mehr genau sagen; das müsste sich aus den Akten vielleicht auch ergeben -, spätestens jedoch logischerweise mit [REDACTED]

Hellmut Königshaus (FDP): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Paech, haben Sie Fragen?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja. - Herr Dr. K [REDACTED], nach Rückkehr war die Zeit gekommen, zu bewerten, was Sie dort erreicht haben. Wie ist das Ergebnis insgesamt bewertet worden?

Zeuge Dr. J. K.: Wir haben, was die Person Zammar betrifft, eine ganze Reihe von

Erkenntnissen gewonnen [REDACTED], die uns vorher nicht bekannt waren, zu Kontakten ins islamistische Milieu, die uns zum Teil nicht bekannt waren, zu hochwertigen Kontakten. Er hat sich geäußert zu Reisen in den Sudan, zu Al-Qaida-Kontakten dort, wo er bei dem damaligen Al-Qaida-[REDACTED] war. Er hat Hinweise gegeben auf eben [REDACTED], die er da identifiziert hat, die mit hoher Wahrscheinlichkeit [REDACTED] waren. Er hat Hinweise gegeben zu Personen aus dem Umfeld des 11.09. Er hat Ermittlungsansätze geliefert zu einzelnen Personen. Aufgrund dieser Hinweise konnten dann Herr W [REDACTED] und andere Mitarbeiter von mir weitere Ansätze verfolgen. Also, in der Summe, würde ich sagen: ein durchaus erheblicher Erkenntniszugewinn für uns.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Es hat ja nur getrennte Berichte der einzelnen Dienste gegeben. Hat es einen Ansatz gegeben, sie gemeinsam zu fassen, einen gemeinsamen Bericht zu erstellen?

Zeuge Dr. J. K.: Nein, meines Wissens nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ist gar nicht der Ansatz gemacht worden, oder ist das gescheitert an gewissen unterschiedlichen Einschätzungen, dass jeder sagte: Nein, das sehe ich anders?

Zeuge Dr. J. K.: Nein. Ich denke, es gab keinen Bedarf. Die drei Behörden haben unterschiedliche gesetzliche Aufträge und unterschiedliche Interessenlagen. Für einen BKA-Mitarbeiter ist naturgemäß von wesentlich größerem Interesse: Was kann von diesen Aussagen Element im Ermittlungsverfahren gegen Zammar sein? - Für uns waren von großem Interesse Strukturwissen über Netzwerke in Deutschland und Ermittlungsansätze. Und für die BND-Kollegen wird naturgemäß von größerem Interesse gewesen sein, was Zammar von seinen Reisen ins Kosovo, auf den Balkan und nach Afghanistan berichtet hat. Das heißt, es war also keine Divergenz oder auch kein Abstimmungsproblem, sondern es war schlicht und einfach auch gar kein Bedarf und keine Notwendigkeit.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Jetzt komme ich wieder in die Situation, Ihnen etwas vorhalten zu müssen. Das ist hier ein Vorhalt; also bitte ich, das machen zu können, weil das offensichtlich dem widerspricht, was wir in dem Bericht hier haben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da Herr Kollege Dr. Paech einen Vorhalt aus Geheim eingestuftem Urkunden machen möchte, wird für diesen Vorhalt und die darauf folgende Antwort des Zeugen die Sitzung als Geheim eingestuft. Wer stimmt dem zu?

(Hellmut Königshaus (FDP): Wenn die Koalition das nicht einmal will, müssen wir es ja auch nicht!)

- Wir brauchen es nicht zu kommentieren. Wir müssen nur abstimmen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Bei zwei Stimmen und drei Enthaltungen so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 15.15 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 15.16 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege
Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Da
steht Folgendes:

[REDACTED]

Dann heißt es:

[REDACTED]

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ent-
schuldigung, Kollege Paech, woraus war der
Vorhalt? Das brauchen wir für das Protokoll.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aus
MAT A 61, Anlage 1, Blatt 10. - Das deutet
doch auf erhebliche Divergenzen in der Ein-
schätzung und auch in der Fruchtbarkeit der
Zusammenarbeit hin.

Zeuge Dr. J. K.: Der Hintergrund, wie ich
jetzt vermute, dürfte gewesen sein das
[REDACTED]. Die
[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Kön-
ten Sie sagen, weswegen?

Zeuge Dr. J. K.: Weil das - das sagte ich
vorhin schon - [REDACTED]
[REDACTED], die wir nicht einfach so ohne
rechtliche Grundlage [REDACTED]
können.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Hier
geht es nicht um die Übergabe [REDACTED]
sondern [REDACTED]
[REDACTED] --

Zeuge Dr. J. K.: Ja, aber der Kontext ist
die Übergabe, [REDACTED].
So habe ich den Konflikt in Erinnerung. Wir
haben - das geht auch daraus hervor - die
Ergebnisse ausgetauscht; aber wir haben
keinen gemeinsamen Bericht erstellt. Das
war ja vorhin das Thema.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut,
das will ich nicht weiter ausdehnen. - Dann
habe ich noch eine Frage: Die Sache ist
dann dem GBA übermittelt worden?

Zeuge Dr. J. K.: Ich denke mal, das ist
wahrscheinlich eine Frage für den BKA-Kol-
legen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie ha-
ben selber bezeugt, dass Sie überdacht ha-
ben, dass man ihm das geben sollte, weil er
erhebliches Interesse daran haben könnte.

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann nicht sagen, ob
das gemacht wurde. Das wäre nicht meine
Entscheidung gewesen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wissen
Sie, ob der GBA selber Interesse an den
Ermittlungen und den Ergebnissen Ihnen
oder Stellen gegenüber gehabt hat und ge-
äußert hat?

Zeuge Dr. J. K.: Also, es gab Ermittlungsverfahren gegen Zammar. Es gab die Ermittlungsverfahren gegen die Personen aus dem Hamburger Umfeld im Zusammenhang mit dem 11.09. Also, ich denke mal, jeder ermittelnde Staatsanwalt hat grundsätzlich Interesse an solchen Informationen, so verwertbar oder unverwertbar sie auch seien. Ich weiß es nicht; aber ich unterstelle es einfach mal.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Und Sie haben dann auch veranlasst, dass das weitergeleitet wurde?

Zeuge Dr. J. K.: Es wäre jedenfalls sehr sensibel gewesen. Ich vermute mal -- Also, ich weiß es nicht. Ich habe keine Erinnerung. Wenn, dann hätte es ja wahrscheinlich der BKA-Kollege gemacht. Das läge ja nahe. Er ist ja die dem GBA zugeordnete Ermittlungsbehörde und war ja bei der Befragung dabei. Ob wir tatsächlich auch zusätzlich zum BKA was an den GBA dann in der Folge übermittelt haben, weiß ich jetzt nicht mehr. Das müsste sich aber aus den Akten ergeben.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Darf ich einen letzten Vorhalt machen? Das muss ich wohl auch. Das ist aus MAT A 69/1, auch Blatt 10. - Die Sitzung ist ja noch gar nicht heruntergestuft.

Da heißt es:

 --

Das ist eine handschriftliche Notiz.



Es gibt also doch die Intention und auch die Anforderung, zu einem gemeinsamen strukturierten Bericht zu kommen. Haben Sie das nicht erhalten?

Zeuge Dr. J. K.: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, von wem die Anmerkung ist oder in welcher Phase eines Diskussionsprozesses die Überlegung stattgefunden hat.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Also, das ist handschriftlich. Das ist der Unterabteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Vorbeck, gewesen.

Zeuge Dr. J. K.: Kann ich nicht ausschließen. Ja, wenn das von ihm ist, dann hat er vielleicht diese Überlegung gehabt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber für Sie ist das nicht irgendwie entscheidend geworden?

Zeuge Dr. J. K.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die weitere Vernehmung des Zeugen wird VS-V durchgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 15.21 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 15.22 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. J. K.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis
90/Die Grünen. Haben Sie Fragen?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Gibt es sonst noch Fragen? - Das ist nicht
der Fall. Herr Dr. K., dann können wir
Ihre Vernehmung abschließen.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Ich habe noch zwei Fra-
gen! - Dr. Max Stadler (FDP): Berli-
ner Stunde! - Heiterkeit)

- Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): „Berliner Stunde“ bedeutet ja, dass
Herr Königshaus die Einleitung zu seiner
Frage formulieren kann.

(Dr. Max Stadler (FDP): Das war ein
Spaß!)

Ich habe zwei Fragen, weil Sie heute ja
auch sozusagen gutachterlich hier vom Aus-
schuss zu dem Punkt Passgesetz befragt
wurden, den wir an anderer Stelle bereits
erörtert haben. Das Passgesetz ermöglicht in
der Tat - da hat Herr Stadler recht - die Mög-
lichkeit, einen Pass zu entziehen oder die
Erteilung eines Passes zu versagen, wenn
der Passbewerber die innere oder äußere
Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange
der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.
Das ist nach allgemeiner Anschauung eine
Frage, die sich auf konkrete Anhaltspunkte
bezieht.

Wir sind nun übereinstimmend, denke ich,
der Auffassung, dass Herr Zammar in der Tat
in abstrakter Weise ein Gefährder war, ge-
gen den ermittelt wurde, über den nachricht-
endienstliche Erkenntnisse eingezogen wur-
den. Aber gab es nach Ihrer Auffassung die
tatsächliche Möglichkeit zu einer Ausreise-
untersagung und zu einer Verweigerung des
Passes vor dem Hintergrund, dass der deut-
sche Staatsbürger Mohammed Haydar Zam-
mar, gegen den es keinen Haftbefehl oder
Ähnliches gab, ausreisen wollte, [REDACTED]

Zeuge Dr. J. K.: Ich nehme an, er hätte
gegenüber der Maßnahme Rechtsmittel ein-
gelegt. Er hätte das ausgeschöpft, und ich
vermute mal stark, es wäre erfolgreich gewe-
sen; denn, wie gesagt, die Bemühungen der
Bundesanwaltschaft, im Ermittlungsverfahren
etwas gegen ihn zu erreichen, waren ja nicht
besonders erfolgreich bis zu diesem Zeit-
punkt.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): So wurde uns das auch schon von
anderen sachkundigen Zeugen übermittelt.
Was halten Sie jetzt [REDACTED]
[REDACTED]
von der Idee der FDP, eine Art Präventivfest-
setzung von Terrorverdächtigen vorzusehen?

(Dr. Michael Bürsch (SPD): Das ist
ja schlimmer als Schily!)

Vielleicht können wir ja dadurch eine Anre-
gung für unsere weitere Gesetzgebung be-
kommen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Bei welcher Zif-
fer des Untersuchungsauftrages
sind Sie gerade? - Heiterkeit)

- Ganz einfach, Herr Wieland, bei den Fol-
gen. Wir müssen ja als Gesetzgeber viel-
leicht Schlussfolgerungen ziehen für Initiati-
ven des Deutschen Bundestages.

Zeuge Dr. J. K.: Also, auch wenn von
Nachrichtendiensten immer vermutet wird,
dass sie gern vorneweg sind mit solchen
Maßnahmen, glaube ich, dass wir wenig
glücklich wären mit solchen - -

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Sie sind also liberaler als die FDP,
was diesen Punkt angeht.

Zeuge Dr. J. K.: Sagen wir mal so: Wir
fahren mit den bestehenden rechtlichen
Rahmenbedingungen nicht so schlecht.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Danke.

(Dr. Max Stadler (FDP): Also keine
Online-Durchsuchung!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Aber
jetzt können wir die Vernehmung des Zeugen
abschließen.

(Hellmut Königshaus (FDP): Jetzt sind wir in der Berliner Stunde! Können wir vielleicht die Frage noch mal ergänzen?)

- Also haben Sie noch eine Frage?

(Hellmut Königshaus (FDP): Ja, klar!)

- Klar war es für mich nicht, weil sich keiner gemeldet hat. - Bitte schön.

Hellmut Königshaus (FDP): Was halten Sie von der Idee der FDP, vor diesem Hintergrund die geltenden Gesetze anzuwenden, bevor man die Gesetze verschärft?

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das scheint eine rhetorische Frage gewesen zu sein, sodass wir die Vernehmung des Zeugen abschließen können.

Herr Dr. K■■■■, ich danke Ihnen, dass Sie uns zur Verfügung standen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Das Protokoll kommt als Entwurf in wenigen Tagen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 15.25 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 15.56 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen H. G.**

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr G., wir haben zwei Beschlüsse gefasst. Einmal: Ihre Vernehmung wird nichtöffentlich durchgeführt. Zum anderen: Ihre Vernehmung wird VS-Vertraulich eingestuft. Wenn Fragen kommen, die Ihres Erachtens höher einzustufen sind, lassen Sie es uns bitte wissen.

Die FDP hat das Fragerecht mit noch verbleibenden sechs Minuten.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr G., wir waren so weit, dass Sie erzählt haben, wie Sie überhaupt dazu gekommen sind, bei der Befragung in Damaskus dabei zu sein. Haben Sie sich denn im Zuge der Vorbereitung in den Fall Zammar insgesamt eingearbeitet, oder ist Ihnen von irgendjemandem ein Fragenkatalog übermittelt worden, auf den Sie sich dann gestützt haben?

Zeuge H. G.: Also, in den Gesamtkomplex Zammar habe ich mich nicht eingearbeitet, weil er halt auch sehr umfangreich ist und, wie gesagt, das Ermittlungsverfahren selber nicht tangiert war. Ich habe aber sehr wohl mit dem Kollegen Schmanke, der ja die Ermittlungen zu dem Fall geführt¹ hat, Informationen beigezogen, die andere Themenkomplexe betrafen, das heißt Kennverhältnisse aus dem islamistischen Umfeld, die der Zammar hatte.

Dr. Max Stadler (FDP): Ist Ihnen bei dieser Information, die Sie von Herrn Schmanke eingeholt haben, auch klar geworden, wie denn Herr Zammar überhaupt nach Syrien geraten war? Das ist ja vielleicht auch durchaus wissenswert, wenn man dorthin fährt, auch wegen der Vernehmungssituation und all dem, was man da beachten muss.

Zeuge H. G.: Nein, das hat sich aus den Papieren, die ich da eingesehen habe, eigentlich nicht ergeben.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie wussten nicht, wie Herr Zammar nach Syrien - - dass es ein Auslieferungsgesuch von Syrien an gegeben hat?

Zeuge H. G.: Also, ich habe im Nachgang, jetzt bei der Vorbereitung auf den Ausschuss, sehr wohl die Papiere gelesen, die es dazu gab, auch die Chronologie, und dann gesehen, dass es da von irgendwann auch eine Auslieferung an Syrien gegeben hat. Aber zum damaligen Zeitpunkt, als ich mich auf die Befragung vorbereitet habe, habe ich diese Papiere nicht eingesehen.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber es war Ihnen schon geläufig, dass er in Oder auch dieses nicht oder erst im Nachhinein?

Zeuge H. G.: Das ergab sich. Dass er in worden sein soll, stand, glaube ich, relativ sicher fest aus meiner Erinnerung heraus. Aber dass er in Syrien inhaftiert ist, das war halt noch nicht bestätigt, also lange Zeit nicht bestätigt.

Dr. Max Stadler (FDP): Das habe ich nicht ganz verstanden. Die Reise nach Damaskus war ja im

Zeuge H. G.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Wie lange Zeit vorher sind Sie denn damit betraut worden, diese Befragung dort durchzuführen?

Zeuge H. G.: Das war relativ kurzfristig. Wenn ich mich richtig erinnere, muss es in der gewesen sein, wo ich ausgewählt worden bin, um diese Befragung durchzuführen von unserer Seite oder an der Befragung teilzunehmen.

Dr. Max Stadler (FDP): So kurzfristig war das?

Zeuge H. G.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Waren Sie auch an der Entscheidung beteiligt, ob man überhaupt diese Befragung durchführt?

Zeuge H. G.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie hatten nur den Auftrag bekommen, dahin zu fahren und welche Fragen zu klären?

¹ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Zeuge H. G.: Zunächst war es eigentlich geplant, dass eine direkte Befragung von unserer Seite nicht stattfinden sollte. Dann hat man sich aber darauf geeinigt, weil man gesagt hat, die Erkenntnisse gerade zu den Strukturen in Deutschland liegen einerseits beim BfV und andererseits beim BKA vor, sodass es sinnvoller und der Sache dienlicher ist, wenn das BfV und das BKA zusammen die Befragung machen zu diesen Thematiken, die die islamistischen Strukturen hier betreffen, und die Kollegen vom BND sollten dann halt zu diesen Reisewegen - Afghanistan und sonstige Reisewege - die Fragen stellen.

Dr. Max Stadler (FDP): Nun waren Sie ja nicht beteiligt am Ermittlungsverfahren gegen Zammar. Was war denn dann innerhalb des BKA verabredet, wie Ihre Erkenntnisse verwertet werden? Sollten die keinesfalls in das Ermittlungsverfahren einfließen? Wenn ja, wo sollten die dann verbleiben? Oder war es auch denkbar, dass man diese für das Ermittlungsverfahren verwerten wollte?

Zeuge H. G.: Also, die waren nicht für das Ermittlungsverfahren vorgesehen. Das war auch ausdrücklich vorher gesagt worden. Die sind auch entsprechend Geheim eingestuft worden. Es war vorgesehen, Gefährdungsaspekte durch die Befragung zu erlangen, also mögliche Gefährdungssachverhalte, die sich insbesondere durch die vorhandenen Strukturen in Deutschland ergeben könnten, aber auch durch seine vielen internationalen Kontakte, wovon wir ja zum Teil schon wussten, ob möglicherweise Gefährdungsaspekte auch für das benachbarte Ausland, das heißt für Europa oder so, existieren.

Dr. Max Stadler (FDP): Welche Instruktionen haben Sie denn für den Fall bekommen, dass Zammar beispielsweise dort, ich sage mal, ein Geständnis ablegt, dass er am 11.09. beteiligt war?

Zeuge H. G.: Also, dazu haben wir keine Instruktionen bekommen. Wir haben die Tatvorwürfe gegen ihn selber auch gar nicht thematisiert, gerade um auch jetzt keine zusätzliche Gefahrensituation für ihn irgendwie heraufzubeschwören. Das heißt, sein Verfahren selber war² nicht Gegenstand der Befragung, sondern das Umfeld, über das er be-

richten sollte. Er sollte abgeschöpft werden zu Sachverhalten der islamistischen Szene; aber zu seinen Tatvorwürfen ist er nicht befragt worden.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, das habe ich schon verstanden. Aber jetzt hängt ja alles irgendwie miteinander zusammen. Beihilfehandlungen sind vielleicht schnell einmal auch hier Gegenstand, selbst wenn man nicht gezielt danach fragt. Sind vorweg Vorkehrungen getroffen worden, was in einem solchen Fall zu tun ist? Also, hatten Sie die Anweisung, etwaige gar nicht beabsichtigte, wie Sie sagen, Erkenntnisse, die für das Ermittlungsverfahren von Bedeutung gewesen wären, herauszufiltern und gesondert mitzuteilen, oder hatten Sie die Anweisung, dieses strikt zu trennen?

Zeuge H. G.: Also, wie gesagt, es gab dazu keine konkreten Aufträge oder Anweisungen, die jetzt derartige Sachverhalte betroffen hätten. Mir war aber bekannt, dass zu dem Zeitpunkt quasi ja schon durch die deutsch-syrische Arbeitsgruppe ein Rechtshilfeersuchen in Planung war. Von daher spielte diese Komponente bei unserer Befragung auch keine Rolle. Das heißt, es war schon ein offizielles Rechtshilfeersuchen, an dem der Herr Schmanke gearbeitet hat, das an den GBA weitergeleitet werden sollte und dann über das Justizministerium auch an die syrischen Dienststellen. Also, von daher stellte sich diese Frage, wie gesagt, bei uns nicht.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die SPD mit 19 Minuten. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr G., warum wurden ausgerechnet Sie ausgewählt für diese Befragungsgruppe?

Zeuge H. G.: Weil, wie gesagt, gerade kein Ermittlungsbeamter oder der zuständige Ermittlungsbeamte fahren sollte. In dem Ermittlungsverfahren Zammar sollte ja diese Befragung nicht stattfinden. Es war keine Vernehmung; es war eine Befragung, in der Gefährdungsaspekte erhoben werden sollten. Wir wussten, er hat umfangreiche Kenntnisse, und wir wussten auch, wenn er gesprächsbereit ist, dass er viel dazu beitragen kann, diese Gefährdungsaspekte abzuklopfen, also uns bei der Aufhellung von is-

² Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

lamistischen Strukturen in Deutschland und in Europa behilflich zu sein.

Mich hat man ausgesucht - das hatte ich ja eben schon kurz angeführt -, weil ich [REDACTED] in diesem Bereich [REDACTED] schon tätig war und weil ich, wie gesagt, nicht mit dem Fall der Hamburger Gruppe, mit dem Fall oder den Ermittlungen gegen Zammar beauftragt war, gerade um dort auch eine Trennung zu haben.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich habe es jetzt besser verstanden. Vielen Dank. - Wurde dabei die Fragestellung erörtert - durch Sie, durch Ihre Vorgesetzten im Austausch mit Ihnen -, ob sich das Bundeskriminalamt überhaupt an einer Befragung im Ausland beteiligen soll?

Zeuge H. G.: Also, da kann ich auch nur darauf verweisen, dass ich mich ja in Vorbereitung auf den Ausschuss mit den Papieren befasst habe und da gesehen habe, dass eigentlich einhellig beschlossen wurde, dass alle drei Sicherheitsbehörden fahren sollen, um zu ihrem Zwecke oder in ihrem Aufgabenbereich zuständige Sachverhalte aufzuhellen. Das heißt, das BfV und der BND haben ja eine ganz andere Aufgabenwahrnehmung als das BKA - wir primär Verhütung von möglichen zukünftigen Straftaten -, und da ist die Amtsleitung wohl, soweit ich weiß, auch mit Vertretern der Regierung einhellig der Meinung gewesen, dass alle drei Behörden fahren sollen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Die eine heikle Fragestellung ist die der Kernaufgaben des Bundeskriminalamtes. Die haben Sie beantwortet. Die andere Fragestellung ist die des Trennungsgebots zwischen Nachrichtendiensten und Polizei. Sehen Sie das im Nachhinein als gewahrt an bei der damaligen Befragung?

Zeuge H. G.: Also, das Trennungsgebot war aus meiner Sicht nicht verletzt. Aus meiner Sicht schreibt das Trennungsgebot vor, dass eine organisatorische Trennung sein soll zwischen den Geheimdiensten und der Polizei. Die ist in Deutschland ja gewahrt. Ganz wichtig war aber gerade nach dem 11.09. in Bezug auf Islamismus, dass die Sicherheitsbehörden - sprich: Nachrichtendienste und Polizei - viel enger zusammenarbeiten müssen, weil es vorher Informati-

onsdefizite gab. Die gab es ja nicht nur in Amerika, die gab es auch bei uns.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Kannten Sie die mitreisenden Kollegen schon zuvor, oder haben Sie die erst im Zuge dieser Befragung kennengelernt?

Zeuge H. G.: Zum Teil kannte ich die schon vorher.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wodurch?

Zeuge H. G.: Teilweise durch Informationsaustausch. Zum Beispiel waren die Kollegen [REDACTED]³

, und da hat man den einen oder anderen schon mal gesehen, obwohl ich nicht ständiger Teilnehmer bei den [REDACTED] war. Den Dr. C. habe ich erst kennengelernt auf der Reise nach Damaskus, und der Herr M. vom BND war meines Erachtens auch [REDACTED] als Vertreter des BND.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie haben Sie sich denn konkret auf die Reise vorbereitet?

Zeuge H. G.: Ich habe die Informationen, die uns einmal aus dem Auswertebereich zu interessanten Komplexen aus Deutschland vorlagen und auch aus dem europäischen Bereich zu diesen Netzwerken, noch mal zusammengefasst, und dann habe ich ergänzende Informationen erhoben von dem Herrn Schmanke, die, wie gesagt, seine Kontakteute, also die Kontakteute des Herrn Zammar, betrafen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Zammar war schon zu diesem Zeitpunkt für Sie kein unbeschriebenes Blatt, nehme ich an?

Zeuge H. G.: Das ist richtig, ja. Wie gesagt, nach dem 11.09. kamen recht viele Erkenntnisse hoch, zu welchen Personen er Kontakte hatte³, und dieser Personenkreis war mir aus anderen Verfahren, aus anderen Komplexen bekannt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Jetzt war das dennoch eine heikle

³ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Angelegenheit; denn ganz egal, wie gefährlich Herr Zammar nun einmal war oder ist, er ist auch deutscher Staatsbürger. Hat diese Abwägung, dass ein deutscher Staatsbürger in syrischer Haft, die auf dubiosem Wege zustande kam, saß, eine Rolle gespielt, und, wenn ja, welche?

Zeuge H. G.: Natürlich ist bei den Vorgesprächen auch angerissen worden, dass er dort sitzt, wie seine Situation dort ist. Aber man muss berücksichtigen, dass er natürlich auch die syrische Staatsbürgerschaft hat - man hat ihn ja nicht aus der syrischen Staatsbürgerschaft entlassen -,

[REDACTED]

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Eine Verbesserung der Haftbedingungen von Herrn Zammar?

Zeuge H. G.: Unter anderem, ja, also allgemein eine Verbesserung für ihn.

[REDACTED]

Und, wie gesagt, die Verbringung von [REDACTED] nach Syrien - so könnte man jetzt sagen, wenn man sagen würde, er ist nur ein deutscher Staatsbürger - wäre aus dieser Sicht möglicherweise⁴ rechtswidrig. Die [REDACTED], denke ich mir, würden sich auf den Standpunkt stellen: Es ist für uns auch - - oder es ist ein syrischer Staatsbürger gewesen. Wir haben den dorthin ausgeliefert. Die syrischen Behörden hatten gegen ihn einen Haftbefehl oder ein Ermittlungsverfahren, und für uns ist es rechtmäßig.

Also, wie gesagt, es war nicht eine einfache Situation. Wir haben aber vorher darüber gesprochen, und wir sind eigentlich auch zu der Ansicht gekommen, dass dieser erste Fuß in der Tür, wie man so schön sagt, dass mit Syrien also auch konkret vor Ort diese Befragung stattfindet - das war ja eigentlich als Einstieg gedacht -, für ihn auch langfristig positive Konsequenzen haben wird.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Konnten Sie feststellen, dass es posi-

tive Konsequenzen für ihn hatte, und wie haben Sie selbst darauf hingewirkt, dass sich seine Situation verbessert?

Zeuge H. G.: Es ist, wie gesagt, allgemein angesprochen worden, dass man auf eine Verbesserung seiner Situation hinwirken wird. Da konnte natürlich jetzt der Dr. C. ihm auch nicht zu viel versprechen - als⁴ die Frage von Herrn Zammar gestellt worden war -, weil er natürlich auch darauf hingewiesen hat: Sie sitzen hier in syrischer Haft. Wir können unser Möglichstes tun. Wir können auch versuchen, langfristig konsularische Betreuung oder Ähnliches - - Er hat es also angedeutet, aber nicht so konkret angesprochen,

[REDACTED]

[REDACTED], aber allgemein angedeutet und, soweit ich weiß, dann auch später bei der konsularischen Betreuung, bei der Verstärkung der konsularischen Bemühungen, das mit umgesetzt wurde⁴.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Aber Sie erinnern, dass Dr. C., der so etwas Ähnliches wie der inoffizielle Delegationsführer war, das gegenüber der syrischen Seite angesprochen hat?

Zeuge H. G.: Ja, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Ich glaube, es war der Dr. C., weil er, wie gesagt, auch die Gesprächspartner zum Teil kannte oder zumindest auch früher, [REDACTED] war, mit ihnen in Kontakt stand und ein persönlicheres Verhältnis bestand. Wir waren ja ganz fremd. Von daher - er hat auch die Sprache gesprochen - hat er quasi die Delegationsleitung innegehabt und auch diese Sache angesprochen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Die Befragung war ja noch aus einem weiteren Grund heikel: Syrien ist alles andere als eine Demokratie. Es wird zu Recht als Folterstaat bezeichnet. Kann man dann als deutscher Polizeibeamter überhaupt an einer solchen Befragung teilnehmen?

Zeuge H. G.: Ich denke, schon. Es ist so: Es werden viele Länder als Folterstaat bezeichnet, und es trifft sicherlich auf viele Länder auch zu. Möglicherweise wird oder wurde in Syrien auch gefoltert. Wir selber haben uns ein Bild vor Ort gemacht von dem

⁴ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Herrn Zammar. Wir haben, als wir ihn kennengelernt haben, am ersten Tag keinerlei Anzeichen festgestellt, die darauf hingedeutet haben, also weder dass er physisch oder psychisch irgendwie beeinträchtigt war. Es war für die Aufgabenerledigung - das hatte ich ja schon angesprochen -, für die Abklärung der Gefährdungssachverhalte, wichtig und aus meiner Sicht auch rechtlich zulässig.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Hatten Sie konkrete oder allgemeine Verhaltensregeln sozusagen im Rucksack, was zu tun wäre, falls doch Folterspuren erkennbar würden?

Zeuge H. G.: Ja. Also, sobald wir Folterspuren erkannt hätten - am ersten Tag oder vielleicht auch später an den folgenden Tagen -, hätten wir sofort einen Abbruch der Befragung veranlasst. Das war also vorher schon thematisiert worden, dass wir gesagt haben: Sobald irgendwelche Anzeichen dafür da sind, wird das abgebrochen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Die [REDACTED] sagten - aus unseren Akten ersichtlich - an einer bestimmten Stelle, [REDACTED]. Das kann alles Mögliche heißen. Hat Sie diese Formulierung missverständlich gemacht?

Zeuge H. G.: Ja, natürlich; ja, sicher. Als [REDACTED], habe ich natürlich gedacht: Oje, was meint der jetzt damit? - Er hat es aber dann im Weiteren erklärt. Er hat gesagt, dass er den Herrn Zammar angesprochen und gesagt hätte: [REDACTED] - Da hat er es wohl erst einmal - [REDACTED] - rigoros abgelehnt, hat gesagt: Im Ermittlungsverfahren hat man mich schon mal befragt, da habe ich nichts gesagt, und ich werde denen auch jetzt nichts sagen, den ungläubigen Deutschen. - [REDACTED]

[REDACTED]
Und da, wie gesagt, diese [REDACTED] waren und wir ihn dann ja am nächsten Tag quasi auch in Augenschein nehmen konnten und gesehen haben, er war äußerlich und auch vom psychischen Zustand her recht gefestigt, haben wir gesagt: Also gut, es dürfte zumindest jetzt, in diesem Zeitraum, keine Folterung gegeben haben; also können wir die Befragung durchführen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sprechen oder verstehen Sie Arabisch?

Zeuge H. G.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Woher wissen Sie dann, was der Fallführer gesagt hat und wer der Fallführer war? Wurde das übersetzt?

Zeuge H. G.: Nein. Aber wir haben ja am Tag unserer Anreise abends noch ein Vorgespräch gehabt, und dort war dieser [REDACTED] dabei, [REDACTED].

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Erinnern Sie sich an den Namen dieses [REDACTED]?

Zeuge H. G.: Soweit mir bekannt ist, sollten Namen der syrischen Mitarbeiter nicht genannt werden. Von daher bitte ich darum -

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie sagen, dass das von Ihrer Aussagegenehmigung nicht gedeckt ist?

Zeuge H. G.: - ja -, dass ich den Namen auch nicht - -

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie haben einen Bericht verfasst. Wie haben Sie den verfasst? Während der Befragung? Danach, im Sinne eines Erinnerungsprotokolls? Haben Sie sofort mitgeschrieben? Wie hat man sich das vorzustellen?

Zeuge H. G.: Wir haben - vielleicht auch zum besseren Verständnis - das so gemacht, dass wir uns im Wesentlichen abgewechselt haben. Das heißt, der Kollege W. vom BfV

5 Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

und ich haben uns abgewechselt und dann teilweise, wenn wir selber die Fragen gestellt haben, nur kurz die Antworten mitnotiert, und der andere hat dann etwas ausführlicher mitnotiert. Das war eigentlich dann auch später der Umstand, warum wir darauf gedrungen haben, dass die Befragungsergebnisse abgeglichen werden, das heißt, die Berichte ausgetauscht werden. Bei manchen Fragen, die ich selber gestellt habe, konzentriert man sich natürlich auf den Gesprächspartner, und dann kann man nur kurz quasi einen Haken machen: Die Frage habe ich gestellt; dazu hat er etwas gesagt oder nichts gesagt. Man kann vielleicht noch mal nachfragen. - Aber die ausführliche Antwort haben dann halt die Kollegen notiert.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Es gibt ja drei Berichte. So wie Sie das darstellen, kann man nicht sagen, dass es wirklich immer nur jeweils einen Autor für einen Bericht gab.

Zeuge H. G.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie lebten auch von dem, was die Kollegen mitnotiert haben, machten sich das aber zu eigen für Ihren Bericht.

Zeuge H. G.: Ich habe später abgeglichen, ob ich alles, was aus meiner Sicht relevant war, in meinem⁶ Bericht so drin habe.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wieso ist Ihr Bericht beim Generalbundesanwalt gelandet?

Zeuge H. G.: Das ist eine gute Frage, die ich nicht beantworten kann. Ich weiß nur - auch aus Aktenstudium als Vorbereitung auf den Ausschuss -, dass man später dem GBA einen Bericht als Hintergrundwissen zur Kenntnis gegeben hat, aber auch entsprechend eingestuft: VS-Geheim.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Als Hintergrundwissen.

Zeuge H. G.: Als Hintergrundwissen, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Nicht für Ermittlungen gegen Zamar.

Zeuge H. G.: Nein, nicht für Ermittlungen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Letzte Frage: An einer bestimmten Stelle findet sich eine handschriftliche Notiz, dass das BfV wohl Bauchschmerzen bekommen habe wegen der Vorlage der Fotos. Sie erinnern sich vielleicht. Wie ist das zu verstehen?

Zeuge H. G.: Das war für mich damals nicht zu verstehen, warum der Abteilungsleiter des BfV da irgendwie Bauchschmerzen geltend gemacht hat. Das Problem war: Der Kollege vom BfV hat Lichtbilder vorgelegt, die wir nicht kannten oder die ich nicht kannte, und ich wusste zum Teil auch nicht genau, welche Person darauf abgebildet war. Es war eigentlich zwingend geboten, um die Personen auch wirklich zuordnen zu können, dass man das Lichtbild oder zumindest die Personalien, die auf dem Lichtbild notiert waren - teilweise auch nicht -, nachträglich einfügen kann. Wie gesagt, es sind eine Reihe von Lichtbildern vorgelegt worden; dazu hat er auch teilweise Angaben gemacht, und es war dann schwierig, zu sagen, um wen es sich jetzt handelt. Deswegen haben wir darum gebeten, dass wir die Lichtbilder noch mal zur Verfügung gestellt bekommen. Warum damals diese Bauchschmerzen geltend gemacht worden sind, weiß ich nicht. Ob da irgendwelche rechtlichen Bedenken vorlagen, das entzieht sich auch meiner Kenntnis.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Also, die Bauchschmerzen bezogen sich weniger auf die Syrer als auf das BKA?

Zeuge H. G.: Ja, ja. Es ging darum, die Lichtbilder uns zukommen zu lassen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das war es. - Herr G., jetzt doch noch eine Frage zu der gesamten Geschichte. Über die Ausreise des Herrn Zamar, über dessen Verschwinden in Marokko haben Sie erst Kenntnis erlangt, als Sie als Befrager ausgesucht wurden? Ist das richtig?

Zeuge H. G.: Ja, bzw. natürlich ist das dann teilweise auch irgendwo thematisiert worden; es gab in der Presse auch verschiedene Berichte, Vermutungen, Spekulationen. Die liest man natürlich auch mit; das ist ganz

⁶ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

klar. Also, wenn man in dem Bereich arbeitet und es heißt: „Es gibt einen neuen Pressebereich; er soll jetzt möglicherweise in den USA sein, möglicherweise in Syrien“, dann nimmt man das zur Kenntnis. Aber ich hatte, wie gesagt, nichts mit dem Vorgang selbst zu tun.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Können Sie sich vorstellen, dass deutsche Stellen beteiligt waren am Verschwinden des Herrn Zammars?

Zeuge H. G.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie haben selbst gesagt, dass Sie im Rahmen Ihres Besuches in Syrien auch darauf hinwirken wollten, eine Verbesserung der Haftbedingungen für Zammars zu erreichen. Das kann man ja in vielen Stufen erreichen, vielleicht sogar bis hin zur Aufhebung der Haft bzw. zur Verlagerung nach Deutschland. Aber das Erste ist: Sie wussten von den Bemühungen der Botschaft, in konsularischen Kontakt mit Zammars zu kommen, der nicht gelungen ist. Warum gab es keine Verbindung Ihres Besuches mit einem erneuten Versuch, die konsularische Betreuung zu etablieren?

Zeuge H. G.: Dazu kann ich jetzt eigentlich nicht allzu viel sagen. Wie gesagt, auch durch Aktenstudium weiß ich, dass man später sehr wohl mit Nachdruck versucht hat, über die Botschaft Kontakt aufzunehmen. Es ist halt nicht einfach, nach meiner Einschätzung war es nicht einfach, [REDACTED]. Ich kann nur wiederholen, was ich vorhin gesagt habe: Es war aus meiner Sicht wichtig, den ersten persönlichen Kontakt aufzubauen und dadurch peu à peu eine Verbesserung zu erzielen. Aber in die weiteren Schritte, also auch hinsichtlich der konsularischen Betreuung, bin ich natürlich auch nicht involviert gewesen. Ich weiß aber, dass wir damals die Botschaft auch nicht direkt im Boot hatten bei dieser Befragung, [REDACTED].

[REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Aber es war doch klar: Die Botschaft musste ja wissen, dass Sie da waren, auch mit welchem Zweck Sie da waren. Sie hat Ihnen ja auch ihr Gebäude zur Verfügung gestellt.

Zeuge H. G.: Ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Doppelte Frage: Was haben Sie denn gegenüber den Syrern unternommen, um die Haftbedingungen zu verbessern, und was haben Sie gegenüber der deutschen Botschaft unternommen, um eventuell ihre Aktivitäten zu stimulieren, Zammars beizuspringen?

Zeuge H. G.: Ja, um erst mal auf die Botschaft zu kommen: Soweit mir bekannt ist, ist da ein Kontakt gewesen, auch mit der Botschaft, und es gab Bemühungen der Botschaft. Aber mit konkreten Erkenntnissen, welche Bemühungen genau gelaufen sind, war ich nicht befasst. Dazu kann ich dann leider auch nichts⁷ sagen.

Dass allgemein bei unserem Besuch angesprochen worden war, eine Verbesserung zu erzielen, das war - das hatte ich ja eben schon angemerkt - auch in unserem Sinne, also quasi darauf hinzuwirken, dass durch die Befragung, durch die Kontaktaufnahme eine Verbesserung für Herrn Zammars erzielt wird. Dass jetzt nicht konkret irgendwelche Forderungen gestellt werden in diesem Stadium, in dem wir damals waren, ist klar. Wie gesagt, es sind später weitere Schritte unternommen worden; aber da war ich dann nicht mehr eingebunden. Deswegen kann ich dazu auch nichts Näheres sagen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Habe ich Sie richtig verstanden - das ist jetzt etwas Neues für mich -, [REDACTED]

[REDACTED]

⁷ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Zeuge H. G.: Nein. Da habe ich mich jetzt vielleicht falsch ausgedrückt.

- Es kann theoretisch sein, dass diese konsularische Betreuung zu dem Zeitpunkt nicht gewollt war.

- Weitere Schritte, die möglicherweise vonseiten der Botschaft unternommen worden sind, spielen, wie gesagt, in dem Kontext keine direkte Rolle.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Zu einem zweiten Thema, zu dieser Verbringung von Zammar von Marokko nach Syrien. Da gibt es meiner Kenntnis der Vernehmung nach zwei Varianten. Die eine sagt: Es gab ein Auslieferungsbegehren der Syrer, und deswegen ist er dorthin überstellt worden. - Die andere sagt aber: Nein, das ist durchaus - in den Händen der USA - ein Akt der Verschleppung gewesen. - Welcher Theorie oder welcher Variante hängen Sie an?

Zeuge H. G.: Ja, das ist auch eine sehr interessante Frage. Aber zu der habe ich leider keine Erkenntnisse. Also, ich weiß nicht, auf welchem Wege er von Marokko nach Syrien gelangt ist. Das ist auch nicht thematisiert worden bei der Befragung. Es ist von ihm auch nicht angesprochen worden. Deswegen weiß ich jetzt nicht, wie das abgelaufen ist.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber Sie müssen sich doch Vorstellungen gemacht haben, weswegen er dort jetzt in dem Gefängnis sitzt. Sie kannten auch die Bedingungen dieses Gefängnisses, wussten, dass dort gefoltert wurde, dass das keine rechtsstaatlichen Haftbedingungen waren. Haben Sie etwas von einem Haftbefehl gesehen oder gehört? Haben Sie mit den Syrern darüber gesprochen?

Zeuge H. G.: Soweit ich mich erinnern kann - vielleicht beantwortet das die vorhergehende Frage von Ihnen -, habe ich gele-

sen, dass

Zu dem zweiten Punkt, Foltergefängnis: Das wurde viel geschrieben in der deutschen Presse. Ich selber habe dieses Foltergefängnis nicht gesehen. Ich habe vorhin schon angedeutet, dass es möglich ist, dass dort gefoltert wird; aber ich habe es nicht gesehen. Ich kann es weder dementieren noch bestätigen. Es ist so: Wir haben uns da im , in einem Büro aufgehalten. Das war ein ganz normaler Büroraum. Irgendwelche Gefängniszellen oder Ähnliches haben wir nicht gesehen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie haben sich auch mit dem Eindruck, den Herr Zammar dann am Tage auf Sie machte, begnügt, obwohl Sie wussten, dass er, was er ja gesagt hat, auch in einer war und man ja auch weiß, dass es Foltermethoden gibt, die nicht unmittelbar physisch sichtbar sind?

Zeuge H. G.: Das ist richtig. Ich hatte aber vorhin auch schon ausgeführt zu den Foltermethoden, dass wir uns sehr wohl, also zu fünft, einen Eindruck gemacht haben von seiner Person,

. Also, wir haben sehr wohl genau geschaut, ob er physisch irgendwelche Anzeichen hat, körperlich, die darauf hindeuten, dass er möglicherweise gefoltert wurde, und auch, ob er psychisch irgendwelche Schäden aufweist. Ich war erstaunt,

Er war physisch in sehr guter Verfassung aus meiner Sicht, entsprechend den Umständen natürlich, und psychisch war er auch recht gefestigt.

Ich hatte befürchtet, dass man möglicherweise einen gebrochenen Menschen vor sich sitzen hat. Ich war auch das erste Mal in Syrien. Ich muss Ihnen sagen: Er war sehr gefestigt. Er hat uns erst mal mit Tiraden über den wahren Islam, über den Dschihad und über die Ungläubigen überschüttet und versucht, uns zu bekehren. Also, dieser Mann war nicht gebrochen, und dieser Mann war auch körperlich nicht beeinträchtigt, jedenfalls nicht erkennbar.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die CDU/CSU. Kollege Mayer.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr G■■■■, Sie sagten, Herr Zammar habe bei der Befragung einen psychisch und physisch gefestigten Eindruck gemacht. Hatten Sie den Eindruck, dass er auf freiwilliger Basis aussagte und mit Ihnen sprach?

Zeuge H. G.: Ja, hatte ich schon.

Dann hat er sich freiwillig bereit erklärt, an der Befragung teilzunehmen. Er hätte auch jederzeit sagen können: Nein, ich sage jetzt nichts mehr. - Aber, wie gesagt, er hat sich bereit erklärt, zu verschiedenen Befragungen⁸ - die waren ja immer unterbrochen - immer wieder neu anzutreten, quasi um weiter auszusagen.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ist das dem Herrn Zammar auch so vermittelt worden, dass er jederzeit die Befragung unterbrechen oder abbrechen könnte?

Zeuge H. G.: Ich denke schon.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Es ist also nicht explizit angesprochen worden, dass diese Möglichkeit bestünde?

Zeuge H. G.: Nein.⁹

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wie muss man sich denn konkret die Befragungssituation vorstellen? Hatten Sie eine gewisse Rollenverteilung zwischen den Befragern?

Zeuge H. G.: Ja. Es war eigentlich so, dass aufgrund der Hintergrundkenntnisse der Herr W. vom BfV und ich die Befragung aktiv durchgeführt haben und die Rahmengespräche dann zum Großteil, wenn es erforderlich war, von Dr. C. gemacht wurden, also zum Beispiel wenn es hieß: „Wir machen jetzt eine kurze Pause oder wenn Herr Zammar oder der Fallführer die Toilette aufsuchen wollten.“⁸ oder wenn Herr Zammar aufs Klo wollte oder der Fallführer kurz aufs Klo wollte oder was auch immer. Also, wenn es kurze Unterbrechungen gab, dann hat der Dr. C. das gemacht, was die Rahmenbedingungen anbetraf, und bei der Befragung war es halt so, dass der Herr W. vom BfV und ich diese wechselweise durchgeführt haben - wechselweise deswegen, weil man sich dann immer auf neue Sachverhalte oder neue Komplexe vorbereiten konnte, während der andere seinen Komplex abgearbeitet hat.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Und diese Komplexe waren im Vorfeld zwischen Ihnen abgesprochen?

Zeuge H. G.: Ja. Es war grob abgesprochen, dass wir im Wesentlichen chronologisch vorgehen, dass wir bestimmte Reisetätigkeiten, die er vorgenommen hat, besprechen, Besuche, die er gehabt hat, im Sudan, in Mauretanien, in Afghanistan - seine Besuche waren natürlich von besonderer Bedeutung -, und dann natürlich auch entsprechend seine Reisetätigkeit, seine Erkenntnisse zu den Strukturen in Deutschland. Das war vorher grob vereinbart worden.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Hatten Sie einen konkreten Fragenkatalog, den Sie persönlich abzarbeiten hatten, oder waren Sie nicht insoweit präpariert, als dass Sie fest vorgegebene Fragen abarbeiteten?

Zeuge H. G.: Ich hatte mir Stichpunkte gemacht. Ich hatte kurz, quasi zu den einzelnen Komplexen, teilweise die Personennamen, die nicht immer so einfach zu behalten sind und zu denen ich fragen wollte, notiert. Einen Großteil der Informationen hatte ich zum damaligen Zeitpunkt im Kopf, sodass ich dann auch gewisse Zuordnungen treffen konnte, wenn er einen anderen Namen fallen ließ, den ich jetzt nicht draufstehen hatte. Aber im Wesentlichen, wenn man über bestimmte Sachverhalte spricht - sei es jetzt Spanien oder Großbritannien -, dann gibt es einschlägige Personen, die dort aktiv gewesen sind. Also braucht man eigentlich nur

⁸ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

⁹ Anmerkung des Zeugen: „Der genaue Wortlaut ist mir nicht mehr erinnerlich, aber inhaltlich ist die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Befragung mit Herrn Zammar eingangs thematisiert worden.“, Anlage 1

abzusprechen: Was machen wir zuerst? Machen wir jetzt Spanien, Großbritannien, seine Bosnien-Reisen oder Ähnliches?

[REDACTED]¹⁰
[REDACTED], sondern er hat dann teilweise¹⁰ ausgeholt und Zwischeneinlagen gemacht. Dann kamen auch wieder Ausführungen, fünf bis zehn Minuten, wo er uns wieder vom wahren Glauben überzeugen wollte. Also, er war bei der Vernehmung etwas an der langen Leine, wie man so schön sagt. Das heißt, er hat sich nicht so genau steuern lassen. Deswegen hat man halt nur die Komplexe im Hinterkopf gehabt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Aber Sie persönlich hatten jetzt keinen Fragenkatalog, der Ihnen irgendwie im Vorfeld übergeben wurde, den Sie abzuarbeiten hatten?

Zeuge H. G.: Nein, einen Fragenkatalog hatte ich nicht. Wie gesagt, ich habe mir nur einiges an Hintergrundinformationen bei dem Kollegen Schmanke geholt; aber Fragenkataloge hatte ich selber nicht, auch nicht welche, die mir zur Verfügung gestellt worden sind. Ich habe mich selber darauf vorbereitet, habe gelesen, welche Bezüge er hat, welche Leute er kennt, an welchen Orten er war, sodass ich dann halt auch sagen konnte: „Okay, wenn er an dem und dem Ort gewesen ist, dann hätte er eigentlich auch den und den kennen müssen“, sodass ich mir dann kurz den Namen notiert habe, wozu ich dann nachgefragt habe.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Sie sagten, Herr Zammar habe des Öfteren versucht, Sie vom wahren Glauben zu überzeugen und Sie mit islamistischer Propaganda - in Anführungszeichen - überschüttet. Wie haben Sie persönlich denn auf diese Ausführungen reagiert? Haben Sie ihn unterbrochen, oder haben Sie ihn gewähren lassen?

Zeuge H. G.: Nein, nein.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Uns interessiert,
ob es erfolgreich war!)

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich gehe davon aus, dass es das nicht war.

Zeuge H. G.: Wie gesagt, wir haben ihn dann ausreden lassen, auch wegen seiner Anspannung, die sicherlich vorhanden war. Wir haben ihn ausreden lassen und das dann einfach nicht registriert und danach weiter gefragt. [REDACTED].

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wie haben die anwesenden Syrer darauf reagiert? Waren die ungehalten, oder haben sie das kommentarlos zur Kenntnis genommen?

Zeuge H. G.: Die haben das kommentarlos zur Kenntnis genommen. Es war eigentlich keine Reaktion zu verzeichnen, auch an den Folgetagen nicht.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wussten Sie zum Zeitpunkt der Befragung, welcher Strafvorwurf dem Herrn Zammar in Syrien gemacht wurde?

Zeuge H. G.: Soweit mir bekannt war, der, [REDACTED].

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ist diese [REDACTED] auch konkret angesprochen worden während der Befragung?

Zeuge H. G.: Die ist von ihm angesprochen worden. Er hat relativ zu Anfang der Befragung gesagt, [REDACTED]. Er hat dann auch Ausführungen gemacht zu den Ungläubigen, also dass er auch die Syrer für Ungläubige hält usw. usf. Dazu hat er am Anfang schon allgemeine Angaben gemacht.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): War Ihnen bekannt, dass Herr Zammar auch als [REDACTED] galt oder von manchen so gesehen wurde?

¹⁰ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom
19.2.2008, Anlage 1

Zeuge H. G.: Den Begriff [REDACTED] verstehe ich jetzt nicht.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ein Kollege von Ihnen hat es uns so dargestellt, dass es bekanntermaßen in Syrien die Möglichkeit gibt, [REDACTED]

[REDACTED]. Es handle sich dabei - so ist es genannt worden - [REDACTED]

Zeuge H. G.: Ja, dazu hat wahrscheinlich der Kollege vom Geheimdienst dann mehr Hintergrund gehabt als ich. Also, mir ist sicherlich bekannt, dass in vielen solchen Ländern der Geheimdienst natürlich auch polizeiliche Aufgaben wahrnimmt und die normale Polizei gerade für Sachen, die dort als Terrorismus angesehen werden, nicht zuständig ist. Das heißt, dass der Geheimdienst quasi gleichzeitig diese Aufgabenwahrnehmung hat beim internationalen Terrorismus oder beim heimischen Terrorismus, wie immer man das auch bezeichnen will. Aber der Name [REDACTED] sagt mir jetzt nichts.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Die Syrer haben diesen Strafvorwurf aber nicht erwähnt beim Vorgespräch oder bei der Nachbetrachtung, dass dem Herrn Zammar der Vorwurf der [REDACTED] gemacht wird?

Zeuge H. G.: Soweit¹¹ mir erinnerlich ist, nicht. Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Wissen Sie, welcher Strafraumen in Syrien verhängt werden kann oder möglich ist für den Straftatbestand der Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft?

Zeuge H. G.: Nein, das war mir nicht bekannt.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Dass da als mögliche Strafdrohung auch die Todesstrafe zu erwarten ist, war Ihnen nicht bekannt?

Zeuge H. G.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ist unter den Befragern der Umstand erörtert worden, dass die Möglichkeit besteht, dass die syrischen Ermittlungsbehörden oder der syrische [REDACTED] durch die Befragung bzw. durch die Antworten des Herrn Zammar zusätzliche Erkenntnisse in dem Strafverfahren gegen Herrn Zammar gewinnen?

Zeuge H. G.: Das haben wir vorher kurz angesprochen. Allerdings konnte man das relativ schnell ausräumen, im Wesentlichen jedenfalls, indem man gesagt hat: Wir befragen ja jetzt nicht in seinem Ermittlungsverfahren, wir befragen nicht zu Tatvorwürfen - was hat er gemacht? -, sondern wir versuchen, die Zielrichtung der Befragung darauf zu legen, welche Kontakte, welche Kenntnisse er über das islamistische Umfeld hat. Das heißt, es ging um ein reines Abschöpfen seiner Erkenntnisse zu dem Beziehungsgeflecht, in das er eingebunden war. Aus meiner Sicht lagen diese Erkenntnisse, die ihn selbst betrafen, also sein Tatvorwurf, für den er später dann auch verurteilt worden ist in Syrien, den syrischen Behörden eh schon vor.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Also hatten Sie den Eindruck, dass der Kenntnisstand der Syrer schon vor der Durchführung der Befragung durch Sie relativ groß war?

Zeuge H. G.: Ja. Es mag sein, dass die eine oder andere Information neu war für den syrischen Fallführer, aber sicherlich auch weniger interessant, gerade wenn es die Strukturen der islamistischen Szene in Deutschland betrifft, soweit es nicht Exilsyrer waren. Aber zum Großteil waren das halt auch andere Nationalitäten. Aber, wie gesagt, was die Erkenntnisse zu Zammar betraf, da war der Kenntnisstand der syrischen Behörden sicherlich besser als der unsrige.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Es ist ja schon erwähnt worden, dass dem Herrn Zammar auch Lichtbilder vorgelegt wurden. Sind zu diesen Lichtbildern auch Namen genannt worden?

Zeuge H. G.: Also, der Herr Zammar hat, soweit er diese Leute erkannt hat, dazu Namen genannt. Er hat in einigen Fällen ge-

¹¹ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

sagt: Das ist der so und so, das ist der so und so. Das könnte der so und so sein; die Qualität des Bildes ist nicht so gut. Da bin ich mir nicht sicher. - Bei manchen Bildern hat er gesagt, er erkenne diesen nicht. Aber es war eigentlich im Rahmen.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Und die betreffenden Antworten von Herrn Zammar sind auch jeweils ins Arabische übersetzt worden?

Zeuge H. G.: Da bin ich mir jetzt nicht sicher. Es ist zum Teil von dem anwesenden Dolmetscher übersetzt worden ins Arabische, immer so Kurzzusammenfassungen, aber nicht fortlaufend. Das heißt, teilweise hat er es übersetzt, manchmal hat er dann minutenlang nicht übersetzt. Also, das war jetzt nicht eins zu eins, sodass alles übersetzt worden ist. Deswegen kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob zu dem einen oder anderen Lichtbild konkret Übersetzungen erfolgt sind.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Also gab es keine Simultanübersetzung, -

Zeuge H. G.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): - sondern immer nur konsekutiv.

Zeuge H. G.: Ja.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Und auch nicht der komplette Inhalt der Fragen bzw. der Antworten, sondern eine Zusammenfassung?

Zeuge H. G.: Richtig. Es war auch nur ein Dolmetscher da, und - das wissen Sie sicherlich auch - wenn da wirklich simultan übersetzt werden würde, gerade über einen längeren Zeitraum, hätte er das gar nicht leisten können. Wie gesagt, das waren immer Kurzzusammenfassungen, die er dem Fallführer dann erzählt hat. Was er jetzt genau gesagt hat, habe ich ja leider nicht verstehen können.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Hat sich Herr Zammar während seiner Befragung auch mal Hilfe suchend an Sie gewandt und um Unterstützung gebeten, was Haftverschonung anbelangt, was eine Verbesserung der Haftbedingungen anbelangt?

Zeuge H. G.: Ich kann mich daran erinnern, dass er am letzten Tag, quasi kurz vor unserer Verabschiedung oder im Rahmen der Verabschiedung, gebeten hat, dass seine Familie begrüßt wird und dass man ausrichten soll, dass es ihm den Umständen entsprechend gut geht. Dass er sich ansonsten während der Befragung Hilfe suchend an uns gewandt hat, ist mir nicht erinnerlich. Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr G., ich will Ihnen nicht die ganzen Fragen stellen, die die anderen Zeugen schon beantwortet haben, nur eine, die ich allerdings auch an Ihre Kollegen gestellt habe. Sie unterscheiden sich ja von den Zeugen, die wir zu dem Besuch in Damaskus bisher gehört haben, dadurch, dass Sie Polizeibeamter sind. Deshalb frage ich jetzt den Polizeibeamten G.: Nun teilt Ihnen anlässlich dieser Befragung dort ein Gefangener mit, dass er . Das haben ja auch alle erklärt. Eines weiß ich selber: Wenn ich als Anwalt zu Leuten ins Gefängnis komme und sie mir erzählen, dass sie , dann notiere ich das nicht nur, sondern frage nach: Wann?

Wie häufig? In welchem Zusammenhang? - Und so weiter, was sich da einem dann aufdrängt.

Deshalb an Sie die Frage: Warum ist denn eigentlich weder von Ihnen noch von Ihren Kollegen, nachdem er selber gesagt hat: , irgendeine Frage in dieser Richtung gestellt worden? Was hat Sie davon abgehalten?

Zeuge H. G.: Da sprechen Sie jetzt einen interessanten Umstand an, weil ich gerade zu diesem Sachverhalt, dass er sowohl in Syrien als auch in , keine Notizen hatte. Ich habe die extra noch mal durchgeguckt. Als ich die Befragungsberichte vom BfV und vom BND quergelesen habe, habe ich gesehen, dass ich zu diesem Punkt keine Notizen habe. Es kann jetzt theoretisch sein, dass ich entweder gerade zu dem Zeitpunkt mit ihm im Gespräch war und nichts notiert habe, was ja

vorkam, weil wir uns abgewechselt haben auch mit dem Aufschreiben, oder dass ich zu dem Zeitpunkt in Pause war.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Abgeordneter, dass ich meine Aufzeichnungen durchgeguckt habe. Ich habe alles abgeschrieben, was ich mir dort notiert hatte, und diesen Aspekt hatte ich nicht drin. Ich habe im Nachhinein gelesen, dass er es gesagt hat; aber warum es nicht näher vertieft worden ist, dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass dann möglicherweise befürchtet worden ist, man erziele eine Verschlechterung seiner Unterbringung im syrischen Gefängnis und nicht diesen positiven Aspekt, den wir eigentlich erhofft hatten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so ähnlich haben das auch die Geheimdienstleute, der eine jedenfalls, angedeutet. Nun habe ich aber von Ihnen erfahren - das hatten die so nicht ausgesagt -, dass der Herr Zammar erklärt hat, dass er den Syrern, die ja neben ihm saßen, diesem [REDACTED], vorwirft, dass sie Ungläubige sind - das ist ja vielleicht auch nicht immer angenehm - und dass sie ihn verfolgen, weil er [REDACTED], und dass er - so haben Sie das ja vorhin gesagt - sich unter anderem auch als Dschihadist geoutet oder sich so geäußert hat, weil die bösen Syrer - das sind jetzt meine Worte - [REDACTED]

Nachdem er so schwerwiegende Kritik oder - sagen wir mal - Beschuldigungen an den Syrern hat, wäre doch, wenn er dann schon selber sagt: [REDACTED], die Vertiefung der Fragen: Wann, wo, wie [REDACTED], aus welchem Grund, von wem?“ doch sehr, sehr naheliegend gewesen. Das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

Zeuge H. G.: Ich denke, die anderen Tatvorwürfe, die Sie gerade aufgezählt haben, dass er sie beschimpft, dass er sich auch als Dschihadist geoutet hat, das sind Sachen, [REDACTED]

[REDACTED]. Also, das war so weit bekannt.

Zu diesem Umstand, dass [REDACTED] und dass nicht weiter nachgefragt wurde, kann ich nur noch mal darauf hinweisen: Ich habe es mir nicht notiert. Ich habe jetzt nicht mehr in Erinnerung, ob er es mir gegenüber gesagt hat, was theoretisch möglich ist, und warum jetzt nicht weiter nachgefragt wurde. Kann sein, dass man einmal den Komplex, an dem man gerade dran war, abschließen wollte, dass man aber auch sicherlich unter Berücksichtigung dessen, dass die syrischen Kollegen da waren und das auch auf Band aufgenommen haben, gesagt hat: [REDACTED] - es kann sein; aber, wie gesagt, ich kann mich daran nicht erinnern -, und dass aus dem Grunde weitere Nachfragen unterblieben sind, weil wir halt gedacht haben: Gut, jetzt gerade beim ersten Besuch ist es besser für ihn, erst mal eine Basis zu schaffen, um möglicherweise den Einstieg zu bekommen. Das war ja als erster Besuch geplant.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als er auf die Amerikaner geschimpft hat, wie Sie sagen, hat er ihnen da, also den Amerikanern - so allgemein vielleicht -, konkrete Vorwürfe gemacht, dass sie hinter seiner Verhaftung stecken oder ihm das hier eingebrockt haben?

Zeuge H. G.: Das wäre von Interesse gewesen. Das hat er aber leider nicht gemacht, oder er hat es nicht gemacht. Er hat allgemein über die Amerikaner geschimpft, dass sie die islamische Welt unterdrücken, dass sie quasi in Länder einfallen und denen ihren Willen aufzwingen, so in diesem Tenor.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass die irgendwas mit seinem In-Damaskus-im-Gefängnis-Sein zu tun haben, dazu hat er nichts gesagt?

Zeuge H. G.: Nein, dazu hat er gar nichts gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie von einem

War Ihnen das vor dieser Befragung oder danach bekannt geworden?

Zeuge H. G.: Vorher wusste ich auf jeden Fall nicht davon. Aber ich glaube, dass ich jetzt in Vorbereitung auf den Ausschuss möglicherweise da etwas gelesen habe in dem Bericht der Bundesregierung. Wie gesagt, vorher war mir nichts bekannt; an uns ist da auch keiner gegangen. Das war auch nicht so, dass wir jetzt unbedingt einen engen Kontakt zu diesen Mitarbeitern hatten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir sind mit der Berliner Stunde durch. Besteht noch Fragebedarf?

(Dr. Max Stadler (FDP): Ja!)

Berliner Stunde: Die SPD mit 19 Minuten. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Keine Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die FDP. Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr G., haben Sie bei anderer Gelegenheit schon einmal gemeinsam mit Mitarbeitern von Nachrichtendiensten Befragungen durchgeführt?

Zeuge H. G.: Nein, weder vorher noch nachher.

Dr. Max Stadler (FDP): Weder vorher noch nachher. Das Ganze ist deswegen auch - sagen wir mal - rechtlich schwierig; denn Sie haben bei Befragungen andere Vorschriften zu beachten, als das Nachrichtendienstler tun müssen. Haben Sie den Herrn Zammar - so eine Frage klingt jetzt vielleicht etwas naiv - denn über seine Rechte belehrt, wie Sie das bei Befragungen als Kriminalbeamter sonst machen?

Zeuge H. G.: Nein, habe ich nicht, weil es auch keine Vernehmung in seinem Verfahren war. Es war auch keine zeugenschaftliche Vernehmung, sondern eine Befragung. Es ist

deswegen auch keine gesonderte Belehrung durch mich erfolgt.¹²

Dr. Max Stadler (FDP): Es war keine Vernehmung im Rechtssinne, sodass keinerlei Belehrungen erfolgt sind?

Zeuge H. G.: Ja. Ich hatte vorhin schon ausgeführt, dass ein Rechtshilfeersuchen geplant war. Insofern - -

Dr. Max Stadler (FDP): Da wären dann die üblichen Belehrungen - -

Zeuge H. G.: Genau.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber bei Ihnen nicht?

Zeuge H. G.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Haben Sie ihn denn darauf aufmerksam gemacht, dass er solche Fragen nicht beantworten muss, die ihn in seinem syrischen Verfahren zum Nachteil gereichen?

Zeuge H. G.: Konkret belehrt haben wir ihn nicht, aber - -¹³

Dr. Max Stadler (FDP): Konkret belehrt nicht. Sie hatten sich vorgenommen, solche gar nicht zu stellen.

Zeuge H. G.: Ganz genau.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber belehrt haben Sie ihn nicht.

Zeuge H. G.: Nein.¹⁴

Dr. Max Stadler (FDP): Jetzt war ja Herr Dr. C. dabei. Herr Dr. C. ist mit der Rechtslage in Syrien offenbar sehr gut vertraut. Er hat uns hier letzte Woche gesagt, dass dort auf die Todesstrafe steht, die zwar dann in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird, aber erst einmal verhängt wird. Uns hat er das letzte Woche mitgeteilt. Ist denn innerhalb Ihrer Delegation darüber nicht gesprochen worden?

12 Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

13 Anmerkung des Zeugen: „... Zudem kann ich nicht ausschließen, dass im Rahmen des Vorgesprächs diese Problematik durch einen Kollegen des BfV oder des BND thematisiert wurde. Ein genauer Wortlaut ist mir jedoch nicht erinnerlich.“, Anlage 1

14 Anmerkung des Zeugen: „Wie bereits erwähnt, ist eine konkrete Belehrung durch mich nicht erfolgt, aber die Problematik dürfte im Rahmen des Vorgesprächs thematisiert worden sein.“, Anlage 1

Zeuge H. G.: Nein, darüber ist nicht gesprochen worden. Das kann ich mir so auch nicht vorstellen, weil mir gerade dadurch, dass ich in diesem Bereich länger gearbeitet habe, viele Leute bekannt geworden sind, Exilsyrer, die eine Zeit lang in Syrien inhaftiert gewesen sind und dann aus Syrien nach Europa gekommen sind und auch Asyl bekommen haben, wegen [REDACTED]. Also muss es da schon noch gewisse Abstufungen geben.

Dr. Max Stadler (FDP): Er hat ausgeführt, dass ursprünglich einmal - ich glaube, in den 80er-Jahren - die Todesstrafe zwingend war und dass sie auch heute noch verhängt wird, aber heute jeweils in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird. Ihnen war das damals nicht bekannt?

Zeuge H. G.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist nicht vorbesprochen worden? Das ist nämlich deswegen von Bedeutung, weil Sie selber gerade ausgeführt haben, Herr Zammar habe von sich aus begonnen, bestimmte Sachen zu bekunden, eben auch seine [REDACTED].

Zeuge H. G.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Oder habe ich das falsch verstanden?

Zeuge H. G.: Ja¹⁵. Er hat ausgeführt, dass er über die [REDACTED].

Dr. Max Stadler (FDP): Das heißt, er hat das Motiv genannt, warum er sich da - -

Zeuge H. G.: Ja, ganz genau. Aber das ist ein Umstand gewesen, der den Syrern schon lange bekannt war.

Dr. Max Stadler (FDP): Woher wissen Sie das?

Zeuge H. G.: [REDACTED]



Dr. Max Stadler (FDP): Die hatten schon solche - -

Zeuge H. G.: Das heißt, der hatte schon umfangreiche Erkenntnisse zu der Person. Das war also nichts Neues, was er da erzählt hat, zumindest nicht, [REDACTED].

Dr. Max Stadler (FDP): Gleichwohl ist es natürlich schon heikel; denn an Ihrer Befragung konnten die Syrer partizipieren, wie wir wissen; es lief beispielsweise ein Tonband mit. Wenn er eine solche Aussage auch gegenüber deutschen Vernehmungsbeamten macht, zu denen er möglicherweise mehr Vertrauen hat als zu denen, die ihn da gefangen halten, ist das ja auf alle Fälle von Gewicht. Ich wundere mich ein wenig, dass das nicht thematisiert wurde, weil Herr Dr. C. sehr klar gesagt hat: In Syrien [REDACTED].

[REDACTED] - Hat er wörtlich letzte Woche gesagt. Ist denn in der Nachbereitung von Herrn Dr. C. Ihnen gegenüber zumindest erwähnt worden: Da sind wir jetzt in eine kritische Geschichte reingeraten. Wir wollen ja nicht dazu beitragen, dass jemand zum Tode verurteilt wird? - nehme ich jedenfalls mal an.

Zeuge H. G.: Nein, die Aspekte, die Sie jetzt erwähnt haben, sind weder vorher noch nachher besprochen worden. Aus meiner Sicht waren die von Herrn Zammar mitgeteilten Informationen den syrischen Behörden größtenteils bekannt. Die weiteren, den Syrern unbekannt Informationen hatten für diese weniger Relevanz und dürften aus meiner Sicht nicht zu einer Strafverschärfung geführt haben.¹⁶

Dr. Max Stadler (FDP): Weder vorher noch nachher. Sie hatten nicht den Eindruck: Jetzt haben wir ungewollt dazu beigetragen, dass eine Verurteilung von Herrn Zammar noch wahrscheinlicher wird?

Zeuge H. G.: Nein.

(Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD):
Das ist irrelevant!)

¹⁵ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

¹⁶ Ergänzung des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Dr. Max Stadler (FDP): Entschuldigung, Herr Kollege Jung, das weiß man nicht. Wenn es heißt, [REDACTED] und jemand erzählt und erzählt, ohne vorher belehrt worden zu sein, über die Freunde, die er alle in Deutschland hatte, dann weiß ich nicht, ob das wirklich irrelevant ist. Das können wir nicht beurteilen. Das ist eine Problematik einer solchen Vernehmung.

Ich wollte Sie ohnehin fragen: Würden Sie es denn unter den gegebenen Umständen im Nachhinein noch für richtig halten -- Nein, ich muss so fragen: Würden Sie es für richtig halten, in einer vergleichbaren Situation wieder eine solche Befragung durchzuführen?

Zeuge H. G.: Ich denke schon, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber Herr Minister Schäuble hat das anders entschieden?

Zeuge H. G.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Nicht?

Zeuge H. G.: Es ist zunächst --

(RD Dr. Jan Hecker (BMI): Das kann er nicht beantworten! - Weiterer Zuruf: Das muss er auch nicht beantworten! - Hellmut Königshaus (FDP): Wenn er widerspricht, kann er das offenbar beantworten!)

Dr. Max Stadler (FDP): Bis jetzt beantwortet er.

(Zuruf: Aber das muss er nicht!)

- Er muss nicht, aber er tut es gerade.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der Zeuge ist dran. Der Kollege Stadler stellt wieder rhetorische Fragen; das sind wir schon gewohnt.

Zeuge H. G.: Ich denke, es ist vielleicht zur Klarstellung doch sinnvoll, dazu kurz was zu sagen. Wir haben dazu sehr wohl einen Erlass des BMI bekommen - den meinen Sie sicherlich -, -

Dr. Max Stadler (FDP): Ja.

Zeuge H. G.: - dass solche Dienstreisen, d.h. von BKA, BND und BfV zur Durchführung gemeinsamer Befragungen¹⁷ in Zukunft

unterbleiben sollen. Aber ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass es möglicherweise in bestimmten Situationen ratsam wäre, so eine Reise zu wiederholen, weil es rechtlich zulässig ist. Das heißt nicht, dass es gemacht wird. Aber es ist aus meiner Sicht rechtlich zulässig.

Dr. Max Stadler (FDP): Sehen Sie. Es ist doch von Interesse, welche Positionen da -- Ist meine Zeit um?

(MR Dr. Hans Joachim Berg (BT):
Nein, nein!)

- Dann gebe ich an den Kollegen Königshaus weiter.

Hellmut Königshaus (FDP): Könnten Sie uns mal schildern, in welcher Form eigentlich die Identifizierung passiert und vor allem auch protokolliert ist? Sie haben ihm ja nicht nur die Bilder vorgelegt und zu den Personen befragt, die dort abgebildet sind. Das sollte ja einen Erkenntnisgewinn haben. Nun haben Sie eingangs gesagt, protokolliert hätten Sie nichts, sondern Sie hätten sich Notizen gemacht. In welcher Form haben Sie denn nun in Ihren Notizen die jeweiligen Fotos, Ihren jeweiligen Aufzeichnungen die Aussagen dann entsprechend zugeordnet?

Zeuge H. G.: Zu den Fotos hatten wir vorhin schon einige Ausführungen gehört.

Hellmut Königshaus (FDP): Nur dazu nicht.

Zeuge H. G.: Es war so - zu den Fotos, Herr Abgeordneter -, dass diese Fotos vom Kollegen des BfV vorgelegt wurden und ich deswegen nur teilweise Notizen machen konnte, weil mir nicht bekannt war, um welche Personen es sich handelte, und dass aus diesem Grunde dann später darum gebeten worden war, diese Bilder vom BfV beizuziehen, um unsere Ausführung zu komplettieren.

Hellmut Königshaus (FDP): Wie haben Sie nun die Zuordnung dann vorgenommen? Sie haben ein Wortprotokoll, und später bekommen Sie Bilder in wahrscheinlich dann entsprechend bunter Mischung. Waren die nummeriert? Steht in Ihren Aufzeichnungen: „Das Bild Nr. 1 zeigt Ali soundso, und das ist der Mehmet“, oder sonst irgendwie? Oder wie dürfen wir uns das vorstellen?

¹⁷ Ergänzung des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Zeuge H. G.: Wenn ich mich richtig erinnere, sind die Bilder bei uns, beim Bundeskriminalamt, gar nicht zugeordnet worden, weil wir sie auch nicht bekommen haben, wenn ich mich richtig erinnere. Ich habe sie zumindest nicht bekommen. Das heißt, ob die Bilder dann später noch gekommen sind, wo auf der Rückseite die Namen draufstanden - was in der Regel der Fall ist -, ist mir nicht bekannt.

Hellmut Königshaus (FDP): Die sind Ihnen nicht zugänglich gemacht worden, obwohl das verabredet worden war?

Zeuge H. G.: Es war zunächst verabredet. Wir hatten vorhin schon darüber gesprochen, dass dann der Abteilungsleiter des BfV Bauchschmerzen geltend gemacht hat. Irgendwann sollte darüber gesprochen werden, ob wir sie nicht doch zur Verfügung gestellt bekommen könnten - soweit mir erinnert ist, sind sie zumindest nicht bei mir auf dem Schreibtisch gelandet -, dass ich die Bilder dann noch mal abgleichen kann oder den Bericht entsprechend ergänzen kann. Das ist von mir nicht mehr gemacht worden. Sie haben sicherlich meinen Bericht gelesen, diese 40 Seiten. Da sind ja auch keine Bilder beigeheftet. Das wäre sonst der Fall gewesen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die CDU/CSU. Kollege Mayer.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Herr G., wie hat sich denn während der Befragung die Zusammenarbeit mit den Vertretern des BfV und des BND gestaltet?

Zeuge H. G.: Eigentlich recht reibungslos. Wie gesagt, wir haben ja vorher festgelegt, dass wir abwechselnd die Befragung machen und in welchen Komplexen, also wie die Komplexe nacheinander abgearbeitet werden. Das war recht reibungslos, also problemlos. Das hatte sich auch bewährt, weil der Herr Zammar uns gegenüber recht gesprächsbereit war. Es kommt ja immer darauf an, wie man auf eine Person zugeht. Mit dem Herrn Zammar war es - bis auf seine Ausschweifungen, die er manchmal hatte - recht unproblematisch. Deswegen ist das ja auch über den gesamten Zeitraum so fortgesetzt worden, dass wir abwechselnd die Befragung

machen und seine Hauptansprechpartner sind.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Kam es dann im Nachgang zur Reise zu irgendwelchen Differenzen, beispielsweise mit dem Vertreter des BfV, mit dem Herrn W.?

Zeuge H. G.: Nein.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Also auch, was die Abfassung der Berichte anbelangt? Sie sagten ja, Sie haben sich verständigt, nachvollziehbarerweise, weil nicht jeder immer alles zur Gänze mitbekommt, und ein gewisser Abgleich deswegen natürlich durchaus sachgerecht ist.

Zeuge H. G.: Ich hatte jetzt relativiert, und zwar, ob Sie meinen, mit den Kollegen, die auf der Reise dabei waren. Mit denen gab es keine Differenzen. Aber wie Sie vorhin schon angesprochen hatten: Die Bauchschmerzen waren vom damaligen Abteilungsleiter BfV geltend gemacht worden. Da hat es sich einige Zeit hingezogen, bis wir den Bericht des BfV zum Abgleich bekamen; das ist richtig. Aber das sind nun auch keine richtigen Differenzen. Ich meine, es ist sein gutes Recht, abzugleichen, ob eine Weitergabe aus rechtlichen Gründen an uns möglich ist.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Herr G., ich muss noch einmal zu der Befragungssituation zurückkommen. Sie haben dort einen Mann im Gefängnis vorgefunden, der, wie Sie bekundet haben, sehr gesprächsbereit war - das hat Sie bestimmt erfreut -, was in einem gewissen Widerspruch zu seinem Verhalten in Deutschland gestanden hat, wo aus ihm nichts herauszubringen war. Worauf haben Sie das zurückgeführt? Das kann ja verschiedene Gründe haben. War der einfach nur froh, mal wieder Deutsche zu sehen, oder war das vielleicht das Ergebnis der ? Wie erklären Sie sich den Wandel in der Auskunftsfreudigkeit von Zammar?

Zeuge H. G.: Ich denke - das ist für jeden nachvollziehbar -, dass er dort in einer ganz anderen Situation war als in Deutschland. Herr Zammar ist aus meiner Sicht auch recht intelligent, und er weiß um seine Rechte; das ist auch sein gutes Recht. In Deutschland muss er halt nicht aussagen. Wenn ich in Syrien im Gefängnis sitze und vermute und hoffe, meine Situation verbessern zu können, dann bin ich eher kooperativ.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Herr Zammar hatte nun schon einige Erfahrungen mit den Syrern gemacht; sie sind ja angesprochen worden. Kann ihn auch eine permanente Angst dazu bewogen haben, zu denken, wenn er da jetzt nicht auspacke oder sich gesprächsbereit erweise, dann kommen wieder die alten Zustände und dann wird wieder eine Situation hergestellt, die ihn unter starken Druck bringt? Meine Frage an einen Polizeibeamten ist die - Sie wissen ja, es gibt ein grundsätzliches Verwertungsverbot von Geständnissen unter Folter -: Hat sich hier eine Situation aus der Vergangenheit in die - für Sie dann - Gegenwart verlängert, die eine Situation für ihn heraufbeschworen hat, die sich generell als enormer psychischer Druck gestaltete, den man durchaus auch als Folter bezeichnen kann?

Zeuge H. G.: Ich kann gut nachvollziehen, dass wohl jeder, der im Gefängnis sitzt, einem gewissen psychischen Druck ausgesetzt ist, und [REDACTED]. Aber dass das jetzt, wie gesagt, folterähnliche Zustände waren, das ist mir nicht gewahr geworden; das habe ich nicht gesehen. Wir haben die Räumlichkeiten nicht gesehen. Ich hatte ihn zum Ende der Vernehmung oder - genauer gesagt - der Befragung gefragt, wie es allgemein geht. Ich weiß jetzt den Zusammenhang nicht mehr ganz genau. Er äußerte auf jeden Fall, eines würde ihn bei den Haftbedingungen schon stören: dass sein Bett zu kurz sei. Das war ein Umstand, den ich ganz interessant fand, zumal ich später - im *Stern*, glaube ich - gelesen habe, dass irgendein Zeuge ausgesagt hat, die haben da nicht mal Betten. Da habe ich mir gedacht: Wer lügt denn nun? - Das aber nur am Rande.

Wie gesagt, ich habe nicht notieren können, dass er jetzt irgendwie besonders unter Angst gelitten hat. Er war recht gefestigt. Er war sehr selbstbewusst, auch bei der Darstellung der einzelnen Passagen, und er hat auch nicht umfassend ausgesagt. Er hat

viele Sachen ausgesagt; das ist richtig. Aber viele Sachen, wo er davon ausging, dass wir sie schon wussten, wo er sich gesagt hat: „Es ist besser, dazu auszusagen; möglicherweise [REDACTED]¹⁸ [REDACTED], das entzieht sich meiner Kenntnis. Dies wäre auch reine Spekulation.“¹⁹

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dazu meine Anschlussfrage: Haben Sie sich nach der Befragung darum gekümmert, welche Auswirkungen diese Befragung eventuell positiv oder auch negativ auf sein Verhältnis dort im Gefängnis gehabt hat?

Zeuge H. G.: Wir haben nach dem ersten Tag der Befragung, als wir ihn dann am nächsten Tag wiedergesehen haben, natürlich sehr wohl geguckt: Gibt es irgendwelche Auffälligkeiten? Ist er jetzt in seinem Gesprächsverhalten, in seinen äußeren Gegebenheiten irgendwie verändert? Dem war aber nicht so. Nachdem wir die Befragung beendet hatten, hatten wir keinen persönlichen Kontakt mehr zu ihm. Was aber sehr wohl der Fall ist: dass ich halt weiß, dass die Botschaft sich bemüht hat, zu ihm Kontakt aufzunehmen. Aber da war ich ja nicht mehr involviert.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dazu die Folgefrage: Haben Sie bei der Botschaft denn mal nachgefragt: Hat das irgendwelche negativen Folgen für Zammar gehabt?

Zeuge H. G.: Wir selber haben nicht nachgefragt, weil wir auch nicht direkt mit der Botschaft in Kontakt standen. Ich gehe aber davon aus, dass die Kollegen vom BND da sehr wohl nachgefragt haben, weil die in die Sache [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Zu einem anderen Punkt. Die Befragung Zammars fand ja im Rahmen einer deutsch-syrischen Arbeitsgruppe statt. Können Sie einmal konkret sagen, wie die Zusammenarbeit mit den Syrern aussah?

Zeuge H. G.: Ich könnte Ihnen jetzt auch wieder aus den Unterlagen, die ich mir jetzt zur Vorbereitung auf den Untersuchungsaus-

¹⁸ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

¹⁹ Ergänzung des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

schuss durchgelesen habe, sagen, was jetzt alles Hintergrund der deutsch-syrischen Arbeitsgruppe war - ich selber bin ja leider erst im November dazugestoßen, sodass ich den ganzen Vorlauf eigentlich auch nur aus den Dokumenten kenne -, das heißt, dass es darum ging, [REDACTED]

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie nach der Befragung irgendwie eine Verbesserung im Verhältnis der Zusammenarbeit festgestellt?

Zeuge H. G.: Wie gesagt: Das BKA hat – soweit ich es beurteilen kann –²⁰ mit den syrischen Behörden eh keine Zusammenarbeit im engeren Sinne gehabt. Wir haben - soweit mir bekannt ist - irgendwann mal über ein Rechtshilfeersuchen Telefonnummern hingeschickt, die aber dann, wie gesagt, über ein Rechtshilfeersuchen gelaufen sind. Die Beantwortung hat wohl ziemlich lange gedauert. Aber das ist [REDACTED] nicht unüblich.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Zu einem anderen interessierten Kooperanten, zu den USA. Wissen Sie, ob die Amerikaner Zammar auch in Syrien vernommen haben?

Zeuge H. G.: Das ist uns gegenüber nicht erwähnt worden, dass er da schon von anderen vernommen sein soll.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Hatten Sie Kontakt mit den Amerikanern?

Zeuge H. G.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gar nicht. Haben Sie Kenntnis von den Befragungen [REDACTED] bekommen?

Zeuge H. G.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Auch nicht nachgefragt?

Zeuge H. G.: Wie gesagt: Ich hatte mit dem Zammar bis kurz vor der Reise nichts zu tun. Jetzt kann es theoretisch sein, dass im

Panzerschrank von Herrn Schmanke, wo die Geheimunterlagen aufbewahrt worden sind, theoretisch auch irgendetwas von [REDACTED] dazu vorliegt. Aber mir ist das nicht zur Kenntnis gelangt. Ich weiß nichts darüber.²¹

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch eine Nachfrage; die hatte ich vorhin auch schon Ihrem Kollegen vom Bundesamt für Verfassungsschutz gestellt. Da soll es umfangreiche Unterlagen des Bundeskriminalamtes zu Zammar gegeben haben für diese syrisch-deutsche Arbeitsgruppe -- soll denen zur Verfügung gestellt haben. Kennen Sie solche umfangreichen Unterlagen, und können Sie sagen, was das war?

Zeuge H. G.: Das müsste sich ja dann auf einen Zeitraum vor der Befragung beziehen. Wie gesagt, umfangreiche Unterlagen zu Zammar, die der deutsch-syrischen Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt worden sind, nein, das kenne ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch nicht zu dieser Reise im August nach Syrien oder anlässlich der Reise oder die -- als Informationsgrundlage dann hatten.

Zeuge H. G.: Ich habe gehört, dass dort eine Delegation hingefahren ist. Aber ob die einen Bericht mitgenommen haben und was Gegenstand der Gespräche war, das ist mir weder vorher noch nachher zur Kenntnis gelangt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe mal eine Frage aus der Sicht des Steuerzahlers, der ich ja auch bin. Hat sich Ihre Reise für das BKA dorthin eigentlich gelohnt?

(Zuruf)

- Ob sich der Ausschuss lohnt, ist sicherlich nicht vom Untersuchungsauftrag umfasst. - Ich will Ihnen auch sagen, wie ich darauf komme. Ihr schriftlicher Bericht datiert, wenn

²¹ Anmerkung des Zeugen: „Dass die Amerikaner Herrn Zammar in Marokko befragt haben sollen, ist bzw. war mir nicht bekannt. Von derartigen Befragungen habe ich keine Kenntnis.“, Anlage 1

²⁰ Ergänzung des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

ich das richtig sehe, drei Monate nach dieser Reise. Wenn ich da nun eine Reise mache und relevante Erkenntnisse habe, ist das zunächst einmal ein auffälliger Zeitraum, bis zu dem ich diese Erkenntnisse dann zu Papier gebracht habe. Gibt es dafür eine Erklärung? War es also nicht so wichtig, was Sie da mitgebracht haben?

Zeuge H. G.: Sie meinen jetzt in Bezug auf das Datum, wann dieser Bericht -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abgefasst wurde.

Zeuge H. G.: - abgefasst worden sein soll. Ich habe den Bericht natürlich schon vorher geschrieben. Aber ich hatte vorhin schon dargelegt, dass ich auf Teile, auf Zulieferungen der Kollegen aus Köln gewartet habe, um abzugleichen, ob ich meinen Bericht komplett habe, ob ich noch irgendwas ergänzen muss. Daraus erklärt sich auch die Terminierung, dass es relativ spät terminiert ist. Die Erkenntnisse, die Gefährdungserkenntnisse, die lagen uns natürlich schon zeitnah vor, und zwar mit Rückkehr nach Deutschland. Die sind natürlich dann auch entsprechend -- oder wurden dann auch entsprechend umgesetzt oder wären entsprechend umgesetzt worden, wenn sich jetzt ein aktueller Handlungsbedarf ergeben hätte. Wie gesagt, der Bericht war schon vorher fertig. Aber ich habe ihn erst dann an diesem Datum rausgegeben, als ich dann die Zulieferungen soweit abgeglichen hatte. Vielleicht erklärt sich das dann besser.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch sicherlich nach oben im Haus gegeben?

Zeuge H. G.: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn einen nicht fertigen Bericht werden Sie ja nicht gestreut haben, nehme ich mal an.

Zeuge H. G.: Das ist richtig, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch eine Frage. Sie haben geschrieben, es wäre ratsam, da noch mal hinaufzufahren. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge H. G.: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie gleichzeitig geschrieben: Aber das nächste Mal ohne BKA; denn wir wurden ja - ich sage es jetzt mal mit meinen Worten - vom Bundesamt für Verfassungsschutz schlecht behandelt; die haben mich nicht so beliefert, wie es vereinbart war. - Ist das nicht ein bisschen mimosenhaft?

Zeuge H. G.: Ich weiß nicht, welchen Vermerk Sie da vorliegen haben. Ich habe so etwas sicherlich nicht geschrieben. Es ist mir nicht in Erinnerung, dass ich geschrieben habe, nicht mit dem BfV oder mit dem BND oder wem auch immer weiter dahin zu fahren. Ich weiß, dass ein gemeinsames Votum von allen drei beteiligten Behörden abgegeben worden ist, dass die Ergebnisse der ersten Befragung recht positiv waren, dass es uns aber viele Erkenntnisse noch nicht mitteilen konnte aus zeitlichen Gründen und aus Gründen, dass sich in der Befragung halt auch Nachfragebedarf ergeben hat. Deswegen haben wir unisono gesagt: Es sollte eine weitere Befragung stattfinden, um diese Punkte abzuklären. Da war nirgendwo die Rede, dass das jetzt ohne BfV, ohne BKA oder ohne BND sein soll.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich dem Zeugen einen Vorhalt aus geheimer Akte machen und bitte um Heraufstufung.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da der Kollege Wieland dem Zeugen aus Geheim eingestuftem Unterlagen einen Vorhalt machen will, werden die Frage, der Vorhalt und die Antwort des Zeugen darauf als Geheim eingestuft. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei vier Enthaltungen mit der notwendigen Mehrheit so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 17.19 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 17.20 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen H. G.**

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, das ist nach unseren Akten ein Vermerk vom 10. März 2003, der von Ihnen unterschrieben sein soll.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Haben wir eine MAT-Nummer?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist MAT A 61 Seite 11, Blatt 11, BMI-Akte, die uns zur Verfügung gestellt wurde. Ich darf mal zitieren:



Das stützt ja nun meine Aussage, dass Sie wegen Schlechtbehandlung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sagen: Dann geht das in Zukunft besser ohne das BKA.

Zeuge H. G.: Gut, dass Sie es mir noch mal vorgelesen haben. Diese Passage war mir nicht mehr erinnerlich. Aber es kann sein, jetzt im Nachhinein betrachtet, dass es eben gerade darauf abstellte, dass der Abteilungsleiter BfV rechtliche Bedenken geltend machte. Im Kern war es aber so, dass eine gemeinsame weitere Befragung zunächst vereinbart war. Ich hatte diese Passage aus dem Vermerk nicht mehr in Erinnerung. Es stimmt aber, dass ich das damals so dann geschrieben habe.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist doch die Schlussfolgerung nicht ganz falsch, dass Sie jedenfalls zu dem Zeitpunkt der Ansicht waren: Wenn es so läuft, dann in Zukunft ohne uns.

Zeuge H. G.: Nicht unbedingt ohne uns, aber dass zumindest eine Entscheidung getroffen wird: Es wird zusammen gefahren, oder es wird nicht mehr gefahren oder wie auch immer. Aber diese Entscheidung oblag nicht mir, genauso wie die erste Entscheidung, dort eine gemeinsame Arbeitsgruppe hinzuschicken, nicht mir oblag.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch alles unbestritten, dass Sie es nicht entschieden haben. Aber Sie haben eine Wertung zu Papier gebracht. Sie hatten sie vergessen. Nun ist sie in Ihrer Erinnerung zurück. Meine Verwunderung ist sozusagen, wenn es eine so ertragreiche Reise war, dass eine doch nun nicht so große Sache, dass Ihnen das Bundesamt für Verfassungsschutz wegen nachträglicher Bedenken nicht die Lichtbildmappe zur Verfügung stellt, die zugesagt war, und möglicherweise auch nicht den Bericht, der zugesagt war - - dass Sie dann gleich - politisch, würde ich mal sagen - in Fundamentalopposition gehen.

Zeuge H. G.: Ich denke, es ist auch meine Pflicht, die Vorgesetzten zu informieren, wo es Probleme geben könnte, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne jede Frage.

Zeuge H. G.: - dass man die im Vorfeld abklärt, bevor es dann wieder Probleme gibt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt noch mal - abschließend wirklich - eine ganz andere Frage.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die weitere Vernehmung des Zeugen wird VS-V eingestuft durchgeführt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Geheim: 17.23 Uhr)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 17.24 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen H. G.**

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie unterliegen als Polizeibeamter, wie wir wissen, dem Legalitätsprinzip. Hatten Sie mit Ihren Vorgesetzten oder mit dem Präsidenten BKA - mit wem auch immer - mal besprochen, bevor Sie hingefahren sind: Was tue ich denn, wenn Herr Zammar beispielsweise andere Personen belastet, strafbare Handlungen in der Bundesrepublik vorgenommen zu haben? - Das wäre ja möglich. Es ging hier ja um [REDACTED] und Ähnlichem. So fern war es also nicht, dass dies passiert.

In diesem Zusammenhang natürlich auch wirklich die Frage: Wenn er ein vollwertiges Geständnis abgegeben hätte - das ist Teil zwei der Frage; erstens, wenn er andere belastet hätte oder Straftaten, von denen man noch nichts wusste, dort zur Sprache gebracht hätte; zweite Alternative: wenn er nun, was ja auch hätte möglich sein können, ein richtig schönes Geständnis, auch sich selbst betreffend, abgibt -: Was war Ihnen da als Marschroute mitgegeben worden, wie Sie sich dann verhalten sollten?

Zeuge H. G.: Da ist eine sogenannte Marschroute vorher nicht festgelegt worden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wären doch in Schwierigkeiten mit Ihrem bisher als [REDACTED], wenn es sozusagen gleichzeitig auf einmal getickt hätte: Legalitätsprinzip; hier muss ich Straftaten verfolgen.

Zeuge H. G.: Das ist richtig. Das Legalitätsprinzip sieht aber nicht vor, dass ich jetzt direkt tätig werden muss. Das kann man ja dann auch zum entsprechenden Zeitpunkt später machen.

Es ist aber - um auf Ihre Frage zurückzukommen - im Vorfeld nicht thematisiert worden: Wie sieht es aus, wenn er jetzt ein umfassendes Geständnis ablegt? Das war möglicherweise aus dem Grunde, weil es nicht zu erwarten gewesen ist, dass er ein umfassendes Geständnis ablegt, und weil - also, aus

einem weiteren Grund - eigentlich ganz klar die Zielrichtung war, ihn zu Gefährdungssachverhalten, zum Bedrohungspotenzial des Islamismus in Deutschland und in Europa zu befragen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir sind mit der Berliner Stunde durch. - Gibt es weiteren Fragebedarf? - Kollege Hartmann, Sie sind dran.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Keine Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die FDP. Kollege Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich will genau an dem noch mal anknüpfen, was der Kollege Wieland gesagt hat. Was ist denn nach der Vorstellung des BKA als Behörde, auch als Ermittlungsbehörde, die einen Auftrag hatte, ein Verfahren des Generalbundesanwalts auch durchzuführen - - Was hätte sie eigentlich gemacht oder was beabsichtigt sie zu machen, wenn Herr Zammar hier eines Tages vor Gericht steht und der Verteidiger sagt: Aber ich bin doch vom BKA dort schon mal vernommen worden, bin aber übrigens nicht belehrt worden, habe dort Aussagen gemacht, möglicherweise sogar Dinge, die mich belasten? Dann geht er entsprechend nach Hause, weil alles nicht verwertbar ist. - Darüber ist im Vorfeld nicht gesprochen worden? Ich bitte Sie einfach, darüber noch einmal nachzudenken, weil das kaum vorstellbar erscheint.

Ist denn wenigstens nachträglich dem ermittlungsführenden Beamten im Haus ein Protokoll oder Ihr Bericht zugänglich gemacht worden, damit er wenigstens weiß, was dort erörtert wurde, oder weiß der das gar nicht?

Zeuge H. G.: Es kann gut sein, dass der Herr Schmanke eine Kopie bekommen hat oder den Bericht gelesen hat, eine der Fassungen, die es gab - das ist richtig -, als Hintergrundinformation.

Aber - um auf Ihre Kernfrage zurückzukommen - im Fall Zammar war ein Rechtshilfeersuchen schon soweit formuliert. Das war ja schon quasi auf dem Weg. Gerade

aus dem Grunde ist es getrennt beurteilt worden und ganz klar abgegrenzt worden zu den Bedrohungssachverhalten, zu dieser Präventivbefragung, die wir da durchführen sollten, um Präventiverkenntnisse zu erlangen, ob möglicherweise Straftaten bevorstehen, also Anschläge bevorstehen. Darum ging es und nicht, um abzuklären, ob der Herr Zammar an dieser Straftat oder an den Anschlägen des 11. September beteiligt war. Das war ja Gegenstand des Ermittlungsverfahrens.

Hellmut Königshaus (FDP): Das haben wir verstanden. Deshalb stellt sich in der Tat die Frage, wenn dieses Problemfeld im Vorfeld gar nicht erörtert wurde, ob es da nicht tatsächlich besser gewesen wäre, das BKA hätte da nicht teilgenommen. Wurde denn die Frage wenigstens im Nachhinein mal erörtert? Es geht ja auch um die Frage: Wie soll denn so was in Zukunft ablaufen? Welche Konsequenzen zieht man daraus? Was sind die Erfahrungen daraus?

(Zuruf des Abg. Johannes Jung
(Karlsruhe) (SPD))

- Die Frage ist zulässig.

Zeuge H. G.: Mir ist jetzt nicht bekannt, dass das im Nachhinein noch mal erörtert worden ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist das denn - wissen Sie das? - aktenkundig gemacht worden für die Ermittlungsakte? Steht das da drin?

Zeuge H. G.: Was meinen Sie jetzt konkret?

Hellmut Königshaus (FDP): Der Beschuldigte - in dem Fall ist er es ja noch - und später dann möglicherweise der Angeschuldigte wurde informatorisch dann und dann von Polizeibeamten oder einem Polizeibeamten unter anderem zum islamistischen Hintergrund angehört oder so?

Zeuge H. G.: Die Dokumente, die damals gefertigt worden sind, insbesondere mein Befragungsbericht²², liegen Ihnen ja vor.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, das weiß ich.

Zeuge H. G.: Da steht ja auch drin, dass er befragt wurde.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber nicht die Strafakte Zammar. Deshalb frage ich, ob das in dieser Strafakte, in dieser Ermittlungsakte aktenkundig ist, wie das - -

Zeuge H. G.: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist es nicht?

Zeuge H. G.: Soweit mir bekannt ist, nicht. Aber, wie gesagt, ich habe die Ermittlungsakte nicht geführt. Aber ich habe auch keine Kopie oder irgendetwas zur Ermittlungsakte gegeben.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay. Das werden wir dann nachträglich zu werten haben.

Eine Frage noch. Sie sagten - alle Zeugen, die den Herrn Zammar dort gesehen haben, sagten das -, er sei in einem erstaunlich frischen Zustand gewesen. Hatten Sie den Eindruck, oder können Sie sagen, ob es möglich ist, dass er dort irgendwie durch Psychopharmaka ein bisschen vorbereitet wurde?

Zeuge H. G.: Ich denke, das ist spekulativ.

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb frage ich nach.

Zeuge H. G.: Aber aufgrund der Gesamtumstände und auch des direkten Kontaktes, den sowohl der Herr W. als auch ich zu ihm hatten, kann ich sagen²²: Er hat sich klar artikulieren können. Er hat einen klaren Blick gehabt. Er hatte keine fahrigten Bewegungen oder Ähnliches. Wir hatten unabhängig voneinander eigentlich den Eindruck, dass er in einer sehr guten körperlichen Konstitution ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist klar. Aber ob er eben unter Einfluss von - -

Zeuge H. G.: Nein. Ich hatte auch keinen Hinweis auf irgendwelche Psychopharmaka.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay. Gut. - Vielen Dank.

²² Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich habe nur noch eine Frage. Auch ich wollte Ihnen den Passus vorlegen, den schon Kollege Wieland vorgelegt hat. Mir ist aber Ihre Antwort darauf nicht ausreichend. Die Bauchschmerzen haben sich doch vor allen Dingen wegen der Lichtbilder ergeben. Da klemmte es. Da wurde sogar erwogen, dass Sie eventuell bis zur ND-Lage, weil das auf Arbeitsebene wohl nicht zu klären war - - dort die Klärung zu suchen. Könnten Sie das nicht noch etwas für uns jetzt aufklären: Wo lag der Grund für die Weigerung, die Lichtbilder ja nicht nach Syrien, sondern innerhalb der Gruppe, die dort gewesen ist, zu verbreiten?

Zeuge H. G.: Ich versuche es aus der Erinnerung heraus, weil der Vermerk natürlich auch in diesem zeitlichen Kontext zu sehen ist.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Langsam, bitte! Wenn Sie sich auf den Vermerk beziehen, müssen wir wieder einstufen.

Zeuge H. G.: Ja, gut. Es gab damals die entsprechenden Befragungsberichte, die gefertigt worden sind, und dann auch die Bitte von uns, die Lichtbilder zu erhalten und auch den Bericht zum Abgleich. Das war auf Sachbearbeiterebene, also der beteiligten Personen, unproblematisch und eigentlich auch vorher schon festgelegt worden. Dann kamen halt diese Bedenken auf. Es ist gut möglich, dass in dem Zusammenhang auch Telefonate gelaufen sind, dass ich nachgefragt habe: „Wo hängt es denn?“ usw. usw., dass dann vom BfV²³ gesagt worden ist: Unser Abteilungsleiter hat da irgendwie Probleme. Möglicherweise - was ich aber nicht notiert habe; aber ich habe es so in Erinnerung -, dass dann auch gesagt wurde: Na ja, ob wir eine gemeinsame weitere Reise noch mal so durchführen können, ist dann auch fraglich, ob da zugestimmt wird. Da muss man mal sehen. - Es kann also sein, dass ich vor diesem Hintergrund diesen Passus da so reingeschrieben habe, also dass das auch eine Rolle spielte.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Mir geht es nicht um das Problem, ob Sie noch wei-

tere Reisen mit denen machen wollten, sondern um diese, wie Sie so sagen, Bedenken, diese Probleme, die es da gebe. Wurde Ihnen gegenüber substantiiert, was für Bedenken das nun sind?

Zeuge H. G.: Nein. Ich habe nur den Hinweis, dass rechtlich geprüft werden soll, ob die Weitergabe dieser Informationen an das BKA im Rahmen des BfV-Gesetzes zulässig ist, dass das noch geprüft werden soll.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich muss einen Vorhalt aus der Akte machen, und zwar ist das die gleiche, die schon von Herrn Wieland herangezogen wurde, auf Seite 11. Da gibt es eine - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Langsam, langsam! Erst müssen wir einstufen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da der Kollege Paech aus Geheim eingestuften Unterlagen einen Vorhalt beabsichtigt, wird für die Befragung, für den Vorhalt und für die Antwort darauf die Sitzung als Geheim eingestuft. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit so beschlossen.

(Schluss des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 17.34 Uhr)

²³ Ergänzung des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Geheim: 17.35 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen H. G.**

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Da steht unter anderem:



Weiter oben steht:



Darum geht es mir: dass offensichtlich diese Bedenken und diese Probleme einen brisanten Hintergrund haben. Erinnern Sie sich? Könnten Sie das erläutern?

Zeuge H. G.: Kann es sein, dass es sich da um eine handschriftliche Ergänzung handelt?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja.

Zeuge H. G.: Die ist nicht von mir gefertigt worden. Deswegen weiß ich jetzt nicht genau, was da der Hintergrund war. Da sind natürlich auch Gespräche auf Abteilungsebene gelaufen, wo ich dann teilweise nicht mit eingebunden war. Wie gesagt: Ich habe diesen Vermerk gefertigt; das ist richtig. Aber diese handschriftlichen Ergänzungen - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Könnten Sie ihm das vielleicht vorlegen? Ich kann nicht entziffern, wer das war. Seite 11 unten.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen)

Zeuge H. G.: Ich glaube, ich habe diesen Satz, den Sie meinen, jetzt entziffern können, und zwar, dass das als Hintergrund - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ich würde zunächst gerne wissen, wer der Un-

terschreibende ist, wer diesen Vermerk verfasst hat.

Zeuge H. G.: Da bin ich mir nicht sicher, wer jetzt diese Paraphe gezeichnet hat. Es könnte sein, dass es unser Abteilungsleiter war oder der - - Also, dieses W. könnte auf den Herrn Wittling hindeuten. Aber ich bin mir nicht sicher, ob der damals überhaupt eingebunden war. Deswegen: Die Paraphe kenne ich jetzt nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Oben links steht: ST 3. Ist das ein Hinweis auf den Unterzeichnenden?

Zeuge H. G.: ST 3.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nein, oben bei der schriftlichen Notiz, links oben auf Seite 11.

Zeuge H. G.: Normalerweise bezeichnet das schon den Gruppenleiter ST 3. Aber, wie gesagt, ich habe diesen handschriftlichen Vermerk nicht gefertigt. Ich weiß jetzt nicht genau, wer den unterzeichnet hat oder erstellt hat. Das kann man aber sicherlich herauskriegen. Das könnte auch der Herr Würz gewesen sein, der auch - - Ich weiß aber nicht, ob er zu dem Zeitpunkt schon der Gruppenleiter von ST 3 war. Er war zum späteren Zeitpunkt Gruppenleiter. Aber, wie gesagt, das kann ich Ihnen nicht mit Bestimmtheit sagen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nur noch eine letzte Frage. Wurde Ihnen das danach - weil das ja Ihr Vermerk ist - vorgelegt mit den Bemerkungen, oder geht das so zur Akte, ohne dass Sie davon Kenntnis genommen haben?

Zeuge H. G.: ²⁴Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich das danach noch mal zurückbekommen habe, also dass jetzt der Vorgesetzte mit diesen Notizen gesagt hat: Jetzt ist Weiteres zu veranlassen. - Daran kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. - Keine Fragen. Sonst noch

²⁴ Korrektur des Zeugen gem. Schreiben vom 19.2.2008, Anlage 1

jemand Fragen? - Dann können wir die Vernehmung des Zeugen G■■■■ abschließen.

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Herr Vorsitzender, darf ich
um eine kurze Beratungssitzung bitten?)

Wir bedanken uns bei Ihnen recht herzlich für die Geduld, die Sie aufgebracht haben, und entlassen Sie nach Hause. Sie werden in wenigen Tagen den Entwurf des Protokolls bekommen. Bitte durchsehen. Wenn Ergänzungen oder Korrekturen notwendig sind, haben Sie 14 Tage Zeit. - Danke schön.

(Schluss: 17.40 Uhr)